

Das Parlament

Berlin, 14. Oktober 2023

www.das-parlament.de

73. Jahrgang | Nr. 42 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Werben um Solidarität

Ron Prosor Viel Applaus gab es für den Botschafter von Israel in Deutschland, als dieser bei der Regierungserklärung des Bundeskanzlers auf der Ehrentribüne des Bundestages Platz nahm. Nach den tödlichen Angriffen der Hamas suchte Prosor das Gespräch mit Abgeordneten von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP und warb für Solidarität mit der militärischen Antwort Israels – verbunden mit der Hoffnung, diese möge erhalten bleiben, „wenn sie wahrscheinlich auch andere Bilder sehen (...), wenn wir zurückschlagen“. Die Entscheidung der Bundesregierung, ein Betätigungsverbot für die islamistische Hamas zu erlassen und das antisemitische Netzwerk Samidoun zu verbieten, bezeichnete Prosor „als historischen Tag für die deutsche Demokratie“.



picture-alliance/dpa/Sören Sieber

joh

ZAHL DER WOCHE

450

Menschen stehen in Deutschland nach Schätzungen des Verfassungsschutzes hinter der von EU und USA als Terrororganisation eingestuftes Hamas. Da die islamistische Gruppierung hier keinen offiziellen Ableger hat, kann die Bundesregierung nur ein Betätigungsverbot gegen sie aussprechen.

ZITAT DER WOCHE

»Akzeptieren nicht, wenn Terror verherrlicht wird.«

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) am Mittwoch in einer Ansprache, bevor der Bundestag den Opfern des Hamas-Angriffs mit einer Schweigeminute gedachte.

IN DIESER WOCHE

EUROPA UND DIE WELT

Polen Die PiS könnte bei den Wahlen die absolute Mehrheit verlieren. Seite 4

INNENPOLITIK

Migration Bundestag diskutiert über Herkunftsstaaten und Bezahlkarte Seite 5

INNENPOLITIK

Wohnungsmarkt Die Linke will das Mietrecht umfassend reformieren Seite 6

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Finanzen Bundestag will Anti-Geldwäschereiverbot FIU kontrollieren Seite 10

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



»An der Seite Israels«

HAMAS-TERROR Bundestag sagt Israel volle Solidarität zu. Kanzler warnt vor Flächenbrand in Nahost

Viel war von Einigkeit die Rede, als der Bundestag am Donnerstagmorgen für eine Regierungserklärung zur Lage in Israel zusammenkam. Fünf Tage nach dem Angriff der islamistischen Hamas lag augenscheinlich allen Fraktionen daran, angesichts von Terror und Krieg zusammenzustehen. Der Oppositionsführer dankte dem Kanzler für seine Worte, der Kanzler dem Parlament für seine Geschlossenheit. Und die Abgeordneten von Ampelfraktionen und Union dankten sich gegenseitig, dass es gelungen war, trotz sonstiger Differenzen einen gemeinsamen Entschließungsantrag (20/8735) auf den Weg zu bringen. Einstimmig sichert der Bundestag darin Israel seine volle Solidarität zu, fordert aber auch, Zahlungen an die Palästinenser zu überprüfen und der Hamas nahestehende Organisationen in Deutschland zu verbieten. Auch die umstrittene Forderung, die iranischen Revolutionsgardien auf die EU-Terrorliste zu setzen, um den Druck auf Iran als Unterstützer des Hamas-Terrors zu erhöhen, vertreten die Fraktionen nun gemeinsam. Es gebe „Dinge jenseits des demokratischen Wettbewerbs und des Streits“, bei denen „kein Dissens und keine Zweifel“ bestehen dürften, so formulierte es der Grünen-Vorsitzende Omid Nouripour und gab damit den Tenor im Plenum wieder.

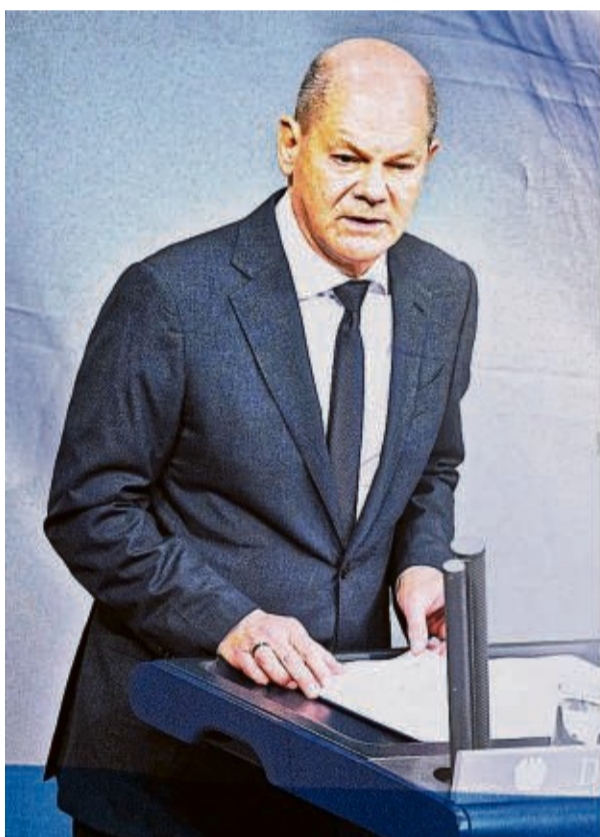
Schweigeminute Schon am Tag zuvor hatte der Bundestag einmütig der Opfer des Angriffs im Beisein des israelischen Botschafters in Deutschland, Ron Prosor, mit einer Schweigeminute gedacht. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) verurteilte die „menschenverachtenden Terrorakte gegen Israel auf das Schärfste“. Auch Israel-Feindlichkeit und Antisemitismus in Deutschland seien nicht zu akzeptieren. In seiner Regierungserklärung betonte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) Israels „völkerrechtlich verbrieftes Recht“, sich gegen den barbarischen Angriff zu verteidigen. Dem Land sicherte er uneingeschränkte Unterstützung zu: „In diesem Moment gibt es für Deutschland nur einen Platz, den Platz an der Seite Israels.“ Dessen Sicherheit sei deutsche Staatsräson. Auch praktische Hilfe bot er an: Er habe Premier Netanyahu gebeten, ihn über Unterstützungsbedarf zu informieren, erklärte der Kanzler. Das gelte für die Versorgung Verwundeter wie auch „andere Unterstützungsbedürfnisse“. Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hat bereits israelische Anfragen nach Munition für Kriegsschiffe bestätigt.

Ein Land im Ausnahmezustand

CHRONIK Wie Israel seit den Angriffen der Hamas am 7. Oktober versucht, die Kontrolle zurückzugewinnen

„Niemand, niemals, dürfen wir unvorbereitet sein.“ Diese Warnung sprach Israels Staatspräsident Isaac Herzog erst vor wenigen Tagen, am 5. Oktober, bei einer Gedenkveranstaltung anlässlich des 50. Jahrestages des Jom-Kippur-Kriegs aus. Am 6. Oktober 1973 hatten syrische und ägyptische Armeen Israel überraschend überfallen, es folgte ein 19-tägiger Krieg, bei dem mehr als 2.600 israelische Soldaten getötet und mehr als 7.000 verletzt wurden. Obwohl Israel ihn gewann, sitzt der Schrecken darüber bis heute tief. Warum hat der Sicherheitsapparat derart versagt, wie hinterher ein Untersuchungsbericht offenlegte?

Erschreckende Aktualität Nur zwei Tage nach Herzogs Worten haben diese Fragen wieder erschreckende Aktualität bekommen. Denn am Morgen des 7. Oktober startete die islamistische Hamas – von der EU, den USA und Israel als Terrororganisation eingestuft – von Gaza aus nicht nur massive Raketenangriffe auf Israel. Bewaffnete Kämpfer drangen gleichzeitig über Land, See und Luft nach Israel vor und töteten über mehrere Stunden, ohne dass israelische Sicherheitskräfte eingriffen, mit Stand



Einig waren sich Bundeskanzler Olaf Scholz (links) und Unionsfraktionschef Friedrich Merz in ihrer Verurteilung des Hamas-Terrors. Israel könne in seinem Selbstverteidigungskampf auf die Unterstützung Deutschlands bauen, betonten beide.

picture-alliance/dpa/Bernd von Jutrczenka/Annette Riedl/photothek/Florian Gaertner/Collage: Stephan Roters

Der Kanzler warnte vor einem „Flächenbrand“ in der Region. Deutschland nutze alle „Kanäle“, um das zu verhindern – und auch um die nach Gaza verschleppten Geiseln freizubekommen. Man spreche mit dem ägyptischen Staatschef ebenso wie dem jordanischen König und dem Emir von Katar, erklärte Scholz und trat damit Kritik entgegen: Es sei unverantwortlich, nicht alle Kontakte zu nutzen. Gleichzeitig rief er alle in der Region auf, von „weiteren feindseligen Akten“ gegen Israel abzusehen.

Geld für Gaza Scholz kündigte auch ein Betätigungsverbot für die Hamas sowie ein Verbot des Vereins Samidoun in Deutschland an, dessen Unterstützer die Attacken öffentlich bejubelt hatten. Unionsfraktionschef Friedrich Merz bekräftigte Demonstrationen müssten nun konsequent durchgesetzt werden. Auch das dem Iran nahestehende Islamische Zentrum in Hamburg müsse geschlossen und alle Zahlungen an palästinensische Gebiete

und Organisationen auf den Prüfstand gestellt werden. Wer Israel vernichten wolle oder den Holocaust verharmlose, dürfe kein Steuergeld bekommen, so Merz. Weiter ging die Forderung von Alexander Gauland (AfD): Wenn die Sicherheit Israels als deutsche Staatsräson mehr als eine „Floskel“ sein solle, müsse Deutschland seine Zahlungen an alle Palästinenserorganisationen sofort einstellen. Auch Geld für humanitäre Projekte lande bei der Hamas, sagte er an die Adresse von Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne). Sie hatte erklärt, Lebensmittelhilfe für Palästinäflüchtlinge im Nahen Osten (20/8739) und ein Ende von Zahlungen an die palästinensische Autonomiebehörde, sofern die

»Israel hat das Recht, sich gegen diesen barbarischen Angriff zu verteidigen.«

Bundeskanzler Olaf Scholz

Erziehung von Kindern zu sogenannten Märtyrern nicht aufhöre (20/8740). Christian Dürr (FDP) verlangte von islamischen Verbänden eine „klare Haltung und Distanzierung“. Die Verantwortung für jüdisches Leben gelte für alle in Deutschland – auch für Einwanderer. Zur Unterstützung Israels mahnte auch Lars Klingbeil (SPD): „Wir haben uns als Deutschland geschworen: Nie wieder, nie wieder schauen wir weg, nie wieder schweigen wir, wenn jüdisches Leben bedroht ist.“

Diplomatie Es brauche jetzt „alle Facetten der Diplomatie“, sagte Katharina Dröge (Grüne). Gespräche mit Israels Nachbarstaaten und Saudi-Arabien müssten fortgesetzt werden. Dabei gehe es auch um Schutz von Zivilisten und sichere Fluchtwege, so Dröge mit Blick auf die geplante Bodenoffensive Israels in Gaza. Dietmar Bartsch (Linke) drängte darauf, die Menschen in Gaza nicht zu vergessen. Sie würden von der Hamas unterdrückt und als „menschliche Schutzschilde“ missbraucht. Sandra Schmid



Polizisten sichern einen Tag nach den Angriffen die Stadt Sderot nahe Gaza.

der humanitäre Lage dürfte sich dort in den kommenden Tagen weiter verschlechtern, da Israel die Abriegelung des Gazastreifens angeordnet und die Versorgung mit Wasser, Strom und humanitärer Hilfe eingestellt hat, solange die Geiseln nicht freigelassen werden. In Vorbereitung auf eine mögliche Bodenoffensive in Gaza forderte Israels Militär die rund 1,1 Millionen Palästinenser im nördlichen Teil des Küstenstreifens am Freitag zur Evakuierung auf. In der größten Mobilisierung des Landes berief die Armee 300.000 Reservisten aus dem In- und Ausland ein. Die US-Regierung, Israels wichtigster Verbündeter, hat in einer ersten Lieferung bereits moderne Waffenausrüstung ins Land geliefert und den weltweit größten Flugzeugträger „USS Gerald R. Ford“ und andere Kriegsschiffe ins östliche Mittelmeer geschickt. Johanna Metz

Andauernder Beschuss Während die Hamas ihre Raketenangriffe fortsetzte, feuerten militante Palästinensergruppen aus Syrien und dem Libanon Raketen auf Nordisrael. Das israelische Militär reagierte mit Artillerie und Mörsergranaten und begann noch am Tag der Terrorangriffe mit Luftschlägen auf den 14 Kilometer langen Gazastreifen. Hier leben 2,3 Millionen Menschen auf nur 360 Quadratkilometern, Schutzbunker gibt es für die Zivilbevölkerung nicht. Bis Freitag sollen in Gaza laut dem von der Hamas kontrollierten Gesundheitsministerium fast 1.600 Menschen – darunter fast 500 Kinder – getötet und mehr als 6.200

EDITORIAL

Stunde der Bewährung

VON CHRISTIAN ZENTNER

Der Bundestag hat sich in dieser Woche nicht nur zum Gedenken an die mehr als 1.200 Todesopfer des Hamas-Massakers in Israel erhoben, er hat sich geschlossen und so eindrücklich wie es ein Parlament nur kann, hinter das israelische Volk, die Knesset und die israelische Regierung gestellt. Die Botschaft war so eindeutig wie die Sätze von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD), die unter anderem feststellte: Israel habe jedes Recht, sich zu verteidigen und seine Bevölkerung zu schützen. Würde Israel dies als Stärkung im Krieg gegen die Hamas auffassen, läge diese Interpretation nicht daneben. Der Bundestag hat zunächst eingestimmt, was die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) 2008 in ihrer Rede vor der Knesset zusagte, als sie die Sicherheit Israels erstmals als Teil der deutschen Staatsräson beschrieb und hinzufügte: „Und wenn das so ist, dann dürfen das in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben.“ Genau diese Stunde ist gekommen. Am 7. Oktober gingen tausende Raketen über Israel nieder und ebenso viele Hamas-Terroristen überfielen das Land und seine Menschen. Erbarmungslos schlachteten sie vor allem Zivilisten ab, mordeten, vergewaltigten, verschleppten ihre Opfer. Fast genau ein Jahr, nachdem Israels Staatspräsident Isaac Herzog es in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag noch mit einem Appell an die „palästinensischen Nachbarn“ versucht und diese bat, „den Terror zu bekämpfen und ihn sofort einzustellen“. Es wird nun auch darum gehen, den palästinensischen Mördern nicht auf den Leim zu gehen und eine klare Sprache zu finden. Es ist kaum zu überschätzen, wie wichtig ist, was die SPD-Außenexperte Michaela Roth im Interview auf Seite 2 auf den Punkt bringt: Immer wieder zu erklären, warum Israel das Recht und die Pflicht hat, mit teils sehr harten Maßnahmen gegen die Hamas-Terroristen vorzugehen. Der Krieg jetzt wurde von der Hamas begonnen. Und es wird weiter klare Antworten brauchen, wenn palästinensische Anhänger in Deutschland den Terror bejubeln. Eine freie Gesellschaft ist vorsichtig mit Verboten, doch das Feiern der tausendfachen Ermordung von Menschen ist ein Missbrauch des Versammlungsrechts. Es zeigt zudem: Die auf solchen Demonstrationen häufig vorgetragene Begründung, es werde nur der Staat Israel und seine Politik kritisiert, ist vorgeschoben. Eigentlich wünschen diese Menschen den Juden den Tod.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

ENTWICKLUNGSHILFEN FÜR PALÄSTINA STREICHEN?

Nicht zu vertreten

PRO



Richard Herzinger, freier Publizist

Die massenhafte Abschlichtung israelischer Zivilisten durch die Hamas muss einschneidende Konsequenzen vonseiten des Westens haben. Für Brüssel und Berlin bedeutet dies, das Scheitern ihrer seit etlichen Jahrzehnten betriebenen Palästina-Politik einzugestehen.

Pauschal wäre falsch

CONTRA



Timot Szent-Iványi, Redaktionsnetzwerk Deutschland

Um das klarzustellen: Es gibt keinerlei Rechtfertigung für den brutalen Terror der Hamas. Israel hat das völkerrechtlich verbriefte Recht, sich gegen den Angriffskrieg zu Wehr zu setzen.

Herr Roth, viele fragen sich nach den brutalen Angriffen der Hamas auf Israel, wie Hunderte Terroristen einfach nach Israel gelangen und dort mehrere Stunden lang unbehelligt morden konnten.

Der israelische Botschafter in Berlin, Ron Prosor, hat das sehr offen und selbstkritisch gesagt: Nicht nur wir im Westen, in Europa und den USA, sondern auch viele Menschen in Israel, haben die diabolische Gewaltbereitschaft der Hamas-Terroristen unterschätzt.

Staatspräsident Isaac Herzog hat in den letzten Monaten wiederholt gewarnt, der gesellschaftliche Streit über den von der ultrarechten Regierung unter Benjamin Netanjahu betriebenen Umbau des Justizwesens könne auch die nationale Sicherheit gefährden.

Netanjahu ist von der israelischen Zivilgesellschaft und der Opposition scharf kritisiert worden für den Versuch, den Rechtsstaat abzubauen. Viele Reservistinnen und Reservisten wollten keinen Militärdienst mehr leisten.

Die Gewalt hat in den vergangenen Jahren auf beiden Seiten zugenommen, bei militanten Palästinensern ebenso wie auf Seiten der zunehmend radikalisierten Siedlerbewegung.

Tatsächlich haben wir uns in Deutschland und Europa um einen nachhaltigen Frieden im Nahen Osten nicht bemüht. Wir spielen als Friedensstifter im Nahen Osten keine große Rolle.

Wie groß ist die Gefahr, dass der Iran oder andere militante Palästinenserorganisationen wie die Hisbollah im Libanon die fragile Situation nutzen und ebenfalls militärisch gegen Israel vorgehen?

US-Präsident Joe Biden hat das klar formuliert: Wagt es nicht - wir werden dafür sorgen, dass dieses geschundene Land so wehrhaft ist, dass es für Euch sehr riskant wäre, es zu attackieren.

Aber auch ohne direkte Konfrontation kann der Iran als Unterstützer von Hamas und Hisbollah Israel weiter massiv schaden. Selbst wenn ihm keine direkte Beteiligung an den Angriffen der Hamas nachgewiesen werden kann, wären diese ohne Waffen und Geld aus dem Iran so wohl kaum möglich gewesen.

Deswegen geht es jetzt darum, den Terrorismus der Hamas zu stoppen. Ein für alle

»Kampf um die Existenz«

MICHAEL ROTH Israel hat aus Sicht des SPD-Außenpolitikers das Recht, mit harten Maßnahmen gegen den Terrorismus vorzugehen



© Michael Farkas

mal. Das ist schwer, aber es gibt auch positive Entwicklungen. So haben die Friedensbemühungen Israels im islamischen Raum in den vergangenen Jahren durchaus Früchte getragen.

Der Iran stellt das Existenzrecht Israels offen infrage. Warum verhandelt die Bundesregierung trotzdem mit Teheran über dessen Nuklearprogramm, als wäre das Regime ein weitgehend normaler Gesprächspartner?

Die Iranpolitik Deutschlands und der EU zielt bisher vor allem darauf ab, den Iran unter allen Umständen von der Herstellung von Atomwaffen abzubringen.

kann. Das Atomabkommen ist faktisch tot, weil das Regime es hat sterben lassen. Wir müssen den Iran jetzt noch stärker isolieren, etwa durch weitere Sanktionen.

Schon jetzt will die Bundesregierung alle Hilfen für die Menschen in den Palästinensergebieten auf den Prüfstand stellen. Heißt das, sie hat bisher nicht so genau hingeschaut, ob sie direkt oder indirekt Terroristen zugute kommen?

Wir müssen jedenfalls noch genauer hinschauen. Ich halte es nach wie vor für richtig, dass die Menschen in Gaza über Nahrungsmittel, sauberes Wasser und eine medizinische Grundversorgung verfügen.

Der Bundeskanzler hat im Bundestag noch mal versichert, dass Deutschland fest an der Seite Israels steht.

Das Wichtigste ist es, unserer eigenen Bevölkerung zu erklären, warum Israel das Recht und die Pflicht hat, mit teils sehr harten Maßnahmen gegen die Hamas-Terroristen vorzugehen.

Der Kanzler hat das Recht Israels auf Selbstverteidigung ja betont. Aber gilt das grenzenlos? Die Vereinten Nationen haben die Abriegelung des Gaza-Streifens bereits als Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht verurteilt.

Israel ist eine liberale, rechtsstaatliche Demokratie und wird die Prinzipien des Völkerrechts achten. Aber klar ist auch: Das ist ein Krieg. Er wird furchtbar sein.

Das antisemitische Berliner Netzwerk Samidoun, das sie organisiert hat, soll nun verboten werden, für die Hamas soll es ein Betätigungsverbot geben.

Wir haben dem Thema lange nicht die notwendige Bedeutung beigemessen. Dabei haben wir vor dem Hintergrund unserer Geschichte eine besondere Pflicht, jüdisches Leben zu schützen.

Das Gespräch führte Johanna Metz. |

Michael Roth (SPD) sitzt seit 1998 im Bundestag und leitet dort seit 2021 den Auswärtigen Ausschuss.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Unabhängige: Gitta Connemann

Sie kommt langsam aus dem Plenarsaal, irgendwie bedächtig - also wollte Gitta Connemann niemanden stören, hier gegenüber dem Abgeordnetencafé.

Die Angriffe der radikalislamischen Hamas aus dem Gaza heraus, mit dem Ziel möglichst vieler Tötungen in Israel, hat Connemann, Bundestagsabgeordnete der CDU aus Leer, erschüttert.

direkt gewählt im Wahlkreis Unterems. Das Elternhaus war politisch. „Unser deutscher Großvater war bei den Freien Wählern.

Bei Connemann scheint das glücklich. Ihren eigenen Kopf hat sie



© dpa/picture-alliance

»Zur Fassungslosigkeit kamen dann Entsetzen, Trauer und die Sorge um Freunde in Israel dazu. Sie haben Verluste erlitten.«

schon. Stimmt als eine von wenigen Unionsabgeordneten gegen den Atomausstieg, gegen den Mindestlohn und für die gleichgeschlechtliche Ehe.

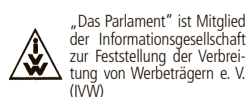
„Nach dem Abitur stand ich vor der Qual der Wahl und fühlte mich überfordert. Ich hatte schon vorher in einer Schuhboutique gejobbt.

Es folgte eine gemeinsame Kandidatur mit ihm für den Rat der Samtgemeinde Hesel. „Die gemeinsame Arbeit im Rat hat uns noch enger zusammengeschweißt.

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin. Fotos Stephan Roters. Abonnement Jahresabonnement 25,80 € für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 €.

Abonnement Jahresabonnement 25,80 € für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten).



Wir vermeiden CO2 durch den Versand mit der Deutschen Post.



Derzeit bereitet die israelische Armee in der Wüste eine mögliche Bodenoffensive im Gazastreifen vor. Kommt es zum Häuserkampf, wird er auf beiden Seiten viele Opfer kosten. Aber die Regierung in Jerusalem hat keine Wahl: Die Bevölkerung erwartet eine überzeugende militärische Antwort auf die brutalen Angriffe der Hamas.

© picture-alliance/Matrix Images/Jim Hollander

Neue Dimension des Krieges

ISRAEL Der Vernichtungsfeldzug gegen die Hamas wird die Resilienz der Gesellschaft auf die Probe stellen

Der 7. Oktober 2023 wird wohl als der schwärzeste Tag in der Geschichte Israels und des jüdischen Volkes eingehen. Seit dem Holocaust wurden noch nie so viele Jüdinnen und Juden an einem einzigen Tag ermordet, wie von der militanten Hamas am letzten Samstag. Entsprechend düster ist Stimmung in Israel. Die Bilder, die zunehmend an die Öffentlichkeit dringen, die Geschichten, die Überlebende erzählen, zeugen von ungeheurer Bestialität, die in Israel Assoziationen an Pogrome und die Shoah hervorrufen. Dass solch eine Tat ausgerechnet im jüdischen Staat geschehen konnte, der sich nach Auschwitz als sicherer Hafen für das jüdische Volk verstand, dass ausgerechnet hier Juden aufgrund des katastrophalen Versagens des eigenen Aufklärungs- und Sicherheitsapparates ihrer Abschachtung hilflos ausgeliefert waren, löste in der Gesellschaft nicht nur Schockwellen aus, sondern auch unbändige Wut. Premier Benjamin Netanyahu sagte in einer Ansprache kurz nach der Tat, man werde dafür „Rache“ nehmen. Die Regierung erklärte, man werde die Hamas zerstören und auslöschen.

Viele Soldaten werden im Häuserkampf im engen und dichtbesiedelten Gaza fallen.

me flüchten, im Süden des Landes kam der Alltag zum Erliegen. Raketenangriffe auf Tel Aviv waren für die Islamisten in erster Linie ein Prestigegewinn und ein Signal an Israel, dass man auch das Herz des Landes erreichen kann. Irgendwann kam es stets zu einem Waffenstillstand. In Jerusalem hieß es dann, man habe den Feind entscheidend geschwächt. Doch das stimmte de facto nie, was in diesen Tagen allen Israelis endgültig klar geworden sein dürfte. Man muss diese Entwicklung kennen, um zu begreifen, was Israel jetzt aufgrund der Monstrosität des Überfalls aus seiner Sicht tun muss: Die eigene Abschreckungskraft muss wiederhergestellt werden.

Die Feinde Israels haben dessen Versagen genau verfolgt. Iran, der Israel seit Jahren „von der Landkarte streichen“ will, investiert viel, um diese Vernichtungsfantasie Realität werden zu lassen. Sein Regime unterstützt seit Jahren die Hamas und den Islamischen Dschihad in Palästina - finanziell, mit Waffen und Know-how. Ebenso die schiitische Hisbollah im Libanon an der Nordgrenze Israels. Sie verfügt über etwa 130.000 bis 150.000 Raketen, viele GPS-gesteuert, die über eine wesentlich größere Sprengkraft als die Raketen der Hamas verfügen und jeden Ort in Israel erreichen können. Ein Krieg mit der Hisbollah wäre für die Heimatfront Israels fatal, aber ebenso für den Libanon. Die israelische Air Force wäre gezwungen, mit aller Gewalt und vor allem schnell die Raketen zu zerstören, um die Infrastruktur des eigenen Landes zu schützen. Da auch ein solcher Krieg ein asymmetrischer wäre, warum dies für die Zivilbevölkerung im Libanon eine Katastrophe bedeuten. Organisationen wie Hisbollah, Hamas und andere agieren militärisch ganz bewusst aus zivilen Gebieten.

Das Vorgehen der Regierung Netanyahu und der Armee ist deutlich. In kürzester Zeit wurden 300.000 Reservisten einberufen, so viele wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Es besteht kein Zweifel, dass Israel die Ha-

mas diesmal vernichten will. Allen Feinden, insbesondere dem Iran, gilt es zu signalisieren, dass man sich besser nicht mit dem jüdischen Staat anlegt und dass er nicht so schwach ist, wie er zuletzt erschien.

Spaltpilz Justizreform Tatsächlich haben die vergangenen Monate die israelische Gesellschaft gespalten. Die Absicht der Regierung, eine Justizreform umzusetzen, die ein Ende der demokratischen Gewaltenteilung bedeutet hätte, führte über mehr als neun Monate zu regelmäßigen Demonstrationen. Viele Israelis entschieden sich, aus Protest gegen die Regierung ihren freiwilligen Reservendienst bei der Armee nicht mehr zu erfüllen. Es drohte eine allmähliche Erosion der Kampfkraft der stärksten Armee der Welt. Geheimdienste und Militärs warnten Netanyahu, seine Politik würde die Sicherheit des Landes gefährden. Die Feinde Israels könnten angreifen. Das geschah nun. Und aufgrund ihrer unglaublichen Barbarei erschütterte die Attacke Israel mehr als jeder Raketenangriff. Staat und Gesellschaft sind erst einmal zu allem bereit. Doch dieser Krieg wird die Resilienz der Israelis auf die Probe stellen. Eine Bodenoffensive in Gaza wird nicht nur die Opferzahlen auf der palästinensischen Seite in die Höhe schnellen lassen,

viele israelische Soldaten werden im Häuserkampf im engen und dichtbesiedelten Gaza fallen. Die Regierung hat jedoch keine Wahl. Die Israelis erwarten eine überzeugende militärische Antwort – erst recht, da sie Premier Netanyahu und seine Koalition für das Debakel verantwortlich machen. Nicht zu vergessen: Der Hamas ist es bei ihrem Anschlag gelungen, schätzungsweise 150 Menschen als Geiseln nach Gaza zu verschleppen. Das ganze Land erwartet von Netanyahu, dass er all diese Kinder, Frauen, Männer und Alte zurückbringt. Iran, der Erzfeind, dessen Streben nach der Atombombe in Jerusalem als existentielle Bedrohung angesehen wird, kann sich freuen. Es wird heftig diskutiert, ob Teheran der Hamas die Zustimmung für den Angriff gegeben hat. Dass Iran seit Jahren mit Hisbollah, Hamas, dem Dschihad und anderen den Kampf gegen Israel koordiniert, ist bekannt. So hatte das Schiiten-Regime jetzt auch ein unmittelbares Interesse, die Friedensgespräche zwischen Israel und Saudi-Arabien zu stoppen.

Flächenbrand droht Bereits 2020 war man in Teheran wütend über das „Abraham-Abkommen“, das zu einer Normalisierung zwischen Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und auch Marokko und Sudan führte. Ein Friedensvertrag mit den Saudis würde Israel nicht nur in der sunnitischen Welt aufwerten, sondern Iran bedrohen. Denn gleichzeitig sollte ein Vertrag mit den USA Realität werden, der den Saudis garantiert, dass die US-amerikanische Armee Riad bei einem Angriff automatisch zu Hilfe eilt. So lauten zumindest die Forderungen Riads. Das ist jetzt in weite Ferne gerückt. Die Gefahr, dass dieser Gaza-Krieg zu ei-

nem Flächenbrand wird, ist groß. An der Nordgrenze kommt es mit der Hisbollah immer wieder zu Scharmützeln. Je nach Lage könnte Teheran der Organisation grünes Licht geben, Israel in einen Zwei-Fronten-Krieg zu zwingen, obwohl die USA davor gewarnt haben. Der Flugzeugträger USS Ford befindet sich im östlichen Mittelmeer, bereit, in so einem Fall einzugreifen, um Israel zu schützen. All das könnte ungeahnte Folgen für den Nahen Osten und die gesamte Welt haben. Doch im Augenblick ist Israel entschlossen, die Hamas zu vernichten. Nur: Was, wenn dies gelingt? Wer übernimmt am Tag 1 nach dem Krieg dort die Macht? Darauf hat im Augenblick niemand eine Antwort. *Richard C. Schneider* ■

Der Autor war lange Jahre Israel-Korrespondent der ARD und arbeitet heute als freier Journalist in Tel Aviv.

Seit Jahrzehnten Staatsräson

BEZIEHUNGEN Deutschland trägt zur Sicherheit Israels bei, irritiert den Partner aber auch

Israels Sicherheit als deutsche Staatsräson: Ein Satz Angela Merkels (CDU) vor der Knesset im Jahr 2008 sorgt bis heute für Diskussionen. Hat die Bundeskanzlerin damals so etwas wie eine militärische Beistandspflicht formuliert? Realisten verweisen demgegenüber auf etwas anderes: Weder sei Israel auf einen solchen Beistand unmittelbar angewiesen, noch kümmerten sich Organisationen wie Hamas oder Hisbollah groß um die Meinung in Berlin, wenn sie Angriffe auf Israel starten.

Kontinuitäten Merkels Satz findet sich im Koalitionsvertrag der Ampelparteien, geprägt hat ihn vor Jahren schon der Sozialdemokrat Rudolf Dreßler als deutscher Botschafter in Tel Aviv, und auch Merkels Amtsvorgänger Gerhard Schröder (SPD) gab sich unmissverständlich: „Israel bekommt das, was es für die Aufrechterhaltung seiner Sicherheit braucht, und es bekommt es dann, wenn es gebraucht wird.“ Zum Beispiel U-Boote. Für die Lieferungen und Teilfinanzierung von „Dolphin“-U-Booten für Israel entschloss sich Schröders Amtsvorgänger Helmut Kohl (CDU) auch deshalb, weil diese Israels Zweitschlagfähigkeit sicherstellen und damit israelische Abschreckung glaubwürdig machen sollten. 2017 vereinbarten Deutschland und Israel den Bau drei neuer U-Boote der Klasse „Dakar“, die damals mit Kosten in Höhe von 1,8 Milliarden Euro veranschlagt worden sind, wo-



„Dolphin“-U-Boot der israelischen Marine

Atomprogramms. Auch finanzielle Hilfen für die Palästinenser versteht die Bundesregierung als Beitrag zur Stabilität. Deutschland ist einer der größten bilateralen Geber bei Entwicklungszusammenarbeit, humanitärer Hilfe, ziviler Krisenprävention und im Bereich Kultur und Bildung in den Palästinensergebieten. In den Jahren 2021 und 2022 beliefen sich die Zusagen auf 340 Millionen Euro. Die Bundesregierung steht hier aber in der Kritik: Teile dieser Mittel flössen in die Taschen der Hamas, zudem gehe sie nicht entschieden gegen den Geldfluss von Ländern wie Katar an die Terrororganisation vor.

UN-Resolutionen Ein Dauerthema israelischer Kritik an Deutschland ist zudem das deutsche Abstimmungsverhalten in UN-Gremien. Die FDP-Fraktion hatte sich 2019, damals als Oppositionsfraktion, die Mühe gemacht, die Resolutionen in einem Antrag (19/7560) zu zählen, mit denen ausschließlich Israel verurteilt wird, andere Akteure des Nahost-Konflikts aber nicht einmal benannt werden. Als „absurd“ bezeichnet der Abgeordnete Frank Müller-Rosentritt (FDP), dass die UN jedes Jahr mehr Resolutionen gegen Israel als gegen alle anderen Staaten dieser Welt zusammen verabschiedet – zum größeren Teil mit deutscher Zustimmung oder Enthaltung. So verkomme die Rede von der deutschen Staatsräson zur Floskel. *Alexander Heinrich* ■



Grafikquelle: dpa/21296



Flüchtlinge am Mittwoch in der hessischen Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen. Länder und Kommunen klagen über erschöpfte Kapazitäten bei der Unterbringung von Asylbewerbern.

© picture-alliance/dpa/Boris Roessler

Folgen der Zuwanderung

SOZIALES Die Auswirkungen der Zuwanderung auf die deutschen Sozialsysteme sollten nach Ansicht der AfD-Fraktion wissenschaftlich evaluiert werden. Ein entsprechender Antrag der Fraktion (20/7665) stand am Freitag nach Redaktionsschluss auf der Tagesordnung des Bundestages und sollte zur weiteren Beratung an die Ausschüsse, allen voran den Ausschuss für Arbeit und Soziales, überwiesen werden. Damit die Sozialsysteme stabil bleiben, kommt es laut AfD „auf die richtige Zuwanderung“ an. Der Beitrag von Migration zur gesetzlichen Kranken-, Renten- sowie Arbeitslosenversicherung solle daher nach dänischem Vorbild erfasst werden. Die dänische Studie unterscheidet zwischen einheimischen Dänen, Zuwanderern aus „westlichen Ländern“, Zuwanderern aus „sonstigen nicht-westlichen Ländern“ und Zuwanderung aus den sogenannten MENAP-Ländern (Nahe Osten, Nordafrika, Pakistan und Türkei), heißt es in dem Antrag der AfD-Fraktion. In einer Antwort (20/8270) auf eine Kleine Anfrage (20/8091) der CDU/CSU-Fraktion zum selben Thema hatte die Bundesregierung Ende September konstatiert, dass sich die Folgen der Zuwanderung für die Sozialsysteme nicht mit Zahlen beziffern ließen. Sie erklärte unter anderem, dass es keine Zu- und Fortzugsstatistik gebe, mit der der Zuwanderungsgrund aufgeschlüsselt werde, verwies aber allgemein auf den tendenziell verjüngenden Effekt der Zuwanderung auf die Sozialsysteme. Zuwanderung wirke sich regelmäßig verjüngend auf die Bevölkerungsstruktur aus, mit entsprechenden Folgen für die Sozialsysteme. **che** ||

Bewegung im Dauerstreit

ZUWANDERUNG Georgien und Moldau sollen als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden

Nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen vom vergangenen Sonntag (Seite 7) zeichnet sich beim Dauerstreit um die deutsche Migrationspolitik Bewegung ab. Am Freitagabend wollte sich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mit dem Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK), Hessens Regierungschef Boris Rhein (CDU), und dessen niedersächsischem Amtskollegen Stephan Weil als Vertreter der SPD-geführten Länder sowie mit CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz (CDU) zu einem Spitzengespräch zur Asylpolitik treffen. Direkt davor war dies Top-Thema der zweitägigen MPK-Beratungen dieser Woche. Bereits am Mittwoch hatte Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) erleichterte Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge angekündigt, während Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) einen seit längerem diskutierten Gesetzentwurf „zur Verbesserung der Rückführung“ präsentierte. Einen Tag danach beriet der Bundestag in zwei aufeinander folgenden Plenardebatten über die Migrationspolitik. Zu-

nächst ging es dabei um die Forderung nach Bezahlkarten für Flüchtlinge zur Stärkung des Sachleistungsprinzips (Beitrag unten), danach stand in erster Lesung der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einstufung von Georgien und der Republik Moldau als asylrechtlich sichere Herkunftsstaaten (20/8629) auf der Tagesordnung.

Wie die Bundesregierung darin darlegt, betrug die Anerkennungsquote bei Asylantragstellern aus Georgien und Moldau im Jahr 2022 jeweils rund 0,1 Prozent. Durch die Einstufung dieser Länder als sichere Herkunftsstaaten würden Asylverfahren ihrer Staatsangehörigen schneller bearbeitet. Im Anschluss an eine negative Entscheidung über den Asylantrag könne ihr Aufenthalt in Deutschland schneller beendet werden. Die Bundesrepublik werde dadurch als Zielland für aus nicht asylrelevanten Motiven gestellte Asylanträge weniger attraktiv. Der Individualanspruch auf Einzelfallprüfung für Asylantragsteller aus Georgien und der Republik Moldau bleibe dadurch unberührt. Bei Staaten, die als sicher bestimmt werden, wird gesetzlich davon ausgegangen, dass dort generell keine staatliche Ver-

folgung zu befürchten ist und der jeweilige Staat grundsätzlich vor nichtstaatlicher Verfolgung schützen kann, wie die Bundesregierung in der Begründung ausführt. Die Bestimmung als sicherer Herkunftsstaat habe für das Asylverfahren zunächst die Folge, „dass vermutet wird, dass in diesem Staat keine Verfolgungsgefahr vorliegt“. Es gelte jedoch auch für Asylverfahren aus sicheren Herkunftsstaaten, dass der Antragsteller angehört wird und ihm Gelegenheit gegeben werden muss, individuelle Gründe vorzubringen, die gegen die vermutete Verfolgungsgefahr sprechen. Ein Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion mit gleicher Zielrichtung (20/7251) vom Juni 2023 stand nicht auf der Tagesordnung des Plenums, nachdem am Vortag im Innenausschuss die abschließende Beratung der Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsmehrheit vertagt wurde. An dieser Mehrheit plus den Stimmen der Linksfraktion scheiterte auch ein Plenarantrag der Unionsfraktion auf sofortige Sachentscheidung über die Regierungsvorlage.

Debatte In der Aussprache verwies der Parlamentarische Innen-Staatssekretär Mahmut Özdemir (SPD) darauf, dass mehr als zehn Prozent aller abgelehnten Asylanträge von Menschen aus Georgien und Moldau gestellt würden. Er betonte zugleich, dass die Gesamtzahl der nach

Deutschland Geflüchteten eine Größenordnung erreicht habe, „die eine Unterbringung zunehmend schwierig bis unmöglich macht“. Helge Lindh (SPD) hob hervor, dass die Koalition den Gesetzentwurf auch im Zusammenhang mit Migrationsabkommen sehe, die „Rückführung regulieren“, aber auch legale Einwanderungswege ermöglichen. Alexander Throm (CDU) nannte die Einstufung der beiden Staaten einen kleinen,

> STICHWORT

Ankunft und Rückführungspläne

> **Asylanträge** Im September 2023 wurden in Deutschland 27.889 Asylanträge gestellt, 0,5 Prozent mehr als im August. Von Januar bis September 2023 waren es damit 233.744 Erstanträge. Davon betrafen 17.732 in Deutschland geborene Kinder unter einem Jahr.

> **Abschiebung** Der Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums „zur Verbesserung der Rückführung“ sieht vor, die Höchstdauer des Ausreisegewahrsams von derzeit zehn auf 28 Tage zu verlängern. Auch soll unter anderem die Ausweisung von Schleusern forciert werden.

aber wichtigen Schritt. Dieser sei überallig, aber gehe nicht weit genug. Vielmehr müssten auch Indien sowie die Maghrebstaaten Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. Dies werde von den Grünen blockiert. Wie Throm wertete Christian Wirth (AfD) die Bestimmung sicherer Herkunftsstaaten als „wichtigen, kleinen Schritt“. Darüber hinaus brauche man aber sichere Grenzen, Abschiebung und die „Festung Europa“. Stephan Thoma (FDP) plädierte ebenfalls dafür, auch die Maghreb-Staaten und weitere Länder zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären. Zugleich warb er für ein „Zusammenstehen“ von Koalition und Union beim Bemühen, irreguläre Migration in den Griff zu bekommen. Filiz Polat (Grüne) betonte demgegenüber, dass in den Maghreb-Staaten „Lesben, Schwulen, trans-, inter-, bisexuellen und queeren Personen mehrjährige Haftstrafen“ drohten, wenn sie sich outen. Beim Thema sichere Herkunftsstaaten brauche es daher eine sorgfältige Beratung mit Überweisung in die Fachausschüsse. Clara Bünger (Linke) beklagte, dass sich die Situation queerer Menschen in Georgien deutlich verschlechtert habe und in Moldau Roma systematisch diskriminiert würden. Auch lehne ihre Fraktion das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten generell ab. **Helmut Stoltenberg** ||

»Die Zahl der Geflüchteten macht eine Unterbringung zunehmend unmöglich.«

Mahmut Özdemir (SPD)

Im Bereich des Möglichen

LEISTUNGEN FÜR ASYLBEWERBER Die Union fordert eine Bezahlkarte, die FDP empfiehlt einen Blick ins Gesetz

Es hätte eine Standarddebatte über einen Antrag einer Oppositionsfraktion sein können. Aber angesichts steigender Flüchtlingszahlen und schlechter Wahlergebnisse für die Ampel-Parteien in den Bundesländern, nicht zuletzt wegen der Unzufriedenheit vieler mit dem Migrations-Management (Text Seite 7), war in das Thema plötzlich viel Bewegung gekommen: Es ging am Donnerstagabend im Bundestag nämlich um einen Antrag (20/8729) der CDU/CSU-Fraktion, in dem sie fordert, Asylbewerbern die Leistungen für den täglichen Bedarf nicht mehr als Geld-, sondern als Sachleistung auszus zahlen und eine Bezahlkarte einzuführen.

Dies hatten im Lauf der Woche immer mehr Bundesländer, auch SPD-regierte, ebenfalls gefordert, in der Hoffnung, dadurch Fluchtanreize zu senken. Es wäre eine Abkehr von der bisherigen Praxis im System des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylBLG), aber am Ende der Woche sah es ganz so aus, als stünde sie kurz bevor. Freitagabend (nach Redaktionsschluss) hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zu einem Treffen mit der Unionsfraktion und Vertretern der Länder eingeladen, um beim Thema Migration Lösungen zu finden. In ihrem Antrag fordert die Unionsfraktion von der Bundesregierung, dass die Bezahl-

leistungen verwendet wird. Sie soll dabei technisch ausschließlich für Zahlungen innerhalb Deutschlands verwendet werden können. „Der Einsatzbereich muss auch darüber hinaus innerhalb Deutschlands eingeschränkt werden können, insbesondere, um den Einsatz auf die notwendigen Bedarfe des täglichen Lebens zu beschränken“, schreiben die Abgeordneten. Für die Nutzung von bestimmten Unternehmen,

wie beispielsweise Glücksspielanbieter, solle sie gesperrt werden. Bargeldabhebungen mit der Bezahlkarte sollen bis maximal 50 Euro pro Monat möglich sein.

Sache der Länder Angesichts von 300.000 erwarteten Asylanträgen in diesem Jahr und einer Million Ukraine-Flüchtlinge im Land sei „die Integrationsgrenze erreicht, und die gesellschaftliche Akzeptanz

schwindet“, sagte Stephan Stracke (CSU). Deshalb wolle seine Fraktion einen „Deutschlandpakt“ zum Stopp der irregulären Migration. Nötig sei nun „ein großer Wurf statt Trippelschritte“. Rasha Nasr (SPD) kritisierte die Union für ihre Symbolpolitik: „Ihr Grundfehler ist, zu behaupten, Menschen kämen allein wegen der Geldleistungen nach Deutschland.“ Die Entscheidung für ein bestimmtes Land sei aber viel komplexer. Stephanie Aeffner (Grüne) betonte: „Das soziokulturelle Existenzminimum darf nicht aus migrationspolitischen Erwägungen gekürzt werden. Der Vorschlag der Union bringt uns überhaupt nicht weiter.“ Jens Teutrine (FDP) verwies auf das AsylBLG, das längst die Möglichkeit für ein Sachleistungsprinzip biete. Dies müssten aber die Bundesländer umsetzen. „Dann krepeln Sie doch die Ärmel hoch“, forderte er mit Hinweis auf die unionsgeführten Bundesländer. Gerrit Huy (AfD) nannte die Forderung der Union vernünftig. Sie komme aber sehr spät, die AfD habe dies schon vor einem Jahr gefordert und werde dem Antrag der Union deshalb zustimmen. Gökyak Akbulut (Die Linke) nannte die Vorschläge der Union „zutiefst demütigend und diskriminierend“. Sie warf Union, AfD und FDP einen „Wettbewerb zur Entrechtung von Geflüchteten“ vor. **che** ||



Die Unionsfraktion möchte die Leistungen für Asylsuchende nicht kürzen, aber künftig als Sachleistungen ausgeben lassen. © picture-alliance/dpa

Bund soll mehr zahlen

MIGRATION Länder und Kommunen drängen weiter auf dauerhaft höhere Bundesmittel für die flüchtlingsbezogenen Kosten. Zuletzt rechneten auch die SPD-geführten Bundesländer der SPD-geführten Bundesregierung vor, dass die bisher in Aussicht gestellten Zahlungen zu gering ausfallen – und sie mehr Unterstützung erwarten. Bisher will die Bundesregierung die Länder im Rahmen der vertikalen Verteilung des Umsatzsteuereinkommens in diesem Jahr unter dem Strich mit 3,4 Milliarden Euro bei den flüchtlingsbezogenen Kosten entlasten. Für die Jahre ab 2024 will der Bund jeweils 900 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Das geht aus dem Entwurf des Pauschalentlastungsgesetzes (20/8296) hervor, der am Donnerstag im Bundestag ohne Aussprache nach zweiter und dritter Lesung verabschiedet wurde. Mit dem Gesetz will die Bundesregierung unter anderem die Beschlüsse der Ministerpräsidenten der Länder und des Bundeskanzlers vom 2. November 2022 und vom 10. Mai 2023 umsetzen. Neben den Koalitionsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP stimmte auch Die Linke für das Gesetz. Union und AfD votierten dagegen. Ein weiterer Punkt des Gesetzentwurfs ist die Auflösung des sogenannten Mauerfonds zum 31. Januar 2024. In diesem wurden die Erlöse aus der Veräußerung von Mauer- und früheren innerdeutschen Grenzgrundstücken verwahrt. „Der Zweck des Fonds ist nach 27 Jahren weitestgehend erfüllt“, schreibt die Bundesregierung. Künftige Erlöse sollen den entsprechenden Bundesländern zur Verfügung gestellt werden. **cha** ||

Der Reform erster Teil

NACHRICHTENDIENSTE Stärkere Eigensicherung geplant

Die Bundesregierung will die Eigensicherung der drei Nachrichtendienste des Bundes stärken und das Nachrichtendienstrecht „auf der Grundlage jüngerer Verfassungsrechtsprechung“ umfassend reformieren. Dies geht aus ihrem Gesetzentwurf „zum ersten Teil der Reform des Nachrichtendienstrechts“ (20/8626) hervor, über den der Bundestag am Donnerstag erstmals debattierte. Damit sollen die Regelungen zur Übermittlung nachrichtendienstlich gewonnener Informationen an Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts angepasst werden. Da diese Regelungen nur noch bis Ende dieses Jahres anwendbar sind, sei diese Anpassung besonders dringlich, schreibt die Bundesregierung in der Vorlage. Angesichts jüngerer Innenfälle bei den deutschen Nachrichtendiensten gelte dies gleichermaßen für eine wirksame Eigensicherung, die ebenso einbezogen sei. In einem zweiten Teil der Reform solle dann im kommenden Jahr „das Nachrichtendienstrecht insgesamt zukunftsorientiert ausgestaltet werden“. Wie die Bundesregierung in der Begründung ausführt, setzt der Gesetzentwurf die Vorgaben um, die das Bundesverfassungsgericht zu dem Übermittlungsbefugnissen des Bundesverfassungsschutzgesetzes in seinem Beschluss vom 28. September 2022 (1 BvR 2354/13) getroffen hat. „Vor dem

Hintergrund der mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verschärfen internationalen Lage ist im Übrigen besonders vordringlich, die Eigensicherung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) und des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) speziell gegenüber Ausforschungsoperationen anderer Nachrichtendienste zu stärken, insbesondere gegenüber Innentätern“, heißt es in der Begründung weiter. Auch das Gesetz über den Bundesnachrichtendienst (BND) soll nach dem Willen der Bundesregierung geändert werden. In einem Gesetzentwurf (20/8627), den das Parlament ebenfalls in erster Lesung behandelt, sieht sie vor, auch die Übermittlungsvorschriften des BND-Gesetzes sowie des Artikel-10-Gesetzes an den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts anzupassen. Als Maßnahme der Eigensicherung sollen laut Vorlage zudem zusätzliche Vorschriften zum Schutz von Verschlusssachen durch Kontrollen präzise für den BND gesetzlich geregelt werden. In der Debatte äußerten sowohl Vertreter der Opposition als auch der Koalitionsfraktionen deutliche Kritik an den Vorlagen. Diese beantworteten entscheidende Fragen völlig unzureichend, sagte etwa der Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums, Konstantin von Notz (Grüne). **sto** ||

Mieter in Not

WOHNRAUMMANGEL Steigende Mieten, sinkendes Angebot: Das Thema bezahlbares Wohnen ist längst in der Mittelschicht angekommen. Die Linksfaktion legt Vorschläge zur Reform des Mietrechts vor



Mieterprotest: Die Kosten für das Wohnen steigen seit Jahren rasant an, mittlerweile nicht nur in Großstädten wie in Berlin, sondern deutschlandweit.

© picture-alliance/Jochen Eckel

Für Bundeskanzler Olaf Scholz und seine Partei, die SPD, ist „bezahlbares Wohnen die soziale Frage unserer Zeit“. Im Koalitionsvertrag hat die Ampelregierung nicht nur den „Bau von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr“ festgehalten, sondern auch „die Verlängerung der Mietpreisbremse“. Doch zwei Jahre nach Amtsantritt der Bundesregierung fehlen deutschlandweit fast eine Million Wohnungen. Menschen mit kleinem Einkommen geben im Durchschnitt bereits 40 Prozent ihrer Mittel für Wohnkosten aus, bei allen anderen Einkommensgruppen liegt diese Zahl mittlerweile bei 30 Prozent. Auch der jüngste Versuch, die verfahrenere Lage zu verbessern, das Treffen des „Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum“, zu dem Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) gemeinsam mit Bundeskanzler Olaf Scholz Ende September eingeladen hatte, brachte keine neuen Impulse. Die Fraktion Die Linke fordert die Bundesregierung nun dazu auf, diesen Entwicklungen mit einem Gesetzentwurf für ein „wirksames, soziales Mietrecht und einen starken Mieterschutz“ (20/8569) entgegenzutreten und den Mietwucherparagraphen im Wirtschaftsstrafgesetz zu verschärfen. Der Bundestag debattierte am Donnerstag in erster Lesung über den Vorschlag. Um mehr Stabilität in den Mietmarkt zu bekommen, fordert Die Linke einen bundesweiten Mietstopp für sechs Jahre. Parallel dazu solle es Moratorien zu bestehenden Mietverhältnissen geben sowie bei

Neuvermietungen. Bei neuen Verträgen sollten Indexmieten verboten werden, bestehende Indexmietverträge sollten in normale Mietverträge mit örtlichen Vergleichsmieten umgewandelt werden können. Außerdem verlangt Die Linke eine Reform der Mietspiegelberechnung sowie eine Verschärfung der Mietpreisbremse. Das Vermieten von möbliertem Wohnraum solle reguliert werden. Während Kettenmietverhältnisse zu verbieten seien, sollten Mieter ein Recht auf Wohnungstausch bekommen. Schließlich sollen umlegbare Betriebskosten begrenzt werden, unter anderem durch Wegfall der Umlage für die Grundsteuer, fordert Die Linke.

Hitzige Debatte In der Debatte kritisierte Caren Lay (Die Linke) vor allem die Mietpolitik der Wohnungskonzerne Vonovia und LED. Diese Vermieter würden alles dafür tun, damit Mieten immer teurer würden. „Erst vor wenigen Tagen hat die LED angekündigt, die Mieten in ihren 170.000 Wohnungen deutlich anzuhäufen“, sagte Lay. Nicht nur in Großstädten, sondern auch in kleineren Städten wie Weiden in der Oberpfalz und in Worms seien Mietsteigerungen von zwölf Prozent zu verzeichnen, in Hof und Flensburg eine Mietsteigerung von zehn Prozent in nur einem Jahr. „Das Bisschen, das zum Thema Mieterschutz im Koalitionsvertrag steht, ist bis heute nicht umgesetzt“, beklagte Lay. Dafür bekam sie Unterstützung von Canan Bayram (Grüne). Sie forderte ihre Ampelkollegen von der FDP auf, endlich die Ge-

setze für mehr Mieterschutz in den Bundestag einzubringen. Längst lägen Referententwürfe beim Bundesjustizministerium und bräuchten nur diskutiert und beschlossen werden. An Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) gewandt, forderte Bayram die schnelle Einbringung des Entwurfs für ein überarbeitetes Mietrecht: „Sie haben es letztes Jahr bis Weihnachten versprochen, beschreiben Sie uns dieses Geschenk zu Weihnachten 2023.“ Sonja Eichwede (SPD) verteidigte hingegen die Ergebnisse des Wohnungspfels. Sie verwies darauf, dass die Mieten nicht weiter steigen dürften und es ein starkes Mietrecht dafür

brauche. Jedoch reiche eine Verschärfung des Mietrechts nicht aus, „wir müssen bauen, um eine weitere Verschärfung der Lage auf dem Wohnungsmarkt zu verhindern“, sagte Eichwede. Sie sei sicher, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarte Mietrechtsreform „sehr bald“ kommen werde. „Mit dem Antrag der Linken entsteht keine einzige neue Wohnung“, kritisierte Jan-Marco Luczak (CDU). Derzeit würden sich über 40.000 Menschen auf rund 280 Wohnungen bewerben, das sei ein Beispiel dafür, dass es nicht zu wenig Regulierung auf dem Wohnungsmarkt gebe, „sondern schlicht zu wenige Wohnungen“. Würden die Vorschläge der Linken umgesetzt, zögen sich weitere Investoren zurück, weil sei Enteignungen und weiteren Mietendeckel befürchteten.

Auch Thorsten Lieb (FDP) kritisierte den Linken-Antrag scharf und sprach von „einer Geisterfahrt“. Das Vorhaben der Linken hätte „Enteignungen“ und „Entwertungen“ zur Folge. Die Vertragsfreiheit im Mietrecht würde „abgeschafft“, und das mache meine Fraktion definitiv nicht mit“, sagte Lieb. Thomas Seitz (AfD) warf den Linken vor, den Wohnraum „auf eine Mietpreiskrise“ zu reduzieren. Der Antrag fordere „die komplette Verstaatlichung des Wohnungssektors“. Mit solchen Vorschlägen unterstreiche die Linksfaktion, „dass die SED bei Ihnen weiterlebt“, sagte Seitz. Der Antrag wurde zur Beratung mit Federführung beim Rechtsausschuss statt beim Bau-Ausschuss überwiesen, wie es Die Linke eigentlich wollte. Nina Jeglinski

> STICHWORT

Land der Mieter

> **Wohnbestand** In Deutschland gibt es rund 43,4 Millionen Wohnungen, 295.300 wurden im Jahr 2022 neu gebaut.

> **Mieter** Laut Statistischem Bundesamt leben 53,3 Prozent oder 20 Millionen Haushalte hierzulande zur Miete, so viele, wie in keinem anderen EU-Land. Der EU-Durchschnitt liegt bei 30,9 Prozent.

> **Überbelegung** Rund 8,6 Millionen Menschen in Deutschland lebten 2021 in überbelegten Wohnungen. Das waren 10,5 Prozent der Bevölkerung.

Wann kommt die Stechuhr für alle?

ARBEIT Die Bundesregierung muss die Arbeitszeiterfassung für alle Beschäftigten gesetzlich regeln. Eine Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales steckte die Fronten ab

Wer dachte, das Stempeln sei vorbei, ist spätestens am 14. Mai 2019 eines Besseren belehrt worden. An dem Tag entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) in einem Urteil, dass Arbeitgeber verpflichtet sind, die Arbeitszeit ihrer Beschäftigten genau zu erfassen. Das hat weitreichende Folgen, vor allem für kleinere Firmen, die kein System zur Arbeitszeiterfassung haben. Eine gesetzliche Regelung dazu steht in Deutschland noch aus, genau deshalb setzten die Oppositionsfaktionen CDU/CSU und Die Linke das Thema auf die Tagesordnung einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales am Montag dieser Woche.

Grundlage der Debatte dort bildeten Anträge der Unionsfraktion (20/6909) und der Fraktion Die Linke (20/1852). Die Union verlangt unter anderem, ein neues Gesetz müsse flexible Modelle zur Arbeitszeiterfassung enthalten und Vertrauensarbeitszeit zulassen. Außerdem sollen die Ar-

beitgeber entscheiden, wie sie die Arbeitszeit erfassen. Die Union kritisiert, dass ein im April 2023 bekannt gewordener Referententwurf zur Arbeitszeiterfassung aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) das Ende für die selbstbestimmte Vertrauensarbeitszeit bedeuten und „sowohl die Beschäftigten als auch die Arbeitgeber mit überflüssiger Bürokratie gängeln“ würde. Die Linke verlangt dagegen die tagesgenaue Aufzeichnung von Arbeitszeit und Ruhepausen und kritisiert, dass das Urteil zur Auslegung der europäischen Arbeitszeitrichtlinie immer noch nicht in nationale Gesetzgebung umgesetzt sei.

In der Anhörung betonte unter anderem Isabel Eder vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), die Vertrauensarbeitszeit sei in der Vergangenheit nur „pervertiert“ angewendet worden, im Übrigen gebe es bereits jetzt genügend Flexibilisierungsmöglichkeiten. Der DGB plädierte für die Beibehaltung des Achtstundentages, der von

erheblicher Bedeutung für den Arbeits- und Gesundheitsschutz sei. Unterstützt wurde diese Position von Nils Backhaus von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, der darauf hinwies, dass 80 Prozent der Beschäftigten ihre Arbeitszeit bereits erfassen. Dies verfügen über mehr zeitliche Spielräume als jene, die dies nicht tun.

Skepsis einiger Branchen Dagegen unterstrich Roland Wolf von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), das Bundesarbeitsgericht (BAG) habe die Vertrauensarbeitszeit bestätigt. Nach seiner Interpretation des EuGH-Urteils muss der Arbeitgeber nur ermöglichen, dass die Arbeitszeit erfasst werden kann. Er sei aber nicht verpflichtet, diese selbst zu erfassen. Oliver Zander vom Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Elektro- und Metall-Industrie (Gesamtmittel) wies darauf hin, dass mehrere Berufsgruppen

deutlich gemacht hätten, nicht in die Arbeitszeiterfassung einbezogen werden zu wollen: Richter, Wissenschaftler, Anwaltskanzleien und Lehrer. Auch die Arbeitneh-



Der EuGH entschied 2019: Ein Gesetz zur Arbeitszeiterfassung muss her.

Kostenfalle Strom

SOZIALES Anträge zu Änderungen beim Bürgergeld

Zwei Anträge der Fraktion Die Linke zu Änderungen beim Bürgergeld hat der Bundestag am späten Donnerstagabend zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen.

In einem Antrag (20/8723) fordern die Abgeordneten die Anpassung der Strombedarfe im Bürgergeld und in der Grundsicherung im Alter. Strom gehöre zu einem lebenswürdigen Leben dazu, der Betrag, der dafür im Regelsatz angesetzt ist, sei jedoch viel zu niedrig schreibt die Fraktion und verweist auf die drastisch gestiegenen Energiepreise. „Diese Existenznöte und die Energiearmut müssen abgestellt werden. Dafür müssen die Stromkosten in realistischer Höhe übernommen werden – orientiert am mittleren Verbrauch und mit Blick auf den Einzelfall.“

Die Linke verlangt konkret, dass die Stromkosten bis zu einer „Nicht-Prüfungsgrenze“ in voller Höhe übernommen werden. Diese Nicht-Prüfungsgrenze soll einem Verbrauch der Obergrenze der Stufe E des Stromspiegels entsprechen, sodass die unteren 70 Prozent aller Haushalte erfasst

würden. Die bisherigen Pauschalen sollen im Gegenzug aus den Regelbedarfen herausgenommen werden. Außerdem fordern die Abgeordneten, dass Stromschulden in voller Höhe auf Darlehensbasis übernommen werden und eine schnelle Schuldnerberatung angeboten wird.

Anpassung an Inflation In einem zweiten Antrag (20/7641) fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf zur Reform der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) sowie der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) vorzulegen, der eine Anpassung der Regelbedarfe anhand des regelbedarfsrelevanten Verbraucherpreisindex vorsieht. Zudem soll es nach Willen der Linken für 2023 eine Sonderzahlung geben, mit der der Inflationsbedingte Kaufkraftverlust zwischen 2021 und 2023 ausgeglichen wird. In Zukunft solle eine neue gesetzliche Sonderzahlung zu Beginn eines Jahres den inflationsbedingten Kaufkraftverlust des Vorjahres ausgleichen, heißt es in dem Antrag. che II

Nicht überzeugt

RECHT Keine Mehrheit für Neuregelung der Zustimmungsfiktion

Die CDU/CSU-Fraktion hat mit einem Gesetzentwurf (20/7347) und einem Antrag (20/4888) zur Neuregelung der Geschäftsbeziehungen im Bankenverkehr keine Mehrheit gefunden. Mit den Vorlagen, die am Donnerstagabend abschließend beraten wurden, reagierte die Union auf das sogenannte Postbank-Urteil des Bundesgerichtshofes. Das Gericht hatte Ende April 2021 die bisherige Praxis, Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen über eine sogenannte Zustimmungsfiktion zu ermöglichen, für rechtswidrig erklärt. Heißt: Wer auf Änderungen nicht reagiert, stimmt zu. Wie die Fraktion ausführt, habe das BGH-Urteil „im praktischen Kundenverkehr vielerlei Folgen und Reaktionen hervorgerufen, die sich allesamt als negativ für beide Seiten als auch als unpraktisch erwiesen haben“. So würden regelmäßig vorzunehmende vertragliche Anpassungen ohne Zustimmungsfiktionsklausel deutlich erschwert.

Änderungsbedarf Die Redner der Koalition lehnten den Vorschlag in der Debatte einhellig ab, Unterschiede zeigten sich indes in

der Frage, ob es eine gesetzgeberische Lösung benötige. Thorsten Lieb (FDP) kritisierte an den Unionsvorschlägen, dass sich diese nur auf den Bankenverkehr bezögen. Dabei habe das Urteil Auswirkungen auf alle Dauerschuldverhältnisse, etwa auch Telefon- oder Internetverträge. Eine allgemeine Regelung sei angezielt. Für die SPD-Fraktion hob Luiza Licina-Bode die verbraucher-schützende Wirkung des Urteils hervor. Der Unionsvorschlag würde diese unterhöhlen. Es sei unklar, ob es einer neuen gesetzlichen Regelung bedürfe, so die Sozialdemokratin. Lukas Benner (Bündnis 90/Die Grünen) warf der Union vor, einfach zur alten Rechtslage zurückkehren zu wollen. Wie Lieb betonte auch Benner, der Vorschlag greife zu kurz. Für die Union warb Axel Müller für den Vorschlag der Fraktion. Der Koalition warf der Christdemokrat Untätigkeit vor. Unterstützung bekam die Union von der AfD. Es wäre wichtig gewesen, „wieder für eine rechtlich sichere Fiktion bei nicht wesentlichen AGB-Änderungen zu sorgen“, sagte Tobias Matthias Peterka. scr II

In English, please!

JUSTIZ »Commercial Courts« sollen Standort stärken

Wirtschaftsstreitigkeiten sollen vor Gericht künftig komplett in englischer Sprache geführt werden können. Zudem sollen die Länder für bedeutende Verfahren dieser Art eigene Spruchkörper, sogenannte Commercial Courts, einrichten können. Die Bundesregierung erhofft sich davon eine Stärkung des Wirtschafts- und Justizstandortes Deutschland. Den dazu vorgelegten Entwurf eines „Justizstandort-Stärkungsgesetzes“ (20/8649) debattierte der Bundestag in der Nacht zum Freitag in erster Lesung und überwies ihn an die Ausschüsse.

Nach Auffassung der Bundesregierung „bietet die ordentliche Gerichtsbarkeit in Deutschland insgesamt nur eingeschränkt zeitgemäße Verfahrensmöglichkeiten“ für Wirtschaftsstreitigkeiten globaler Unternehmen. Die Folge: Verfahren werden in anderen Ländern vor Gerichten geführt oder vor privaten Schiedsgerichten. Um dem entgegenzuwirken, solle den Streitparteien ein „attraktives Gesamtpaket für das Verfahren“ angeboten werden. Dazu gehört laut Entwurf auch, dass Revisionsverfahren vor dem Bundesgerichtshof gegen Entscheidungen

der Commercial Courts grundsätzlich auch in englischer Sprache geführt werden können. Ferner soll es Regelungen geben, die dem Schutz von in den Verfahren relevanten Geschäftsgeheimnissen dienen, etwa die Möglichkeit zum Ausschluss der Öffentlichkeit.

Langjährige Forderung Mit der Vorlage nimmt die Bundesregierung eine langjährige Forderung des Bundesrates auf. Die Länderkammer hatte dazu in dieser Wahlperiode erneut einen Entwurf (20/1549) eingebracht. Die Union hatte ebenfalls einen in diese Richtung gehenden Antrag (20/4334) vorgelegt. In der Anhörung zu den Vorlagen stellten diverse Sachverständige klar, dass auch im materiellen Recht, konkret im AGB-Recht, Änderungsbedarf besteht. Die Anwendung der entsprechenden Regelungen im Bürgerlichen Gesetzbuch sowie die strenge Auslegung des Bundesgerichtshofes führten dazu, dass internationale Unternehmen gegebenenfalls andere Rechtsordnungen für ihre Verträge wählten, lautete der Tenor seinerzeit. scr II

che. Gebrauch werde auch eine manipulationsichere Arbeitszeiterfassung. Aus ihrer Sicht wird es auf eine taggenaue Aufzeichnungspflicht, die zu Kontrollzwecken auch digital sein sollte, hinauslaufen. In Deutschland sind Unternehmen bisher nicht gesetzlich dazu verpflichtet, die genauen Arbeitszeiten ihrer Arbeitnehmer zu dokumentieren. Doch es gibt Ausnahmen für bestimmte Berufsgruppen oder Branchen. So müssen geringfügig Beschäftigte nach dem Mindestlohngesetz ihre Arbeitszeiten aufzeichnen. Auch im Baugewerbe oder in der Gastronomie werden bereits Arbeitszeiten erfasst, um Schwarzarbeit zu verhindern. Darüber hinaus muss die Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen oder bei Überstunden erfasst werden. Wann aus dem Referententwurf des BMAS ein konkreter Gesetzentwurf wird und damit für alle Beschäftigten in Deutschland die Arbeitszeit erfasst werden muss, ist derzeit noch unklar. Claudia Heine II

KURZ NOTIERT

Union will die Digitalisierung von Formerfordernissen

Die CDU/CSU-Fraktion fordert, die „Digitalisierung von Formerfordernissen“ voranzutreiben und damit Bürokratie abzubauen. In einem Antrag der Fraktion (20/8728), der am Freitag erstmals beraten wurde, weist die Fraktion darauf, dass viele Gesetze besondere Formvorschriften vorsähen. Zwar gelte im Privatrecht grundsätzlich die Formfreiheit. „Jedoch enthalten sowohl das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) als auch andere Gesetze gewisse Regelungen, die eine Ausnahme der Formfreiheit bilden und eine bestimmte Form vorschreiben“, heißt es weiter. Die Union schlägt in dem Antrag nun insbesondere vor, bestimmte Schriftformerfordernisse abzubauen und stattdessen durch die Textform zu ersetzen. scr |

Fragerechte landen erneut in Karlsruhe

Die CDU/CSU-Fraktion strengt vor dem Bundesverfassungsgericht ein weiteres Organstreitverfahren gegen die Bundesregierung an. Konkret bemängeln die Abgeordneten die Nicht-Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der Fraktion zur Erarbeitung von Gesetzentwürfen durch das Bundesinnenministerium (BMI). Laut Medienberichten hatte das BMI der Union mitgeteilt, dass die Beantwortung der Anfrage „mit zumutbarem Aufwand auch in Anbetracht der gewährten Fristverlängerung ohne Gefährdung der fristgerechten Erledigung der Fachaufgaben in den befassten Arbeitseinheiten“ nicht möglich sei. Die Beantwortung von Anfragen ist in der Vergangenheit häufiger Gegenstand von Organstreitigkeiten in Karlsruhe gewesen. scr |

Vorlagen zum Deutsch-Schweizerischen Polizeivertrag

Zwei Vorlagen zum Deutsch-Schweizerischen Polizeivertrag hat der Bundestag am Donnerstag ohne Aussprache an die Ausschüsse überwiesen. Der Entwurf eines Gesetzes „zu dem Vertrag vom 5. April 2022 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die grenzüberschreitende polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit“ (20/8671) wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Inneres und Heimat überwiesen. Mit dem Vertrag wird das Ziel verfolgt, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Polizei- und Zollbereich fortzuentwickeln und zu erweitern, wie die Bundesregierung in der Vorlage ausführt. Der Gesetzentwurf sieht die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat zu dem Polizeivertrag vor. An den federführenden Rechtsausschuss überwiesen wurde ein Gesetzentwurf zur Umsetzung konkreter Inhalte des Vertrages (20/8650). Vorgesehen ist, dafür ein neues Stammgesetz, das Deutsch-Schweizerische-Polizeivertrag-Umsetzungsgesetz – DECHPolVtrUG, zu erlassen. scrsto |

Immunität von Stephan Protschka (AfD) aufgehoben

Ohne Aussprache hat der Bundestag am Donnerstag einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (20/8790) zugestimmt. Damit genehmigte das Parlament die Durchführung eines Strafverfahrens gegen den bayerischen AfD-Abgeordneten Stephan Protschka und hob dessen Immunität auf. Gegen die Beschlussempfehlung stimmte lediglich die AfD-Fraktion. vom |



Zu den geförderten Stiftungen gehört auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung, deren Zentrale sich am Berliner Ostbahnhof befindet.

© picture-alliance/dpa/ZB/Jens Kalaene

Netz für Demokratie

POLITISCHE STIFTUNGEN Koalition und Union legen Fördergesetz vor. Protest der AfD

Bildungsarbeit, Information und Politikberatung – das sind die zentralen Arbeitsfelder der deutschen politischen Stiftungen. In Bildungsstätten halten sie Seminare ab, Publikationen umfassen alle Politikbereiche. Zudem gibt es Stipendien für Studierende. Auch rund um den Globus sind politische Stiftungen aktiv und haben ein weltweites Netz für Demokratie errichtet. Jetzt soll die Finanzierung der Stiftungen auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden.

»Es darf kein Geld für die Feinde der Demokratie geben.«

Claudia Bünge (Linke)

Weltweit aktiv Selbst in den entferntesten Ländern sind die Stiftungen präsent. Zwei Beispiele: In Singapur wurde auf Initiative der CDU-nahen Konrad-Adenauer Stiftung ein asiatisches Journalisten-Netzwerk (Asia News Network, ANN) ins Leben gerufen. In Südafrika versucht die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung einen Beitrag zum demokratischen Transformationsprozess zu leisten, indem sie zu Themen wie gute Regierungsführung, Geschlechtergleichheit und Entwicklung arbeitet. Das alles kostet Geld – viel Geld sogar. Die Mittel für die politischen Stiftungen kommen überwiegend aus dem Bundeshaushalt, zusammengerechnet rund 700 Millio-

nen Euro im Jahr. Über viele Jahre wurden sich die Fraktionen bei den jährlichen Haushaltsberatungen schnell über die Mittelvergabe einig. Als die AfD 2017 in den Bundestag einzog, war es mit der fraktionsübergreifenden Gemeinsamkeit vorbei. 2018 forderte die AfD erstmals öffentliche Mittel für die ihr nahestehende Desiderius-Erasmus-Stiftung, was jedoch von den anderen Fraktionen abgelehnt wurde – wie in den Folgejahren. Schließlich klagte die AfD vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Ausschluss ihrer Stiftung von der Förderung im Jahr 2019. Das Verfassungsgericht entschied am 22. Februar 2023 (Aktenzeichen: 2 BvE 3/19), der Bundestag habe durch den Erlass des Haushaltsgesetzes 2019 die AfD „in ihrem Recht auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb“ verletzt, „soweit die Ausreichung von Globalzuschüssen zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit für politische Stiftungen ermöglicht, ohne dass dem ein gesondertes Parteiengesetz zugrunde liegt“. Das Urteil wollen die Koalitionsfraktionen SPD, Grüne und FDP sowie die Union jetzt mit einem gemeinsamen Gesetzentwurf (20/8726) umsetzen, der am Freitag im Bundestag in erster Lesung beraten und an den federführenden Innenausschuss über-

wiesen wurde. In der Debatte erklärte Johannes Fechner (SPD), in diesen herausfordernden Zeiten sei es wichtiger denn je, dass man eine politische Bildungsarbeit habe, die finanziell gut ausgestattet sei. Es würden jetzt „klare und präzise Regelungen“ geschaffen, und die wichtigste Regelung sei, dass es kein Geld für Verfassungsfeinde geben werde. Ebenso wie Fechner erklärte Ansgar Heveling (CDU), es entsprechen den Vorgaben des Urteils, dass das Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung zur Voraussetzung für die Förderung gemacht werde. Konstantin von Notz (Grüne) ergänzte, das Gesetz sei ein „starkes Zeichen gegen die Anfeindungen gegen unsere Demokratie“. Stephan Thomae (FDP) betonte, es könne nur gefördert werden, wer sich aktiv jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung und für die Völkerverständigung einsetze. Clara Bünge (Linke) unterstützte den Entwurf von Koalition und Union: „Es darf kein Geld für Feinde der Demokratie und Menschenwürde geben.“ Peter Boehringer (AfD) kritisierte die seiner Ansicht nach überhöhte Förderung der Stiftungen, die zudem intransparent sei. Der Gesetzentwurf sei ein „dreistes Lehrstück von Machtmissbrauch und Vetternwirtschaft“ und verhöhne das Verfassungsgericht. Der Gesetzentwurf von Koalition und Union sieht für eine Förderung unter anderem vor, dass die Abgeordneten der einer politi-

schen Stiftung jeweils nahestehenden Partei in der mindestens dritten aufeinanderfolgenden Legislaturperiode in Fraktionsstärke in den Bundestag eingezogen sind. Wenn die Förderung bereits seit zwei Legislaturperioden gewährt wurde, soll es unerschädlich sein, wenn die nahestehende Partei für die Dauer einer Legislaturperiode nicht im Bundestag vertreten ist. Zu den weiteren Voraussetzungen gehört unter anderem, dass die Stiftung für die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie für den Gedanken der Völkerverständigung aktiv eintritt. Zudem wird eine verfassungsfeindliche Prägung der politischen Grundströmung, die der Stiftung zuzurechnen ist, als Ausschlussgrund genannt. Eine

Ausrichtung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung wird auch dann angenommen, wenn die politische Stiftung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als Verdachtsfall oder als gesichert extremistisch eingestuft wird. Ebenfalls überwiesen wurde ein Gesetzentwurf der AfD-Fraktion (20/8737), der eine starke Kürzung der Zuweisungen an die Stiftungen vorsieht. Stiftungen sollen sich demnach in ein Register beim Bundestag eintragen lassen. Ein Anspruch auf Geldleistungen der Stiftungen aus dem Bundeshaushalt soll entstehen, wenn die der Stiftung nahestehende Partei zweimal in Folge in Fraktionsstärke in den Bundestag eingezogen ist. Hans-Jürgen Leersch |

STICHWORT

Politische Stiftungen in Deutschland

> Geförderte Stiftungen Aus dem Bundeshaushalt gefördert werden derzeit folgende parteinahe Stiftungen: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES, SPD-nah), Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS, CDU-nah), Hanns-Seidel-Stiftung (HSS, CSU-nah), Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS, FDP-nah), Heinrich-Böll-Stiftung (HBS, Grünen-nah) und die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS, Linke-nah)

> Förderung Die Gesamthöhe der Förderung der politischen Stiftung durch den Bund liegt im Jahr 2023 bei rund 697 Millionen Euro. Damit leisten sie gesellschaftliche und demokratische Bildungsarbeit. Ihre Angebote stehen jeder Bürgerin und jedem Bürger offen.

> Nicht gefördert Die der AfD nahestehende Desiderius-Erasmus-Stiftung erhält bisher keine Mittel aus dem Bundeshaushalt.

Ampel-Parteien unter Druck

WAHL IN BAYERN UND HESSEN Das schlechte Abschneiden der Ampel-Parteien und das gute der AfD haben in Berlin die Diskussionen über Migration beschleunigt

Falls die FDP so etwas wie eine Schuldenbremse für ihre eigene Parteikasse hat: Die Entscheidung, in ihrer Bundeszentrale keine Wahlparty nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen anzusetzen, war wohl aus ihrer Sicht besser: wegen der dadurch nicht entstandenen Bilder von enttäuschten Gesichtern, die noch dazu viel Geld gekostet hätten. Krachen lassen konnte es dagegen die AfD, die seitdem von Regierungsbeteiligungen träumt, ob auf Landes- oder Bundesebene. Dass die eigentliche Wahlsiegerin die Union gewesen ist, geriet wegen der Höhenflüge oder Abstürze von anderen Parteien fast aus dem Blick. Und damit sind nicht die mauen Werte der Sozialdemokraten in Bayern gemeint, denn Bayern wählt schon immer konservativ. Die Farbenlehre der künftigen Landesregierungen in Bayern und Hessen dürfte sich nach diesem 8. Oktober vermutlich gar nicht ändern. Die alten werden auch die neuen Ministerpräsidenten sein: Markus Söder (CSU) und Boris Rhein (CDU). Und während in Bayern alles auf eine Fortsetzung der Zweier-Koalition mit den Freien Wählern hinausläuft, traf sich in Hessen die CDU zuerst mit ihrem seit zehn Jahren gut vertrauten Koalitionspartner, den Grünen, offenbar zu guten Gesprächen, hält sich aber andere Optionen noch offen.

bleibt also alles beim Alten? Mitnichten. Denn auf den Rängen hinter der Union wurde die Farbenlehre der Balkendiagramme mit den Ergebnissen der Parteien ordentlich geschüttelt, allein dadurch, dass die AfD erstmals in einem westdeutschen Bundesland zweitstärkste (Hessen) beziehungsweise drittstärkste Kraft (Bayern) wurde. Die FDP setzte die Reihe ihrer Niederlagen bei Landtagswahlen fort, flog aus dem Landtag in München raus und schaffte es in Wiesbaden nur ganz knapp ins Par-

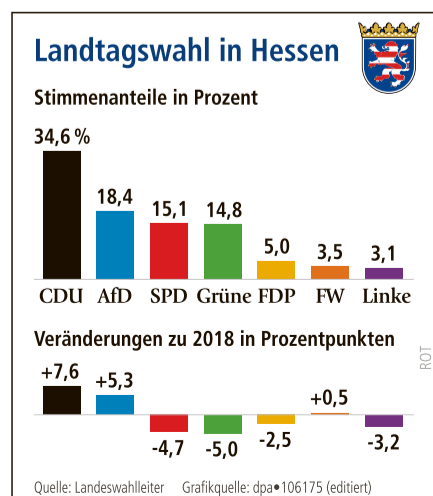
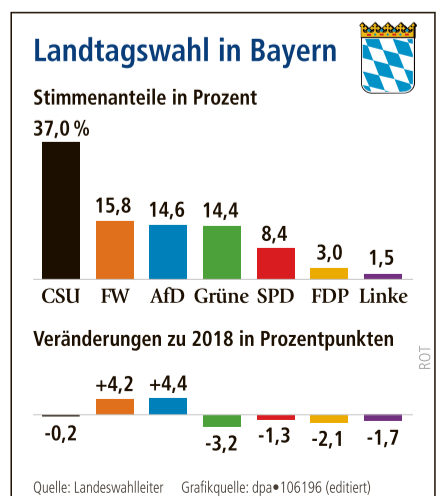
lament (Zahlen siehe Grafiken). Die SPD hatte sich in Bayern besseres erhofft, musste aber in Hessen, einem einstigen Stammland der Partei, eine viel dickere Kröte schlucken. Beide Ergebnisse sind für die Kanzlerpartei historisch schlecht. Die Linke darf sich fürs erste von dem Gedanken verabschieden, gesamtdeutsch zu punkten – ein Gedanke, an den sich die AfD gerade erst gewöhnt. Man sei keine ostdeutsche Regionalpartei für Frustwähler mehr, stellte deshalb Parteichefin Alice Weidel nach der Wahl fest. Das wird so nach und nach auch der Konkurrenz klar – mit entsprechenden Reaktionen und Folgen für die Bundesebene. Auch die Grünen wurden abgestraft. Wenn man aber bedenkt, wie sehr der unselige „Heizungsstreit“ und andere Streitigkeiten mit der FDP ihre Umfragewerte und die ihres Aushängeschildes, Wirtschaftsminister Robert Habeck, nach unten drückten, sind sie noch mit einem blauen Auge davon gekommen.

Vertrauen und Orientierung Statt Feierstimmung war zum Wochenbeginn also eher Katerstimmung bei den drei Ampel-Parteien angesagt. „Wir haben eine Verunsicherung in der Gesellschaft“, stellte der Grünen-Vorsitzende Omid Nouripour fest und appellierte an die Ampel, Vertrauen

zurückzugewinnen. SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert erklärte: „Wir sollten die Signale alle miteinander in der Ampel-Koalition erkennen: In diesem Wahlergebnis liegt auch eine Botschaft für uns“, sagte Kühnert. Man müsse erkennen, dass „die allgemeine Stimmungslage den Menschen aufs Gemüt drückt und dass mehr Orientierung erforderlich ist“. Die SPD stellte gleichzeitig klar, dass der Stuhl von Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die als Spitzenkandidatin in Hessen angetreten war, keinesfalls wackelt. Bei der FDP wird sich zeigen, ob sie, wie nach den anderen Wahlunterlagen das Konzept, eine Art Opposition innerhalb der Regierung sein zu wollen, weiter verfolgt. Parteichef Christian Lindner kündigte auf jeden Fall an: „Wir müssen die Regierungsarbeit kritisch reflektieren.“ Wie sehr die Wahlen eine Zäsur bedeuteten, zeigte sich allein an der Dynamik, die in dieser Woche beim Thema Migration und Flüchtlinge entstand: Bereits Dienstagabend vereinbarten Bundeskanzler Olaf Scholz, Vizekanzler Habeck und Finanzminister Lindner in einem zunächst geheim gehaltenen Treffen im Kanzleramt, verschiedene Maßnahmen zur Begrenzung illegaler Migration schnell auf den Weg zu bringen. Unter anderem schnellere und

leichtere Abschiebungen Ausreisepflichtiger hatte Ministerin Faeser zwar schon im Sommer vorgeschlagen, nach Kritik von den Grünen passierte dann aber erstmal nichts. Auch die Kommunen schlagen schon seit einem Jahr Alarm, dass sie am Ende ihrer Aufnahmekapazitäten sind. Richtig voran kamen die unzähligen Verhandlungsrunden zwischen Bund und Ländern aber nicht. Bis zum 8. Oktober. Denn spätestens an diesem Tag bestätigten es noch einmal diverse Umfragen: Die Un-

zufriedenheit vieler Wähler (nicht nur jener der AfD) mit dem Management der steigenden Migration durch die Bundesregierung war wahlentscheidend. Wollen die Ampel-Parteien das Ruder für die nächste Bundestagswahl 2025 rumreißen, dann müssen sie auf diesem Feld anders agieren als bisher, auch wenn dies für nicht wenige in den Parteien einen Abschied von bisherigen Grundsätzen bedeutet. Auf der Ministerpräsidentenkonferenz am Donnerstag und Freitag wurden die Forderungen von Ländern und Kommunen nach einer dauerhaften Finanzierung der Asylkosten durch den Bund noch einmal erneuert. Auch sieht es so aus, als stünde die Einführung einer Bezahlkarte und damit der Umstieg auf das Sachleistungsprinzip für Asylbewerber kurz bevor. Die Unionsfraktion fordert dies ebenfalls (Seite 5). Für Freitagabend (nach Redaktionsschluss) hatte Scholz die Union und die Bundesländer zu einem Gespräch ins Kanzleramt gebeten. Zusammen mit Friedrich Merz sowie den Ministerpräsidenten-Vertreter Boris Rhein (CDU) und Stephan Weil (SPD) sollte es um das Ausloten gemeinsamer Handlungsoptionen in der Migrationspolitik gehen. Nach Ansicht vieler Beobachter handelt es sich wieder einmal um eine Woche der Zeitenwende. Claudia Heine |





Genauer Blick aufs Wetter: Die European Organisation for the Exploitation of Meteorological Satellites (EUMETSAT) mit Sitz in Darmstadt betreibt die Wettersatelliten der ESA.

© picture alliance/dpa/Sebastian Gollnow

Unendliche Möglichkeiten

RAUMFAHRTSTRATEGIE Die Bundesregierung will die Rolle Deutschlands im All ausbauen

Vielleicht hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) neben seinen zahlreichen Verpflichtungen als Regierungschef bald noch ein weiteres Aufgabengebiet: den Weltraum. Nach Willen der SPD-Fraktion im Bundestag könnte es im Bundeskanzleramt perspektivisch eine Stabsstelle zur Koordinierung der deutschen Weltraumpolitik geben. Das schreiben zumindest einige Abgeordnete in einem Positionspapier zur Rolle Deutschlands im Weltraum. Der steigenden Bedeutung neuer Themenfelder wie New Space, Mikrosatelliten und dem Schutz vor Weltraumschrott (siehe Text rechts) hat die Bundesregierung nun in einer neuen Raumfahrtstrategie Rechnung getragen.

»Raumfahrt ist elementar für den Klimaschutz und unsere Sicherheit.«

Anna Christmann (Grüne), Raumfahrtkoordinаторin

Raus aus der Nische Die Raumfahrt habe seit Verabschiedung der vorherigen Raumfahrtstrategie vor 13 Jahren einen fulminanten Wandel erlebt, sagte Anna Christmann (Bündnis 90/Die Grünen), Koordinatorin der Bundesregierung für die Deutsche Luft- und Raumfahrt, in der Debatte zur Unterrichtung (20/8550) zur Strategie am Mittwoch. „Die Raumfahrt

ist kommerzialisiert worden, trägt heute zur Wertschöpfung bei und leistet auch zur Industrialisierung einen enormen Beitrag“, so Christmann. „Sie ist raus aus der Nische und wirklich elementar für Klimaschutz, für Digitalisierung, für unsere Sicherheit.“ Raumfahrt sei nun kritische Infrastruktur. Mit der Strategie würden wichtige Schwerpunkte gesetzt, allen voran in der Frage der Wertschöpfung und der Kommerzialisierung, so Christmann. „Wir setzen einen Schwerpunkt auf den ganzen New-Space-Sektor, wo wir unsere Start-ups, aber auch unseren starken Mittelstand unterstützen“, erläuterte die Grüne. Wie das gelingen soll, beschrieb ihr Koalitionspartner Reinhard Houben von der FDP-Fraktion: Bei der Raumfahrt gehe es gleichermaßen um „Hightech, Innovation, dynamische Prozesse, Weltklasse-Mittel-

ständler und um wirtschaftliche Impulse“. Die Ampel haben deshalb die Ausschreibungsmodelle so dargestellt, dass sie flexibel und wettbewerbsorientierter ausgestaltet seien, erläuterte Houben: „Wir gehen weg vom rein staatlich-planwirtschaftlichen Modell, wie es zum Teil in der europäischen Raumfahrt betrieben wird.“ Auf die europäische Raumfahrt ging auch Chantal

Kopf (Bündnis 90/Die Grünen) ein. „Als Europäerinnen und Europäer wollen wir aktive Player mit eigenem Zugang zum All sein, und dafür braucht es eine enge europäische Zusammenarbeit und auch den Wettbewerb um die besten Technologien.“ Um in diesem zu bestehen, sei auch die Nachwuchsförderung ein wichtiger Baustein der Strategie, so Kopf.

Große Wertschöpfung Dass in der nun vorliegenden Strategie „eine ganze Reihe von Punkten aus unserem Papier Eingang gefunden haben“, freute den SPD-Abgeordneten Sebastian Roloff. Bei der Raumfahrt handele es sich um ein Wirtschaftsfeld vor einem „unvorstellbaren Aufwuchs“, sagte Roloff und zitiert Zahlen einer Unternehmensberatung, laut derer bis zum Jahr 2030 eine Billion Euro Wertschöpfung global in der Raumfahrt stattfinden werde. „Investitionen in die Raumfahrt sind gut angelegt“, so der Sozialdemokrat, „denn je investierte Euro schafft die vierfache direkte und die neunfache indirekte Wertschöpfung.“

Auch wenn aus den Reihen der Oppositionsfaktionen keine Zweifel an der Notwendigkeit der Raumfahrtstrategie laut wurden, gab es doch Kritik an einigen Punkten. So vermisste die CDU/CSU-Fraktion zum einen ein klares Bekenntnis zu deutschen Astronauten. Es sei „bedauerlich“, sagte der Christdemokrat Klaus-Peter Willisch, dass

dieses Bekenntnis in der Zusammenarbeit mit den amerikanischen Partnern bei der Artemis-Mission fehle. „Das ist eine Leerstelle in dieser Strategie; da bleibt man etwas ratlos zurück.“ Willisch forderte zudem eine „Zeitenwende“ in der Weltraumpolitik. So fehle ein konkreter Plan zum Schutz der kritischen Infrastruktur im All. Christmann hatte zuvor gesagt, dass für Sicherheit und Souveränität zwar „starke deutsche Aktivitäten“ wichtig seien, aber auch das Engagement Deutschlands in der europäischen Weltraumagentur ESA, bei der Deutschland weiterhin stärkster Zuhörer sei: „Auch in schwierigen haushalterischen Zeiten“, so Christmann. Mit der Investition in die neue Satellitenkonstellation für Europa, Iris2, mache man sich unabhängiger von anderen Satellitenkonstellationen.

Kritik am Rotstift Es werde am falschen Ende gespart, befand hingegen Klaus Ernst (Die Linke) beim Thema Investitionen. „Sie legen bei dem Thema eher den Rotstift an“, sagte er in Richtung der Regierungsfaktionen. Wenn es darum gehe, die Raumfahrtstrategie im eigenen Land umzusetzen, brauche man Geld. Dafür, dass man zeit-

gleich zur Beratung der Strategie zur Kenntnis nehmen müsse, dass die Mittel in diesem wichtigen Bereich gekürzt würden, habe er kein Verständnis, so Ernst.

Als einen „riesigen Kosmos an Anwendungsmöglichkeiten“ bezeichnete der AfD-Abgeordnete Malte Kaufmann das Thema Raumfahrt. Es eröffneten sich dort Geschäftschancen für technologieorientierte, innovative deutsche Unternehmen. Kaufmann forderte, die Bundesregierung möge sich ein Beispiel am US-amerikanischen Unternehmer Elon Musk nehmen. „Der ist mit seinem Raumfahrtkonzern SpaceX binnen weniger Jahre zum weltgrößten Raumfahrtunternehmen und Satellitenbetreiber aufgestiegen“, sagte der Abgeordnete. Fast 5.000 funktionierende Satelliten habe Musk bislang ins All gebracht; warum es

ein Unternehmen wie SpaceX nicht in Deutschland gebe? „Weil bei uns die Rahmenbedingungen nicht stimmen: zu hohe Energiekosten, viel zu viele Steuern und Abgaben und viel zu viel Bürokratie“, sagte Kaufmann.

Im Anschluss an die Debatte wurde die Unterrichtung an den Wirtschaftsausschuss überwiesen. *Elena Müller* ▮

»Warum entstehen Firmen wie Elon Musks SpaceX nicht in Deutschland?«

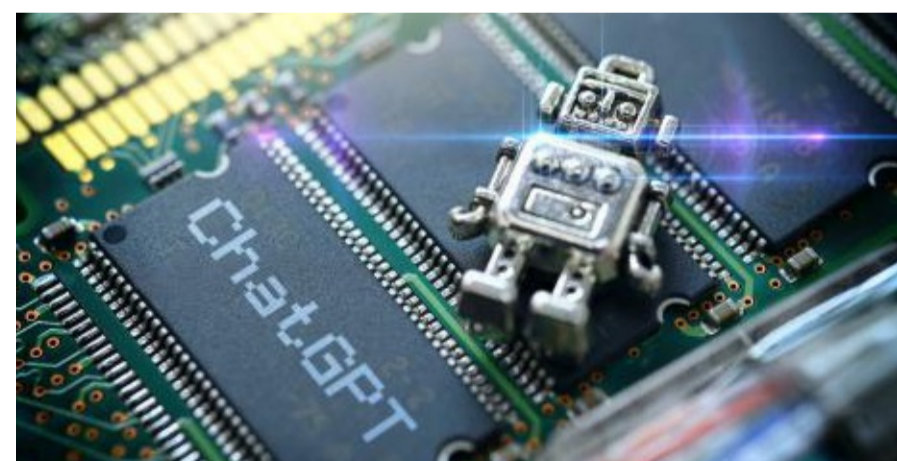
Malte Kaufmann (AfD)

Potenziale und Risiken generativer KI

CHATGPT Ampel hält am risikobasierten Ansatz für die KI-Verordnung fest

Die auf EU-Ebene stattfindende Regulierung Künstlicher Intelligenz (KI) biegt in die Zielgerade ein. Noch in diesem Jahr soll die Europäische KI-Verordnung vorliegen. Union und AfD warnen nun vor einer Überregulierung, die ihrer Ansicht nach am Ende Start-ups sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen schaden und lediglich internationalen Tech-Riesen nutzen könnte. Während der Debatte zu Anträgen der Union (20/7583) und der AfD (20/7578) sprach Ronja Kemmer (CDU) von einer enttäuschenden Bilanz der Bundesregierung bei den Verhandlungen der KI-Verordnung. Es brauche für Schlüsseltechnologien einen Rahmen, „der diese nicht verhindert, sondern genug Freiräume bietet“. Viele namhafte KI-Akteure in Deutschland und Europa hätten schon angekündigt, den Standort zu verlassen, „wenn die KI-Verordnung überzieht“, sagte Kemmer.

Barbara Benkstein (AfD) warnte ebenfalls vor einem „überkomplizierten Rechtsrahmen“, der am Ende nur China und die USA nütze. Gleichwohl stelle sich ihr die Frage, „warum die Union ihre Vorstellungen zur KI nicht umgesetzt hat, als sie die Möglichkeit dazu hatte“. Petra Sitte (Linke) kritisierte den Verordnungsentwurf, weil er Schlupflöcher für große Tech-Konzerne schaffe, um Grundrechte einzuschränken. „Das ist vollkommen inakzeptabel“, befand sie. Die Koalitionsfraktionen verteidigten ebenso wie die Bundesregierung den gewählten risikobasierten Ansatz. Generative



Die neue EU-Verordnung will KI-Systeme wie ChatGPT regulieren. © picture alliance/C. Ohde

KI, die verschiedene Formen von Inhalten selbst erzeugen kann, bringe Vorteile, beinhalte aber auch erhebliche Risiken, wie etwa die der Falsch- und Desinformation, der Diskriminierung und Marginalisierung und der Verbreitung sensibler persönlicher Informationen, sagte Parsa Marvi (SPD). Es gehe darum, die Potenziale zu fördern, gleichzeitig aber auch einen verantwortungsvollen Umgang mit KI zu finden. Tabea Röfner (Grüne) betonte, ein Innovations förderndes Umfeld schaffen zu wollen. „Dazu gehört auch ein gesetzlicher Rahmen, der Rechtssicherheit schafft“, fügte sie hinzu. Forderungen nach Deregulierung nannte sie „anachronistisch“. Maximilian Funke-Kaiser (FDP) warf der Union vor, die Entwicklungen verpasst zu

haben. In den von ihr mitgestalteten KI-Strategien habe die generative KI noch nicht einmal Erwähnung gefunden. „Wir korrigieren diesen Fehler und gestalten die Technologie aktiv mit“, sagte er. Einigkeit demonstrierte die Bundesregierung. Sowohl Digital-Staatssekretär Michael Theurer (FDP) als auch Wirtschafts-Staatssekretärin Franziska Brantner (Grüne) verteidigten den risikobasierten Ansatz. „Wir wollen einen Rechtsrahmen schaffen, wo vertrauenswürdige KI-Systeme entwickelt werden, aber Auswüchse und Risiken auch gesetzlich gehandelt werden können“, sagte Theurer. Brantner betonte, gerade um der KI ganz viel zu ermöglichen, müsse der risikobasierte Ansatz vorangebracht werden. *Gotz Hausding* ▮

Sprung an die Weltspitze erwünscht

FORSCHUNG Bundesregierung will Innovationsagentur mehr Freiheiten zugestehen

Das Penicillin und die Eisenbahn, das Internet oder der Corona-Impfstoff – bahnbrechende Erfindungen wie diese werden Sprunginnovationen genannt und beeinflussen das Leben aller Menschen nachhaltig. Sie lösen komplexe Probleme und verändern ganze Märkte. Damit aus revolutionären Ideen erfolgreiche Sprunginnovationen werden, brauchen Forscher und Entwicklerinnen die richtigen Rahmenbedingungen. In Deutschland werden vielversprechende Innovationen seit 2019 von der Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND) gefördert. So soll die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik erhalten, Arbeitsplätze und Wohlstand gesichert werden. Mit einem neuen Gesetz (20/8677) will die Regierung die Rahmenbedingungen für die SPRIND nun verbessern. Der als SPRIND-Freiheitsgesetz betitelt Vorstoß der Bundesregierung sieht vor, dass die Agentur zukünftig ohne den Bund als Zwischeninstanz selbstständig agieren soll und die für sie vorgesehenen Haushaltsmittel des Bundes selbst verwalten darf. Auch eine Einschränkung des Besserstellungsverbot ist geplant. Bisher ist durch das Verbot festgeschrieben, dass die Agentur ihre Mitarbeiter nicht besser vergüten darf als Angestellte im öffentlichen Dienst. Um Fachpersonal zu gewinnen, brauche es jedoch marktgerechte Gehälter, argumentiert die Bundesregierung.

Ministerin will mehr »Spielraum« Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) betonte in der Debatte zur ersten Lesung des Entwurfes am Donnerstag, dass bahnbrechende Innovationen der

Schlüssel seien, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Die SPRIND brauche mehr „Spielraum“, um solche Innovationen zu fördern. Thomas Jarzombek (CDU) entgegnete daraufhin, dass es hierzulande bereits ein exzellentes Wissenschaftssystem gebe, Deutschland müsse nur mehr daraus machen. Im Gesetzentwurf der Bundesregierung fehlten dem Abgeordneten konkrete Ziele der SPRIND. Michael Kaufmann (AfD) bemängelte, dass die seit Juli 2023 laufende Evaluation der SPRIND zu spät in Auftrag gegeben wurde. Ein Vorher-Nachher-Vergleich, an dem die Wirkung des Freiheitsgesetzes überprüft werden könne, sei nun nicht mehr möglich.

Kritik am Gesetzentwurf der Bundesregierung kam ebenfalls von Petra Sitte (Die Linke). Bei dem Freiheitsgesetz gehe es darum, dass sich

Wirtschaft, Windparks und Weltraummüll

RAUMFAHRTSTRATEGIE Nicht unendlich, aber ziemlich umfassend ist der Bereich, den die neue Raumfahrtstrategie abdecken soll. Die Bundesregierung hat neun Handlungsfelder skizziert: die europäische und internationale Zusammenarbeit; Raumfahrt als Wachstumsmarkt; Klimawandel, Ressourcen- und Umweltschutz; Digitalisierung; Sicherheit, strategische Handlungsfähigkeit und globale Stabilität; nachhaltige und sichere Nutzung des Weltraums; Weltraumforschung; internationale Weltraumexploration sowie Raumfahrt im Dialog und Gewinnung von Talenten. Ein kleiner Auszug:

New Space Hinter diesem Begriff versammeln sich Unternehmen, die im direkten oder mittelbaren Zusammenhang mit der Raumfahrt zu tun haben, bei der Entwicklung und Fertigung oder der Bereitstellung von Daten. Bei den Unternehmen kann es sich um Start-ups, spezialisierte Raumfahrt- oder klassische Industrieunternehmen oder Firmen aus der Digitalwirtschaft handeln. Die Bundesregierung will diesen Wirtschaftszweig gezielt fördern, um Deutschland auf dem Raumfahrtmarkt wettbewerbsfähig zu halten.

Klimaschutz Mit Hilfe von Fernerkundungsdaten in hoher räumlicher und zeitlicher Auflösung können etwa Waldökosysteme, die Nutzung von Land oder die Versiegelung von Böden überwacht werden. So kann zum Beispiel genau ermittelt werden, wie viel Düngemittel und Pflanzenschutzmittel auf einer Fläche benötigt wird, um diese dann entsprechend präzise auszubringen. Mit Hilfe von Satellitenaufnahmen können zudem Standorte für Solar- und Windkraftanlagen gezielter ausgewählt werden. Die Raumfahrt kommt also auch im Bereich der Energiewende zum Einsatz. Nach Angaben der Bundesregierung hat sich die Zahl der im Weltraum aktiven Erdoberwachungssatelliten seit 2010 mehr als vervierfacht.

Katastrophenschutz Satellitendaten können zum einen zur Katastrophenvorhersage beitragen, etwa durch die Beobachtung von Waldbrandgefährdeten Gebieten. Im Fall von Naturkatastrophen wie Tsunamis oder Öllecks können mit Hilfe der Daten Verläufe berechnet und die Katastrophenhilfe gezielt eingesetzt werden. In Deutschland gibt es seit 2004 das Zentrum für Satellitengestützte Kriseninformation (ZKI) mit Sitz in Oberpfaffenhofen.

Sicherheit Wie wichtig die Raumfahrt für die Sicherheit in Deutschland ist, macht die Bundesregierung in der Raumfahrtstrategie deutlich: „Die zivile und militärische Handlungsfähigkeit Deutschlands ist von unserer Weltrauminfrastruktur und den durch sie ermöglichten Daten, Diensten und Produkten abhängig“, heißt es da. Es geht dabei unter anderem um den Schutz von Daten vor Spionage und Sabotage oder die Stabilität der Satellitenkommunikation und -navigation. Aber auch um die Beobachtung der Zunahme und Bewegung des immer weiter anwachsenden Weltraumschrotts, der durch Kollisionen zur Gefahr für die Funktionstüchtigkeit von Satelliten werden kann. *emu* ▮

> STICHWORT

SPRIND - Bundesagentur für Sprunginnovationen

- > **Agentur** Die Bundesagentur für Sprunginnovationen mit Sitz in Leipzig arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Direktor ist Rafael Laguna de la Vera. Als Vorbild der Agentur gilt die US-amerikanische Forschungsbehörde Defense Advanced Research Projects Agency (Darpa).
- > **Budget** Für die bisher geplante zehnjährige Laufzeit der Agentur wird mit einem Gesamtbudget von rund einer Milliarde Euro gerechnet.
- > **Projekte** Ungefähr zwei Prozent der eingereichten Projekte erhalten Unterstützung der SPRIND. Darunter eine Mikroplastik-Filteranlage, eine Höhenwindenergieanlage oder ein potenzielles Alzheimer-Medikament.

Carolin Hesse ▮

Bundesfinanzminister Christian Lindner (CDU) musste die schlechten Nachrichten aus Marrakesch dem Deutschen Bundestag nicht persönlich überbringen. Er weilte am Freitag noch beim Jahrestreffen des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Marokko. Den Regierungsentwurf des Wachstumschancengesetzes (20/8628) brachte die parlamentarische Staatssekretärin Katja Hessel (FDP) ins Parlament ein. Sie malte ein durchaus trübes Bild. „Unser Land steht am Scheideweg, ob Wachstum oder Stagnation, ob Spitzengruppe oder Mittelmaß“, sagte sie. Deutschland müsse produktiver, innovativer und wettbewerbsfähiger werden. Nur mit Reformen werde sich wieder Wachstum einstellen.

Dass es für Deutschland in diesem Jahr keine Chance auf Wachstum gibt, hatte zuvor der IWF beim Herbsttreffen in Marokko klargestellt. Die Bundesrepublik steckt in der Rezession, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) dürfte laut IWF 2023 um 0,4 Prozent schrumpfen. 2024 erwartet der IWF für Deutschland dann auch nur magere 0,9 Prozent Wachstum, deutlich weniger als die Bundesregierung mit 1,3 Prozent.

Kann es der Ampel-Koalition mit dem Gesetz gelingen, das konjunkturpolitische Steuer heranzureißen und die Wachstumsdynamik der deutschen Wirtschaft wieder deutlich zu erhöhen? Die Oppositionsparteien ließen kaum ein gutes Haar an dem sieben Milliarden Euro schweren Entlastungspaket für die deutsche Wirtschaft. Doch auch Redner der Regierungsfractionen kündigten Änderungen an.

Ein wesentlicher Kritikpunkt der Opposition: Das Gesetz sei viel zu kleinteilig und detailliert. Von einem „Sammelsurium“ sprach Matthias W. Birkwald für die Fraktion Die Linke. Mit dem Gesetz sollten 22 verschiedene Gesetze und Verordnungen geändert werden, „die nichts miteinander zu tun“ hätten. Birkwald: „Das ist hier nicht seriös zu debattieren. Darum lehnen wir Linke solche Omnibusgesetze ab.“

Rentenbesteuerung Birkwald fokussierte sich auf einen Aspekt, die Frage der Doppelbesteuerung der Renten, eine Folge des 2005 begonnen Umstiegs der Besteuerung der Renten auf eine nachgelagerte Besteuerung. Soll heißen: Künftig sollen Rentenbeiträge aus nicht versteuertem Einkommen bezahlt werden, dafür Renten besteuert werden. Der Umstellungsprozess ist bis 2025 angesetzt. Auch Redner anderer Fraktionen gingen auf diesen Aspekt ein. Sascha Müller sagte für Bündnis 90/Die Grünen jedoch: „So einfach, wie Kollege Birkenwald sich das vorstellt, ist es leider nicht.“ Nötig sei mehr Beratungszeit, man müsse auch die Risiken für die öffentlichen Haushalte im Blick haben. „Ich fürchte, wir werden noch öfter über das Thema reden müssen“, so Müller.

Frauke Heiligenstadt erklärte für die SPD-Fraktion: „In jedem Fall werden wir die Doppelbesteuerung der Renten angehen. Mit diesem Gesetz machen wir den ersten Schritt.“ Die Ampel-Regierung werde weitere Schritte folgen lassen.

Im Wachstumschancengesetz will die Ampel vor allem Investitionsanreize setzen. Staatssekretärin Hessel nannte vier Punkte: Die Liquiditätslage von Unternehmen soll durch erweiterte Regelungen zur Verrechnung von Gewinnen und Verlusten über mehrere Jahre besser werden. Für Unternehmen soll es zweitens eine Investitionsprämie geben für Klimaschutz in Höhe von 15 Prozent für neue bewegliche Anlagegüter, das nütze im Vergleich zu höheren steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten vor allem jungen Unternehmen, die noch wenig oder kei-



Anreiz-Gesetz

WACHSTUMSCHANCEN Die Ampel-Koalition will mit

Finanzminister Lindner bei seiner Ankunft beim IWF-Treffen in Marrakesch

© picture-alliance/dpa/Christophe Gateau

ne Gewinne erwirtschaften. Unternehmen sollen drittens Ausgaben für Forschung und Entwicklung in höherem Maß steuerlich absetzen können. Bei Bauinvestitionen schließlich sollen die Abschreibungsmöglichkeiten auf sechs Prozent jährlich für neue Wohngebäude steigen.

»Hyperbürokratisch und zu mickrig« Für die CDU/CSU-Fraktion forderte Matthias Middelberg (CDU) in seiner Antwort auf Hessel, die Ampel-Koalition müsse „das Ruder rumreißen, und zwar radikal“. Zwar enthalte der Gesetzentwurf richtige Anreize, bleibe aber zu oft auf halber Strecke liegen. „Ihre Investitionsprämie ist hyperbürokratisch und vom Volumen her völlig mickrig“, warf er der Regierung vor. Das Entlastungsvolumen insgesamt sei zu niedrig. Er verwies auf Subventionen für einzelne Fabriken zur Herstellung von Computerteilchen, die zehn oder fünf Milliarden Euro erhielten, und fragte: „Jetzt wollen Sie uns vorrechnen, dass sieben Milliarden Euro Entlastung für die gesamte deutsche Volkswirtschaft einen Wachstumsschub

auslösen? Das kann Ihnen doch keiner glauben.“ Middelbergs Fraktionskollege Fritz Güntzler (CDU) sagte: „Wir brauchen jetzt nicht das Klein-Klein dieses WC-Gesetzes. Wir brauchen eine große Unternehmenssteuerreform.“ Veränderungsbereitschaft signalisierte unter anderem Bernhard Daldrup (SPD). Bei der Investitionsprämie sei „Luft nach oben“. Auch Katharina Beck (Grüne) sprach sich für eine höhere Investitionsprämie aus: „Da arbeiten wird daran, das kann noch größer werden.“ Auch die Forschungsprämie lasse sich möglicherweise noch ausweiten. Beck verwies aber auch auf die Haushaltslage. Wenn die Union mehr Entlastung wolle, als die im Entwurf für das Wachstumschancen-Gesetz vorgesehenen sieben Milliarden Euro, dann passe das nicht zu Forderungen nach einer schwarzen Null im Haushalt. „Ich bin gespannt, wie wir zusammen vielleicht nochmal irgendwann seriös über Finanzpolitik sprechen können“, sagte sie in Richtung der Opposition.

Dort hatte auch Jörn König für die AfD-Fraktion ein höheres Volumen gefordert. Er

verwies auf den Inflation Reduction Act (IRA) der USA. „Wie es richtig geht, zeigen die Amerikaner“, sagte er, und erklärte, Deutschland sei die einzige Industrienation weltweit, die schrumpfe.

Tatsächlich prognostiziert der IWF für die USA im laufenden Jahr ein robustes Wirtschaftswachstum von 2,1 Prozent und für 2024 von 1,5 Prozent. Allerdings erwartet er dort auch eine Neuverschuldung von 8,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2023 und 7,4 Prozent 2024. In Deutschland liegen die Zahlen mit 2,9 Prozent und 1,7 Prozent deutlich niedriger. Für deutsche Unternehmen sind die Anreize der IRA gleichwohl vielfach anziehend. „Deutsche Unternehmen gehen nach Amerika, um zu überleben“, mahnte König.

In den USA stehen im kommenden Jahr Präsidentschaftswahlen an. Joe Biden wirbt mit seinem Konzept von „Bidenomics“. Vor 30 Jahren soll der damals wahlkampfbende Bill Clinton zum Wahlausgang gesagt haben: „It’s the economy, stupid!“ Den Satz kennt sicher auch der FDP-Vorsitzende Lindner. **Stephan Balling** ||

Neue Regeln für Anti-Geldwäscheinheit

FINANZKONTROLLE Union kritisiert »Freifahrtschein«

Der Finanzfluss zu Terrororganisation und die Quellen für Geldwäsche sollen sukzessive trockengelegt werden. Hierzu hat die Ampel-Koalition nun parlamentarische Schritte vollzogen und das Bundeskabinett einen weiteren Gesetzentwurf beschlossen. Der Bundestag billigte am Donnerstagabend mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP ein Gesetz (20/8294), das neue Regeln für die Finanzaufsichtsbehörde Financial Intelligence Unit (FIU) vorsieht. Kern ist ein risikobasierter Ansatz für die FIU. „Das Ziel ist die effizientere Filterung und Auswahl der Meldungen, die im Rahmen des gesetzlichen Auftrags der Zentralstelle einer vertieften Analyse zugeführt und auf die Bedürfnisse der Adressaten der Analyseberichte abgestimmt werden können“, steht dazu im Gesetzentwurf. Was das konkret für den Arbeitsalltag der FIU bedeutet, ist umstritten. Details will die Bundesregierung nicht nennen, zumindest nicht öffentlich. Kriminelle sollen nicht vorgewarnt werden.

Kontrollgremium beschlossen Wie aber soll der Bundestag seiner Funktion als Kontrollorgan der Exekutive nachkommen, also der Bundesregierung und ihrer nachgelagerten Behörden wie der FIU, wenn das Finanzministerium keine Informationen preisgibt? Dazu haben die Ampel-Fractionen am Ende des Gesetzgebungsverfahrens eine wesentliche Änderung initiiert: Mit dem Gesetz wurde die Installation eines neuen, geheim tagenden parlamentarischen Gremiums beschlossen, dem die Bundesregierung regelmäßig berichten muss.

Die Unionsfraktion begrüßte diese Änderung, ebenso die Fraktion Die Linke. Die AfD-Fraktion lehnte sie ab, da nicht sichergestellt sei, dass künftig alle Fraktionen im Gremium vertreten sein würden. Am Ende lehnten jedoch auch CDU/CSU und Die Linke den Gesetzentwurf insgesamt ab. Dass es bei den Beratungen im Finanzausschuss bereits zu harten Diskussionen gekommen war, machte Markus Herbrand für die FDP-Fraktion in der Debatte im Ple-

num deutlich. „Wir haben die angeregten Debatten im Ausschuss schon hinter uns“, sagte er zu Beginn seiner Rede. Er verwies auch darauf, dass die föderale Ordnung Deutschlands „besonders anfällig“ für Geldwäsche sei.

Strittig bei der FIU-Reform ist unter anderem, inwieweit die FIU auf den Datenpool der Polizeibehörden der Länder und anderer Aufsichtsbehörden zugreifen kann. Die Koalition forderte die Bundesregierung im Ausschuss auf, über das Bundeskriminalamt (BKA) auf die Länder einzuwirken, einen Datenabgleich über den polizeilichen Informationsverbund zu ermöglichen. Die Fraktionen von AfD und Die Linke erklärten, dies reiche nicht aus.

Auch bei der CDU/CSU-Fraktion stößt das Gesetz auf strikte Ablehnung. „Heute beschließt die Ampel den Freifahrtschein für die deutsche Antigeldwäscheinheit FIU“, kritisierte Matthias Hauer. Er sagte weiter: „Der Antigeldwäscheinheit werden mit dem Gesetz alle Freiheiten gegeben, bei Hinweisen auf Geldwäsche, auf Terrorismusfinanzierung einfach wegzuschauen.“

Kritik schon in Anhörung Ähnliche Kritik hatte in der öffentlichen Anhörung zum Gesetzentwurf auch die Polizeigewerkschaft geübt, war dabei jedoch mit der BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft aneinandergeraten. „Den risikobasierten Ansatz halten wir für angebracht“, hatte deren Vorsitzender Thomas Liebel erklärt, der auf Vorschlag der SPD-Fraktion geladen war. Liebel verwies unter anderem auf die risikobasierte Arbeitsweise der allgemeinen Zolltätigkeit. Nicht jeder Container, der nach Deutschland eingeführt werde, könne kontrolliert werden.

Für die Ampel-Regierung ist der Kampf gegen Geldwäsche mit der FIU-Reform zum Ende. Das Bundeskabinett hat bereits einen weiteren Gesetzentwurf beschlossen. So soll ein neues Bundesamt zur Bekämpfung von Finanzkriminalität (BBF) geschaffen werden, in dem auch die FIU künftig angesiedelt sein soll. **Stephan Balling** ||

Sorge um Kreditgarantien

NEUE SEKTORLEITLINIEN Union fordert Einführungsstopp

Mit Exportkreditgarantien sichert der Bund im Ausland tätige Unternehmen gegen politische und wirtschaftliche Unwägbarkeiten ab. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz erarbeitet derzeit neue Sektorleitlinien für die Vergabe. Die Unionsfraktion fürchtet jedoch, dass die neuen Leitlinien zu einer Unterscheidung in „gute und in weniger gute, in gewünschte und weniger gewünschte Wirtschaftstätigkeit“ deutscher Unternehmen im Ausland führen werden. In einem Antrag (20/8727) fordern die Abgeordneten, die klimapolitischen Sektorleitlinien in ihrer jetzigen Form nicht in Kraft zu setzen. Die Regierung lege damit der deutschen Exportwirtschaft neue Steine in den Weg, sagte Stefan Rouenhoff (CDU) für die Unionsfraktion in der Debatte. Es drohten Produktionsverlagerungen ins Ausland, wenn die internationale Nachfrage nicht mehr aus Deutschland bedient würde.

Markus Töns (SPD) widersprach: Wenn man die Unternehmen, die Technologien entwickeln, die die Transformation fördern, unterstütze, werde man die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sogar stärken. „Es geht hierbei nicht um ein Export- oder Herstellungsverbot“, betonte Maik Auenfeld (Bündnis 90/Die Grünen). Es werde keine staatliche Unterstützung mehr für den Sektor der fossilen Energie geben. Für die FDP-Fraktion sagte Reinhard Houben, er sehe noch Nachbesserungsbedarf bei dem Vorschlag: „Ich bin froh, dass wir das Papier nochmal in die Werkstatt zurückschicken.“ Malte Kaufmann (AfD) forderte ebenfalls, die geplanten „Versärfungen“ nicht in Kraft zu setzen. Alexander Ulrich (Die Linke) befand, die Intention der Union sei „richtig“, aber es würden keine Lösungen mitgeliefert. Der Antrag wurde an den federführenden Wirtschaftsausschuss überwiesen. **emu** ||

»Das konterkariert den Kampf der EZB«

STEUERPOLITIK Finanzwissenschaftlerin kritisiert höhere Abschreibung auf Immobilien – Lob für globale Mindeststeuer

Frau Professorin Langenmayr, wie bewerten Sie das Wachstumschancen-Gesetz? Eine große Steuerreform ist politisch derzeit nicht umsetzbar. Es ist aus wissenschaftlicher Sicht auch nicht ganz klar, welche Folgen eine umfangreiche schuldenfinanzierte Senkung der Unternehmenssteuern angesichts der immer noch grassierenden Inflation hätte. Deshalb ist es sinnvoll, den Fokus auf gezielte Maßnahmen zu legen, etwa die Verrechnung von Verlusten mit Gewinnen zu verbessern. Das funktioniert ohne allzu große Einnahmeausfälle. Kritischer sind die verbesserten Abschreibungen auf Wohnimmobilien zu sehen.

Inwiefern?

Die höheren Abschreibungen machen es attraktiv, jetzt zu bauen. Die Baubranche ist aber der entscheidende Kanal, über den die Europäische Zentralbank (EZB) mittels höherer Zinsen die Inflation senken kann. Die steuerliche Förderung von Wohngebäuden konterkariert also den Kampf der EZB für stabile Preise.

Aber die Wohnungsnot kann die Politik nicht kalt lassen.

Es ist zweifelhaft, ob bessere Abschreibungsmöglichkeiten dazu führen, dass die Wohnungen entstehen, die gebraucht werden. Wenn man Wohnungsnot bekämpfen will, ist es zielgerichteter, den sozialen Wohnungsbau in den Städten zu fördern. Das ist für den Staatssäckel auch billiger.

Und natürlich gilt auch hier: weniger Bürokratie!

Macht die globale Mindeststeuer die Welt gerechter?

Grundsätzlich ist es ein enormer Fortschritt, dass sich so viele Länder auf einen Konsens geeinigt haben. Selbst Länder, die bisher als Steueroasen galten, ziehen mit. Alle Unternehmen mit mehr als 750 Millionen Euro Umsatz müssen künftig mindestens 15 Prozent an Steuern auf ihre Gewinne zahlen. Davon geht doch eine optimistische Botschaft aus: Internationaler Konsens ist möglich, selbst in global schwierigen Zeiten. Diesen Geist benötigen wir auch auf anderen Feldern, etwa der Besteuerung von CO₂ im Kampf gegen die

ZUR PERSON

Dominika Langenmayr ist seit 2016 Inhaberin des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Zuletzt publizierte sie verschiedene Studien zum Thema Steuer-Vermeidung im „Journal of Public Economics“.



© KUP/LEHRSITZ

Erderwärmung. Auch da ist ein Konsens der Völkergemeinschaft nötig. Trotzdem hat die globale Mindeststeuer Schwächen.

Welche?

Sie dient nun fast nur noch dazu, sogenannte Briefkastenfirmen im Ausland trocken zu legen, die großen Unternehmen dazu dienen, Steuern in Ländern wie Deutschland zu vermeiden. Unternehmen können ihre Gewinne bilanztechnisch nun also nicht mehr so einfach in Steueroasen verlagern, dem wird ein Riegel vorgeschoben. Wenn sie aber in einem Niedrigsteuerland eine Fabrik aufbauen, dann kann dieses Land weiter deutlich weniger als die globale Mindeststeuer von 15 Prozent verlangen, theoretisch sogar null Prozent. Denn Gewinne in Höhe von anfangs zehn Prozent der Lohnsumme und acht Prozent der materiellen Vermögensgegenstände sind von der Mindeststeuer ausgenommen. Diese Ausnahme sieht der letzte OECD-Kompromiss vor, mit dem die ursprüngliche Idee der globalen Mindeststeuer aufgeweicht wurde. Die EU hat diese Ausnahmen in ihre Richtlinie übernommen, und Deutschland setzt dies nun in nationales Recht um.

Welche Folgen wird das haben?

Der Standortwettbewerb um Realinvestitionen wird stärker. Unternehmen werden sich noch stärker fragen, wo sie mit Blick auf die Steuerlast am besten neue Fabriken oder Dienstleistungszentren aufbauen.

Wie hätte die EU das verhindern können?

Das wäre nur in den internationalen Verhandlungen möglich gewesen. Aber manche Länder wollten das nicht, zum Beispiel das EU-Mitgliedsland Irland. Für die Iren ist ihre Unternehmenssteuer von 12,5 Prozent ein Standortfaktor.

Welchen steuerpolitischen Ratschlag geben Sie der Politik, um Unternehmen im Land zu halten?

Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 750 Millionen Euro müssen künftig die globale Mindeststeuer zahlen. Für sie sollten andere Regelungen, die wir bisher im nationalen Steuerrecht hatten, entfallen, insbesondere die sogenannte Hinzurechnungsbesteuerung. Nach dieser müssen Unternehmen in Deutschland beispielsweise ausländische Zinseinkünfte nachversteuern, wenn diese im Ausland nicht adäquat besteuert werden. Das gilt auch für andere sogenannte passive Einnahmen. Deren Besteuerung regelt aber künftig die globale Mindeststeuer. Unternehmen sollten hier keine zwei Meldungen mehr abgeben müssen. Solche Entbürokratisierungsmaßnahmen kosten den Fiskus so gut wie nichts, senken aber bei den Unternehmen massiv den Erfüllungsaufwand.

Das Gespräch führte **Stephan Balling**

138 Länder kooperieren

STEUERFAIRNESS Globale Mindeststeuer soll kommen

Ein historischer Steuermoment sei das, darin ist sich die regierende Ampel-Koalition mit der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag einig gewesen. Für die Bundesregierung verwies die parlamentarische Staatssekretärin Katja Hessel (FDP) auf den geschichtlichen Moment, für die größte Oppositionspartei Fritz Güntzler (CDU). 138 Staaten hätten sich darauf geeinigt, große internationale agierende Konzerne einer globalen Mindestbesteuerung zu unterwerfen. „Es gab noch nie eine derart breite internationale Verständigung zu Fragen des materiellen Steuerrechts“, erklärte Hessel in ihrer Rede zur ersten Lesung des Gesetzentwurfs (20/8668), mit dem Deutschland die EU-Richtlinie zur Gewährleistung einer globalen Mindestbesteuerung umsetzen will. Basis der Richtlinie ist wiederum ein Konzept der Industrieländerorganisation OECD. Hessel sagte: „Dies gilt global. Dies gilt sowohl in Kanada, wie auch zum Beispiel bei uns in Erfurt.“ Die globale Mindeststeuer von 15 Prozent setze steuer-schädlichem Systemwettbewerb ein Ende. Der CDU-Abgeordnete Güntzler sagte: „Es geht um ein Mehr an Steuergerechtigkeit, aber auch um eine Förderung von Wettbewerbsgerechtigkeit.“ Die Unionsfraktion

habe das Anliegen von Anfang an unterstützt, gerade auch mit Blick auf den deutschen Mittelstand und dessen Wettbewerbsfähigkeit. Gleichwohl ging Güntzler auch darauf ein, dass das neue Gesetz sehr umfangreich und komplex sei. Umso wichtiger für ihn, dass Vereinfachungen an anderer Stelle erhalten bleiben.

»Dies gilt global. Dies gilt sowohl in Kanada wie auch bei uns in Erfurt.«

Katja Hessel (FDP)

Katharina Beck (Bündnis 90/Die Grünen) verwies darauf, dass das Gros der Unternehmen in Deutschland fair Steuern zahle, nur wenige Großunternehmen täten das nicht. „Warum lassen wir das zu?“

Für die SPD-Fraktion rechnete Parsa Marvi vor, dass den Staaten weltweit durch Steuerflucht und Steuervermeidung jährlich 650 Milliarden Euro entgingen. „Eine effektiv angelegte, internationale Steuerflucht-bekämpfung ist ein hartes Brett“, sagte Marvi.

Albrecht Glaser (AfD) kritisierte den Umfang des Gesetzentwurfs, „eine neue zusätzliche Steuer für Großunternehmen mit 96 Paragraphen auf 285 Seiten“. Janine Wissler (Die Linke) erklärte unter Verweis auf den Online-Riesen Amazon: „Die teuersten Flüchtlinge, das sind die Steuerflüchtlinge.“ Für Die Linke ist der Satz von 15 Prozent zu niedrig. **bal** ||

KURZ NOTIERT

EU-Vorgaben zur Abfallverbrennung umgesetzt

Der Bundestag hat am Donnerstag der Verordnung der Bundesregierung „zur Änderung der Verordnung über die Verbrennung und die Mitverbrennung von Abfällen und zur Änderung der Chemikalien-Verbotsverordnung“ (20/8106, 20/8267 Nr. 2.2) zugestimmt. Die Vorlage zielt auf strengere Grenzwerte für Luftschadstoffe ab. Geändert werden sollen zwei bestehende Verordnungen: die Verordnung über die Verbrennung und die Mitverbrennung von Abfällen (17. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes -17. BImSchV) und die Chemikalien-Verbotsverordnung (ChemVerbotsV). Für die Verordnung stimmten die Koalitionsfraktionen. Die Union und die AfD lehnten sie ab, die Linksfraction enthielt sich. sas ||

Steuerberatungsrecht soll geändert werden

Der Bundestag hat am Donnerstag den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Neuregelung beschränkter und unentgeltlicher geschäftsmäßiger Hilfeleistung in Steuersachen sowie zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der steuerberatenden Berufe“ (20/8669) erstmals beraten und im Anschluss zur weiteren Beratung an den federführenden Finanzausschuss überwiesen. Mit dem Gesetzentwurf soll im Steuerberatungsgesetz neu geregelt werden, wer in beschränktem Umfang zur Hilfeleistung in Steuerangelegenheiten befugt ist. Die Befugnis von Lohnsteuerhilfevereinen soll gesondert geregelt werden. bal ||

AfD-Fraktion fordert Ende der Wirtschaftstransformation

Das Ende der Transformation der deutschen Wirtschaft in eine sozial-ökologische Marktwirtschaft fordert die AfD-Fraktion in einem Antrag (20/8741). Weiter fordern die Abgeordneten, „keine Strukturbrüche durch Technologieverbote und aktive Industriepolitik herbeizuführen“. Gefordert wird zudem, weiteren „Schaden“ von der Automobilindustrie abzuwenden, indem alle gegen den Verbrenner-Pkw gerichteten „Markt Eingriffe wie Technologieverbote und marktverzerrende Anreize“ unverzüglich beendet werden. Der Antrag wurde am Donnerstag zur weiteren Beratung in den Wirtschaftsausschuss überwiesen. emu ||

Überbau: Unions-Antrag für Überprüfung abgelehnt

Der Bundestag hat einen Antrag der Unionsfraktion (20/5986) abgelehnt, in dem diese die Bundesregierung auffordert, darauf hinzuwirken, dass Wettbewerbsbehörden die Überbauverfahren in Deutschland überprüfen. Alle Fraktionen mit Ausnahme der Ampelfraktionen votierten gegen den Vorstoß. Die Abgeordneten hatten darin unter anderem gefordert, dass bei der Bundesnetzagentur eine Meldestelle eingerichtet wird. Laut Antrag sollten Kommunen und Unternehmen dort Fälle melden können, in denen ein angekündigter Überbau eines noch nicht im Bau befindlichen Glasfasernetzes dazu geführt hat, dass letztlich kein Anbieter im betreffenden Gebiet ein Glasfasernetz errichtet hat. lbr ||



Hunger und Mangelernährung verstoßen gegen die Menschenwürde und sollen bis 2030 beseitigt sein. Doch die Erreichung des Ziels Nr. 2 der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele ist in Gefahr.

© picture-alliance/AP/Farah Abdi Warsameh

Rückstand zur Halbzeit

NACHHALTIGKEIT Der Bundestag zieht eine ernüchternde Zwischenbilanz der Agenda 2030

Als der sächsische Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz vor mehr als dreihundert Jahren den Begriff der Nachhaltigkeit prägte, kannte er noch keine Schuldenbremse, wusste nichts über Digitalisierung und wohl auch nicht allzu viel über das Thema Geschlechtergerechtigkeit. Er stellte seinerzeit mit Blick auf die Waldbewirtschaftung fest: Es darf nur so viel Holz geschlagen werden, wie durch Aufforstung wieder nachwächst, damit auch späteren Generationen Wald zur Verfügung steht. Die Nachhaltigkeit wurde fortan zum Leitbegriff der Forstwirtschaft – und inzwischen auch der Politik. 17 Nachhaltigkeitsziele enthält die 2015 von der Weltgemeinschaft verabschiedete Agenda 2030. Ziele, die höchst unterschiedlich sind. 17 Ziele, deren Erreichung bis 2030 angesichts einer ernüchternden Halbjahresbilanz immer unwahrscheinlicher wird, wie sich bei der Debatte zur Nachhaltigkeit am Donnerstag im Bundestag zeigte.

Doch Bange machen gilt nicht. Tessa Ganser (Grüne) zog eine Analogie zum Fußball. Liegt man zur Halbzeit zurück, muss man danach umso stärker kämpfen, um den Sieg noch einzufahren. Und auch ihr

»Es liegt in unserer Hand, etwas gegen Kriege und die Klimakrise zu tun.«

Cem Özdemir (Grüne)

und sozialverträgliche Antworten auf Generationenaufgaben wie die Bekämpfung von Armut und Hunger in der Welt oder den Klimaschutz geben können, wenn jeder nur auf den nächsten Wahltag schielt.“ Gleichwohl komme er nicht umhin, der Regierung den Spiegel vorzuhalten, so Bilger weiter. Weder beim Klimaschutz noch bei den Staatsfinanzen oder den sozialen Sicherungssystemen handle die Bundesregierung nachhaltig, befand er.

Rainer Kraft (AfD) griff sich das Nachhaltigkeitsprinzip 5 der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie heraus, dass fordere, den sozialen Zusammenhalt in einer offenen Gesellschaft zu wahren und zu verbessern. Der soziale Zusammenhalt in Deutschland sehe derzeit aber so aus, dass sich tausende Menschen in Deutschland über den hundertfachen Mord an wehrlosen Zivilisten ganz offen freuen. „Diese Menschen habe Sie zu Hunderttausenden ins Land geschleust, ohne Kontrolle und ohne Feststellung der Identität“, sagte er an die anderen Fraktionen gewandt.

Hunger in der Welt Eine auf Profit und grenzenlosem Wachstum aufgebaute Weltwirtschaftsordnung, die die vorhandenen Ressourcen plündere, könne die Krisen unserer Zeit nicht lösen, sagte Bernd Rießinger (Linke). Beleg dafür sei, dass der Hunger in der Welt nicht besiegt werde. 735 Millionen Menschen auf der Welt litten unter Hunger, sagte er. Eine Weltwirtschaftsordnung, die es trotz ausreichend vorhandener Nahrungsmittel nicht schafft, „dass kein Mensch hungern muss“, habe kein moralisches Recht fortzubestehen, befand Rießinger.

Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung stellten indes ihre Aktivitäten in Sachen Nachhaltigkeit in den Vordergrund. Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) verwies auf das von ihr ins Leben gerufene Aktionsprogramm „Natürlicher Lebensschutz“. Mit vier Milliarden Euro würden

dadurch in den nächsten Jahren Auen renaturiert, alte Wälder geschützt und Moore wieder vernässt, um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, kündigte sie an. Landwirtschaftsminister Özdemir machte auf die Förderung des ökologischen Landbaus aufmerksam, „weil er besonders ressourcenschonend ist“. Sozial-Staatssekretärin Kerstin Griese (SPD) betonte die Gleichwertigkeit der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension der Nachhaltigkeit. Daher stelle die Regierung die Weichen für eine Politik, die die Menschen zur Teilhabe befähige und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt setze.

Ganz zentral für die Nachhaltigkeit ist laut Carina Konrad (FDP), „dass die Bundesregierung die Schuldenbremse einhält“. Deutschland befinde sich in einer Krise, sagte sie. „Unsere Wirtschaft wächst nicht mehr.“ Wachstum sei aber nötig, um Wohlstand zu erhalten und um die Zukunft des Landes für die nächsten Generationen zu ebnen. Deshalb sei das Wachstumschancenengesetz „ein erster wichtiger Schritt, um die Wirtschaft wieder zum Wachsen zu bringen“, sagte die FDP-Abgeordnete. Mache die internationale Gemeinschaft weiter wie bisher, so die Staatssekretärin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bärbel Kofler (SPD), „werden wir keines der 17 Nachhaltigkeitsziele erreichen“. Bei der anstehenden Aufholjagd müsse es unter anderem darum gehen, Ungleichheiten zu bekämpfen, mehr Investitionen zu tätigen und für Geschlechtergerechtigkeit zu sorgen.

„Beim Thema nachhaltige Entwicklung spielen wir in der Champions League der Politik“, sagte Tessa Ganser. Es gelte nun, zur zweiten Halbzeit auf das Spielfeld zu gehen, die Kraftanstrengungen zu verstärken und weiterhin auf Sieg zu spielen, forderte die Grünenabgeordnete.

Den von der Union als Beitrag zur Nachhaltigkeit ins Spiel gebrachte Weiterbetrieb der Kernkraftwerke lehnte Nina Scheer (SPD) entschieden ab. „Es ist nicht nachhaltig, auf Dauer den nachfolgenden Generationen über Millionen Jahre Müll zu hinterlassen“, sagte sie. Götz Hausinger ||

STICHWORT

Nachhaltigkeitsprinzipien

> **Nachhaltige Entwicklung** als Leitprinzip konsequent in allen Bereichen und bei allen Entscheidungen anwenden, global Verantwortung wahrnehmen.

> **Natürliche Lebensgrundlagen** erhalten, nachhaltiges Wirtschaften stärken.

> **Sozialen Zusammenhalt** in einer offenen Gesellschaft wahren und verbessern, Bildung und Wissenschaft und Innovation als Treiber einer nachhaltigen Entwicklung nutzen.

Die Zukunft des Briefes

POSTGESETZ Parlament regiert auf Beschäftigten-Protest

Nachdem am vergangenen Montag rund 30.000 Beschäftigte der Deutschen Post vor dem Brandenburger Tor gegen die geplante Novelle des Postgesetzes demonstriert hatten, bekräftigten die Ampelfraktionen am Mittwoch ihren Willen zur Reform des Gesetzes. In einer von der Fraktion Die Linke beantragten Aktuellen Stunde sicherten die Rednerinnen und Redner der Ampel den Beschäftigten aber zu, ihre Sorgen vor Arbeitsplatzverlust und Mehrbelastung ernst zu nehmen. Grund für den Protest der Beschäftigten ist eine Idee, die zur vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) geplanten Gesetzesnovelle im Umlauf ist: Die Post soll künftig nicht mehr jeden Tag, dafür aber „verlässlich“ zugestellt werden.

Universaldienst ist unstrittig Für die Linksfraction sagte Pascal Meiser in der Debatte den Beschäftigten der Post die volle Unterstützung seiner Fraktion zu. Die Ampelkoalition habe mit der Ankündigung des Postmodernisierungsgesetzes für Verunsicherung gesorgt, die Beschäftigten hätten deshalb Sorge und wehrten sich gegen den drohenden Abbau tausender Arbeitsplätze, so Meiser. „Da ist kräftiges politisches Umsteuern gefordert.“ Sebastian Roloff (SPD) hatte die Proteste anders

wahrgenommen als sein Vorgesetzter: „Die Postbeschäftigten haben nicht gegen das neue Gesetz demonstriert, sondern für eine zukunftssichere Arbeit.“ Darin hätten sie die Ampel an ihrer Seite, versprach Roloff im Plenum. Wilfried Oellers (CDU/CSU) sagte, es sei unstrittig, dass der Universaldienst – also eine Briefzustellung an sechs Tagen der Woche – sichergestellt werden müsse. „Wir müssen auch im ländlichen Raum eine Zustellung an sechs Tagen gewährleisten, der ländliche Raum darf nicht hinten runterfallen.“

„Ich kann Ihnen versichern, wir haben Sie gesehen, wir haben Ihre Forderungen gehört“, sagte Sandra Detzer (Bündnis 90/Die Grünen) in Richtung der anwesenden Postbeschäftigten auf der Besuchertribüne. Aber eine Reform des Postgesetzes sei überall, wenn auch schwierig. Dem stimmte Reinhard Houben (FDP) zu. Die Beschäftigten der Post müssten keine Angst vor dem Gesetz haben. Die Ampel arbeite daran, „neue Lösungen zu finden ohne Verluste für die, die zustellen und die, die empfangen.“ „Die Bundesregierung legt an den Universaldienst die Axt an“, fürchtete Jürgen Pohl (AfD). „Wir wissen noch nicht, welche Folgen das haben wird.“ Seine Fraktion werde für die Arbeitnehmer eintreten. emu ||

Strittige CO2-Speicherung

CCU UND CCS Bundestag lehnt Unionsvorstoß ab

Die CDU/CSU-Fraktion setzt sich für die Speicherung und für die Nutzung von Kohlendioxid (CO₂) aus der Atmosphäre ein. Über dahingehende parlamentarische Initiativen der Fraktion hat der Bundestag am Donnerstag abgestimmt. Der Gesetzentwurf „zu der Entschließung LP.3(4) vom 30. Oktober 2009 über die Änderung des Artikels 6 des Protokolls vom 7. November 1996 zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und sonstigen Stoffen von 1972“ (20/6177) wurde mit den Stimmen aller Fraktionen außer der Union ebenso abgelehnt wie deren zwei Anträge zur CO₂-Speicherung (CCS) und -CO₂-Nutzung (CCU) (20/6178; 20/5350).

Carbon-Strategie Lisa Badum (Bündnis 90/Die Grünen) sagte in der Debatte, die Ampelkoalition sei längst dabei, das zu tun, was die Union vorschlägt, nämlich einen nationalen Prozess anzustoßen: Der heiße bei der Ampel Carbon-Management-Strategie und befinde sich in der Fertigstellung. Jens Spahn (CDU) warb für den Gesetzentwurf der Union, der vorsieht, die Abscheidung und Speicherung von CO₂ im Meeresuntergrund rechtlich zu ermöglichen. Wenn das Ziel der Politik sei, die At-

mosphäre CO₂-frei zu bekommen, dann verstehe er nicht, warum die Grünen auf der Bremse stünden. Helmut Kleebank (SPD) nannte die Unions-Vorlagen „unterkomplex“ und unterstrich, der Fokus müsse auf der Vermeidung von Emissionen liegen. Nur da, wo das nicht möglich sei, bei „unvermeidbaren Rest-Emissionen“, komme eine Speicherung oder - noch besser - eine neue Nutzung im Rahmen einer CO₂-Rohstoffkreislaufwirtschaft in Frage. AfD-Vertreter Andreas Bleck hielt der Union vor, die CO₂-Speicherung sei „teuer, energieintensiv und ineffizient“. Olaf in der Beek (FDP) zeigte sich verständnisvoller: „Sie haben Recht“, sagte der Ampelvertreter in Richtung Union: „Das Momentum ist da, es ist jetzt Zeit zu handeln“. Und: „Das tun wir auch“. Selbstverständlich wolle man im Umgang mit unvermeidbaren Rest-Emissionen Techniken der Abscheidung nutzen, um das Klima zu schützen und bis 2045 auf Netto-Null-Emissionen kommen. Darüber herrsche fraktionsübergreifend Einigkeit in der Ampel. Linken-Politiker Klaus Ernst machte deutlich, dass er es für „komplett falsch“ hielt, wenn man die Vorschläge der Union pauschal ablehne. Er plädierte für einen Weg der Mitte. Davon profitierten alle – vor allem auch das Klima. mis ||

Kommunen in der Pflicht

HEIZEN Bundestag berät über Wärmeplanungsgesetz

Mit dem Gesetzentwurf für die kommunale Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze liegt dem Bundestag nun die Ergänzung des bereits verabschiedeten Gebäudeenergiegesetzes (20/6875) vor. Mit dem Gesetz (20/8654) von Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) und Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck (Grüne) soll die Wärmeplanung flächendeckend für die Bundesländer und für 11.000 Kommunen zur Pflicht werden: Großstädte ab 100.000 Einwohnern müssen dann spätestens ab Juli 2026 eine solche Planung vorlegen, kleinere Städte und Gemeinden ab Juli 2028. Für Kommunen mit weniger als 10.000 Einwohnern sollen lockerere Vorgaben gelten, kleine benachbarte Gemeindegebiete dürfen dabei zusammenarbeiten. Mit dem Vorhaben sollen Unternehmen und Privateute Gewissheit über die künftige Wärmeversorgung vor Ort bekommen.

Klimaneutralität bis 2045 Die Fristen für die Wärmeplanung wurden an die im Gebäudeenergiegesetz (GEG) angepasst. Beide Gesetze zum klimafreundlichen Heizen sind eng aneinander gekoppelt. Erst wenn eine kommunale Wärmeplanung vorliegt, sollen Haus- und Wohnungseigentümer verpflichtet werden, mit mindestens 65 Prozent erneuerbaren Energien zu heizen,

wenn die genutzte Heizung ihre Funktionsfähigkeit aufgibt. Ausnahme sind Neubaugebiete; dort gilt die Pflicht bereits ab 2024. Festgeschrieben ist dabei auch das Ziel, dass der Anteil an Wärme aus erneuerbaren Energien und Abwärme 2030 im bundesweiten Mittel 50 Prozent betragen soll. Bis 2045 soll Klimaneutralität erreicht sein. Damit die Kommunen schnell starten können, fordere der Bund die Erstellung von Wärmeplänen mit 500 Millionen Euro. Ein eventueller auf den Bund entfallender Mehrbedarf an Sach- und Personalmitteln sowie Planstellen und Stellen sei „im jeweiligen Einzelplan beziehungsweise Sondervermögen auszugleichen“, heißt es in dem Gesetz. Ergänzend zum Wärmeplanungsgesetz gibt es Änderungen im Baugesetzbuch, um die bauplanungsrechtliche Umsetzung der Wärmeplanung zu unterstützen. Für die Erstellung der Wärmepläne dürfen Daten bei Statistikämtern, aus dem Gebäuderegister, aus Grundbüchern oder Liegenschaftskatastern und sonstigen öffentlichen Datenbanken oder Netzwerken erhoben werden. Die erste Lesung des Entwurfs stand am Freitag nach Redaktionsschluss auf der Tagesordnung. Bereits am Montag soll eine Anhörung im Bauausschuss stattfinden. Die Bundesregierung will, dass das Gesetz am 1. Januar 2024 in Kraft tritt. nki ||

AUFGEKEHRT

Ruinen und Rosinen

Das Talent, in Würde zu altern, ist nicht jedem gegeben. Heino hat es geschafft, die Fußball-Nationalmannschaft und Clint Eastwood natürlich. Der Flughafen Tempelhof gehört auch dazu: Der prominente Altberliner ist klammheimlich 100 geworden. Natürlich gab es Glückwünsche und die üblichen politischen Fensterreden, wichtiger ist aber die gelebte Realität in seiner blumigsten Form, eine riesige Grillfläche mitten in der Stadt, ein Central Park für Kiffer und Kinder zwischen Heuballen und Herbstlaub. Über Jahre war der Flughafen ein Fenster der Freiheit, eingerahmt von Sicherheitsgarantien der westlichen Alliierten. In der Blockadezeit drohte die angebotene Zuversicht der West-Berliner zu verkümmern, dann kamen die Rosinenbomber, an kleinen Fallschirmen purzelten auch Süßigkeiten zu Boden, immer wie Weihnachten für die Trümmkinder. Wenn die Maschinen Jahre später in Richtung Westen Vollgas gaben, gingen die Einwohner im Tempelhofer Fliegerviertel sicherheitshalber in Deckung. Wer am Flughafen wohnte, musste mindestens schwerhörig sein, besser taub, lautete damals eine Weisheit. Hinten an der Südländbahn standen seltsame Plainspotter und notierten Flugbewegungen. Bürgermeister, Kanzler und Präsidenten kamen und gingen, während sich in Berlin das Flugwesen trotzdem erstaunlich rege entwickelte. Am Ende steht die Erkenntnis, es geht, wenn es muss. Man sagt, die Nacht ist am schwärzesten kurz vor der Dämmerung. Die Berliner sind aus ihren Trümmern herausgewachsen und schauen in diesen Tagen mit Krieg und Terror wieder erwartungsvoll in Richtung Amerika, wo ein gealterter Herr aus der Polit-Liga der Ü80 vor schweren Entscheidungen steht. *Claus Peter Kosfeld*

VOR 15 JAHREN...

Mehr Geld für Bildung

22.10.2008: Bildungsgipfel in Dresden. Während Politik und Wirtschaft heute bei jungen Menschen dafür werben, statt zu studieren eine Ausbildung in einem handwerklichen Beruf zu machen, sorgte man sich 2008, dass wegen der Studiengebühren Abiturienten auf



Angela Merkel hatte den Gipfel angesetzt und eine „Bildungsrepublik“ gefordert.

eine Hochschulbildung verzichten. Die Frage, ob Gebühren vielen Menschen den Zugang zu einem Studium unmöglich machten, bestimmte die Debatten im Vorfeld des Bildungsgipfels am 22. Oktober 2008. Eine Einigung darüber, die Studiengebühren, wie von der SPD gefordert abzuschaffen, konnte bei dem Treffen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und den Ministerpräsidenten der Länder in Dresden nicht erzielt werden. Ansonsten einige man sich jedoch auf ambitionierte Ziele. So wollten Bund und Länder ab 2015 jährlich bis zu 60 Milliarden Euro mehr für Bildung und Forschung ausgeben. Damit sollten die Mittel für den Bereich auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. Zum damaligen Zeitpunkt wurden 6,2 Prozent in Bildung und 2,7 Prozent in Forschung investiert. Unter dessen meinte Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD), eine der wichtigsten Vereinbarungen sei „die Verpflichtung der Länder, die Zahl der Schulabbrecher zu halbieren“ - von acht auf vier Prozent. 550.000 der damals rund drei Millionen Arbeitslosen hatten keinen Schulabschluss. Die Opposition wertete den Gipfel als „Flop“ - so Linksfraktionschef Gregor Gysi. 2015 kam eine Studie im Auftrag des DGB zu einer „gemischten Bilanz“: So blieben die Ausgaben für Bildung hinter den Zielen zurück, eine Halbierung der Zahl der Schulabbrecher war „kaum zu erwarten“. Dafür nahmen mehr Schüler eines Altersjahrgangs ein Studium auf. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: SONDERAUSSTELLUNG ZUR QUADRIGA



Historische Gipsformen der Quadriga wurden in den vergangenen Jahren zusammengeführt und können nun im Bundestag besichtigt werden. © DBT/photothek/Sebastian Eggler

Geheimnisse gelüftet

Sie ist wohl eine der meistfotografierten Frauen Berlins und eine Ikone der deutschen Geschichte. Einen genauen Blick auf ihr Gesicht zu erhaschen, gestaltet sich jedoch schwierig - denn sie thront in über 26 Metern Höhe, oben auf dem Brandenburger Tor. Doch nun kann man in der Sonderausstellung „Die Geheimnisse der Quadriga. Entstehung, Zerstörung, Wiedergeburt“ eine originalgetreue Nachbildung der Siegesgöttin Viktoria mitsamt Teilen ihres Viergespanns genauer betrachten. „Es ist wahrlich eine unglaublich verrückte Geschichte, wie die Quadriga vom Brandenburger Tor hier in den Bundestag kommt“, sagt die Abgeordnete Monika Grütters (CDU) in ihrer Eröffnungsrede zur Ausstellung am Mittwochmittag. Und sie hat Recht - hat die Quadriga doch eine bewegte Vergangenheit hinter sich. 1793 wurde die von Johann Gottfried Schadow entworfene Skulptur auf das Brandenburger Tor gesetzt, zwei Jahre nach dessen Fertigstellung. Ursprünglich sollte die Dame auf dem Wagen die Friedensgöttin Eirene darstellen und nach dem Sieg der Preußen im Siebenjährigen Krieg den Frieden zurück in die Stadt bringen. Als 1806 Napoleon in Berlin einmarschierte, gefiel ihm die Quadriga so gut,

dass er sie nach Paris entführte. Erst mit der Niederlage Frankreichs in der Völkerschlacht bei Leipzig kam das Viergespann nach Berlin zurück. Die Berlinerinnen und Berliner sprachen fortan von der „Retour-Kutsche“ und aus der Friedensgöttin Eirene wurde die Siegesgöttin Viktoria. Nach der weitgehenden Zerstörung der Quadriga im Zweiten Weltkrieg, wurde sie sowie das Brandenburger Tor, gegen Ende der 1950er Jahre, inmitten des Kalten Krieges, in Kooperation zwischen Ost- und Westberlin restauriert. Als in den Jahren 2015 und 2016 vergessene Gipsformen der Skulptur an verschiedenen Orten in Berlin wiederentdeckt wurden, war die Freude groß. Es handelte sich um Modelle, die 1942 heimlich von den Nationalsozialisten - in Voraussicht auf eine mögliche Zerstörung der Quadriga - hergestellt und für die Nachbildung des kriegszerstörten Denkmals genutzt wurden. Dies sei die letzte Spur zur originalen von Schadow entworfenen Figur, sagt Miguel Helfrich, Leiter der Gipsformerei der Staatlichen Museen zu Berlin. „In den Modellen sind sehr viele Informationen gespeichert, die in der Quadriga auf dem Brandenburger Tor nicht mehr zu fin-

den sind.“ So könne anhand der Gipsabformungen nachvollzogen werden, wo die Figur in der Vergangenheit verändert, beschädigt oder repariert wurde. Heute stelle die Rekonstruktion der Modelle außerdem sicher, dass auch künftige Schäden sachgerecht ausgebessert werden können. Experten der Gipsformerei haben mehrere hundert der wiederentdeckten Teile in den vergangenen zwei Jahren in einer Schauerwerkstatt im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Bundestages zusammengesetzt. So können heute Modelle der Siegesgöttin sowie mehrere Pferdetorsos und Teile des Wagens betrachtet werden. Helfrich sagt, dass viele, Touristen wie Berliner, bis heute nichts von der bewegenden Vergangenheit der Quadriga wissen. „Wenn man vor dem Brandenburger Tor steht, dann denken die meisten Menschen, sie sehen das Original. Aber da oben steht kein Original, sondern eine Nachbildung.“ Im Bundestag wird die Geschichte der Quadriga nun einer breiten Öffentlichkeit zugänglich. Noch bis zum 31. März 2024 ist die Ausstellung im Mauer-Mahmal im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus für Besucherinnen und Besucher geöffnet. *Carolin Hasse*

PERSONALIA

>Roland Cantzler †
Bundestagsabgeordneter 1972, CSU
Am 24. September starb Roland Cantzler im Alter von 92 Jahren. Der Sozialgerichtspräsident aus Nürnberg, CSU-Mitglied seit 1957, rückte im Juni 1972 in den Bundestag nach. Von 1972 bis 1996 war Cantzler Stadtrat in Nürnberg.

>Josef Bugl †
Bundestagsabgeordneter 1980-1987, CDU
Am 20. September starb Josef Bugl im Alter von 90 Jahren. Der Physiker aus Mannheim trat 1975 der CDU bei und war von 1976 bis 1988 Vorsitzender des dortigen Kreisverbands. Von 1976 bis 1980 gehörte er dem Landtag von Baden-Württemberg an. Im Bundestag wirkte Bugl im Forschungsausschuss mit und war von 1985 bis 1987 Vorsitzender der Enquete-Kommission „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen“.

>Berthold Wittich
Bundestagsabgeordneter 1987-1998, SPD
Am 18. Oktober vollendet Berthold Wittich sein 90. Lebensjahr. Der Konrektor aus Ludwigsau/Kreis Hersfeld-Rotenburg schloss sich 1956 der SPD an, war Mitglied des Unterbezirksvorstands und engagierte sich gewerkschaftlich. Von 1977 bis 1989 gehörte er dem Kreistag an. Wittich betätigte sich im Landwirtschafts- sowie im Verkehrsausschuss.

>Dietmar Schütz
Bundestagsabgeordneter 1987-2001, SPD
Dietmar Schütz begeht am 21. Oktober seinen 80. Geburtstag. Der Verwaltungsjurist aus Oldenburg, SPD-Mitglied seit 1965, war von 1985 bis 2001 dortiger Unterbezirksvorsitzender. Von 1981 bis 1987 amtierte er als Stadtrat und von 2001 bis 2006 als Oberbürgermeister Oldenburgs. Schütz wirkte im Rechts-, im Umwelt- sowie im Haushaltsausschuss mit. Er ist einer der Wegbereiter des im Jahr 2000 verabschiedeten „Erneuerbare-Energien-Gesetzes“.

>Wolfgang Thierse
Bundestagsabgeordneter 1990-2013, SPD
Am 22. Oktober vollendet Wolfgang Thierse sein 80. Lebensjahr. Der bis 1989 parteilose Dipl.-Kulturwissenschaftler aus Berlin schloss sich im Oktober 1989 der Bürgerbewegung „Neues Forum“ an. Im Januar 1990 trat er der Sozialdemokratischen Partei in der DDR bei und amtierte von Juni bis September 1990 als Vorsitzender. 1990 gehörte er zudem der ersten frei gewählten Volkskammer an. Von 1990 bis 2005 war Thierse stellvertretender SPD-Vorsitzender, saß bis 2009 im Bundesvorstand und leitete von 1992 bis 2010 die Grundwertekommission. 1998 wählte ihn der Bundestag in der Nachfolge Rita Süßmuths zu seinem Präsidenten. Das Amt behielt er bis 2005 und war danach bis 2013 Vizepräsident.

>Joachim Günther
Bundestagsabgeordneter 1990-2013, FDP
Joachim Günther wird am 22. Oktober 75 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Thuma/Vogtlandkreis trat 1971 der LDPD in der DDR bei. Seit 1990 ist er FDP-Mitglied. Von 1990 bis 1995 stand er an der Spitze des Landesverbands Sachsen und gehörte zugleich dem FDP-Präsidium an. Von 1991 bis 1998 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbauminister. Günther engagierte sich im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit, im Verkehrs- sowie zuletzt im Sportausschuss.

>Eckhart Lewering
Bundestagsabgeordneter 1998-2005, SPD
Am 23. Oktober begeht Eckhart Lewering seinen 80. Geburtstag. Der Geschäftsführer aus Bad Kösen, SPD-Mitglied seit 1993 und 1994 Kreisverbandsvorsitzender, war Stadtrat und Mitglied des Kreistags. Lewering arbeitete im Bundestag im Gesundheitsausschuss mit.

>Ulrike Mascher
Bundestagsabgeordnete 1990-2002, SPD
Ulrike Mascher vollendet am 24. Oktober ihr 85. Lebensjahr. Die Versicherungsangestellte aus München schloss sich 1963 der SPD an und war von 1995 bis 2007 stellvertretende bayerische Landesvorsitzende. Mascher wirkte vorwiegend im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit und stand von 1994 bis 1998 an dessen Spitze. Von 1998 bis 2002 war sie Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesarbeitsminister.

>Wolfgang Behrendt
Bundestagsabgeordneter 1994-2002, SPD
Am 26. Oktober begeht Wolfgang Behrendt seinen 85. Geburtstag. Der Diplom-Politologe aus Berlin trat 1959 der SPD bei und war von 1985 bis 1994 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Behrendt wirkte im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie im Auswärtigen Ausschuss mit. Von 1995 bis 2003 gehörte er dem Europarat und der WEU an und war von 1999 bis 2003 jeweils Vizepräsident. *bmh*

LESERPOST

Zur Ausgabe 39 vom 23. September 2023, „Dauerstreit um Migration“ auf Seite 7:
Wie schon beim Ampel-Zoff das erste Machtwort des Kanzlers zum AKW-Aus essenziell wurde, kann Scholz wiederum nur mit einem zweiten Machtwort den Koalitions-Zoff der Migrations-Krise vom Tisch wischen und den Weg freimachen für die essenzielle Verschärfung des europäischen Asyl-Rechts gegen den Widerstand der Grünen. Unser Land und das EU-Recht sind in der Tat wichtiger als Parteideologien: Prioritär ist eine wirksame Maßnahme gegen die explosionsartige Zunahme der „illegalen Migration“. Worten müssen jetzt Taten folgen. Danke!
Ursula Reichert, Hanau

Zur Ausgabe 40-41 vom 30. September 2023, zur Beilage Informationen in leichter Sprache „China“:
Wer die AfD als nicht fremdenfeindlich bezeichnet, zeigt eindrucksvoll, was Geistes Kind er ist. Es ist gut, dass Das Parlament auch solche Briefe abdruckt. Es gibt also keine Hemmschwelle mehr. Wer den Parteien, die die Bundesrepublik Deutschland aufgebaut haben, „undemokratische und rechtswidrige Willkür der etablierten Altparteien“ vorwirft, stellt sich außerhalb der grundgesetzlich verankerten freiheitlich demokratischen Grundordnung der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Und deshalb gehört Rechts eben nicht zur Demokratie.
Gerhard Niemeyer, Oberhausen

Zur Ausgabe 40-41 vom 30. September 2023, zur Beilage Informationen in leichter Sprache „China“:
Diese China-Beilage wird bei vielen Lesern auf Kritik stoßen. Die Politik des Landes wird unvollständig und realitätsfremd beschrieben, kein Wort zu der aggressiven Außenpolitik, zu den Kriegsdrohungen gegen Taiwan und zu den eklatanten Verletzungen der Menschenrechte im Inneren. Der sehr allgemeine Hinweis verharmlost die Lage und beschneidet nicht die Wahrheit. Dieses Machwerk entspricht nicht den journalistischen Sorgfaltspflichten. China steht in der Rangliste der Pressefreiheit auf dem vorletzten Platz (179 von 180), auch das muss in dieser Beilage erwähnt werden.
Rotger Kindermann, Neuss

Zur Ausgabe 40-41 vom 30. September 2023, „Eigene Stärke fördern“ auf Seite 2:
Deutschland ist nicht nur von China abhängig. Würde China nur ein paar Tage keine Waren mehr nach Deutschland liefern, dann würden hier sämtliche Lichter ausgeleuchtet haben. Früher, da nannte man das Ganze noch Handel, heutzutage spricht man nur noch von Abhängigkeiten!
Riggi Schwarz, Büchenbach

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:
Das Parlament
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 21. Oktober.

PANNENMELDER

Zur Ausgabe 40-41, „Strategische Bedeutung“ auf Seite 10:
In dem Text wurde von Bundesverteidigungsminister Oskar Pistorius berichtet, gemeint ist Boris Pistorius (SPD).

Zur Ausgabe 40-41, „Parlamentarisches Profil“ auf Seite 2:
Derya Türk-Nachbaur rückte nicht wie von uns berichtet in den Gemeinderat Bad Dürkheim, sondern Bad Dürkheim nach.

LIVE UND ZUM NACHSEHEN

Topthemen vom 18. – 20.10.2023
Bürokratieabbau (Do),
Stand der Deutschen Einheit (Fr)
Phoenix überträgt live ab 9 Uhr
www.bundestag.de/mediathek:
Alle Debatten zum Nachsehen und Nachlesen.



SEITENBLICKE



Sonderbeilage zur
Frankfurter Buchmesse 2023
18. – 22. Oktober

GASTGEBER
Interview mit Buchmessen-Direktor
Juergen Boos

SEITE 3

GASTLAND
Slowenien präsentiert sich und
seine Literatur in Frankfurt

SEITE 4

Das Parlament

Berlin, 14. Oktober 2023

www.das-parlament.de

73. Jahrgang | Nr. 42 | Preis 1 € | A 5544



75 JAHRE
FRANKFURTER
BUCHMESSE



Blick in die Messehalle 3.0 auf der Frankfurter Buchmesse im Jahr 2019. Mehr als 300.000 Besucher strömen zur weltgrößten Büchermesse.

© picture-alliance/SvenSimon/Anke Waelischmiller

Die Welt der Büchermenschen

GESCHICHTE DER BUCHMESSE Aus den bescheidenen Anfängen in der Paulskirche zur Messe der Superlative

Es ist eine Messe der Superlative: Mehr als 7.400 Verlage und andere Aussteller aus 104 Ländern der Welt präsentieren vom 16. bis 20. Oktober 2019 sich und ihre Romane, Sachbücher, Comics, Lyrikbände, Zeitschriften und Zeitungen, E-Books oder Hörbücher auf den rund 172.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche des Frankfurter Messegeländes. Mehr als 300.000 Besucher, so viele wie seit 20 Jahren nicht mehr, zieht das Spektakel mit seinen etwa 4.000 Lesungen, Podiumsdiskussionen und anderen Veranstaltungen an. Höhepunkte bilden auch in diesem Jahr die Verleihungen des Deutschen Buchpreises, des Deutschen Jugendliteraturpreises und zum Abschluss der Messe vor allem der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Mehr als 144.000 Fachbesucher – Verleger, Buchhändler, Literaturagenten, Schriftsteller, Bibliothekare, Wissenschaftler, Illustratoren, Übersetzer, Drucker, Verbände oder Antiquare – kommen, um Geschäfte zu tätigen, Kontakte zu knüpfen, sich zu informieren, rund 10.000 akkreditierte Journalisten berichten, bloggen oder streamen von der Bücherschau. In den Messehallen kommt es angesichts des Besucherandrangs immer wieder zu Staus in den Gängen zwischen den Ständen der Aussteller. Es lässt

»Ein Frankfurter Phönix ist aufgestiegen aus der Leipziger Asche.«

Sir Stanley Unwin

sich in einem Satz zusammenfassen: Die Main-Metropole ist Gastgeber der größten Buchmesse der Welt – und dies nicht erst seit 2019. In den vergangenen 75 Jahren hat sich die Frankfurter Buchmesse zum jährlichen Treffpunkt der Freunde des gedruckten und inzwischen auch digitalisierten Wortes entwickelt. Aber nicht alle Büchermenschen teilen die Begeisterung. Der vor zehn Jahren in Frankfurt verstorbene Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki urteilte einst in der ihm eigenen bissigen Art: »Ich gehe sehr ungern zur Buchmesse nach Frankfurt. Der Anblick der Hallen allein, mit 100.000 Büchern – ein abstoßender Anblick.« Der Trübel störe ihn seit 20 Jahren, bekannte er im Jahr 2000, er würde nie dort hingehen, »wenn man mich nicht zwingen würde«. Dabei gehört das Schaulaufen der prominenten Vertreter aus der Literaturszene für viele Besucher zu den Highlights.

Virtuelle Corona-Jahre Vielleicht hätte der verehrte und gefürchtete Übervater der deutschen Literaturkritik seinen Verriß des Mega-Events doch ein Stück weit bedauert, wenn er noch die Gelegenheit gehabt hätte, in den verwaisten Messehallen im Herbst 2020, zu wandeln. Das Corona-Virus hat die Welt in den Lockdown ge-

sickt und die Frankfurter Buchmesse verlegt sich so wie alle Großveranstaltungen weitestgehend in die digitale Welt. Im Stadtgebiet fanden zwar Lesungen im Rahmen eines »Bookfest City« statt, doch ansonsten spielte sich die Buchmesse – auch der Handel – vor allem in der virtuellen Welt ab. Kulturstaaatsministerin Monika Grütters (CDU) schoss Fördergelder in Höhe von vier Millionen Euro aus dem »Neustart Kultur«-Programm für kostenfreie digitale Streaming-Angebote während der Messe zu. Immerhin rund 200.000 Menschen nutzen die digitalen Angebote. Erst zwei Jahre später konnte die 74. Buchmesse wieder als Präsenzveranstaltung ihre Tore öffnen. Vom Niveau der Vor-Corona-Jahre war man aber 2022 mit 4.000 Ausstellern und rund 180.000 Besuchern noch deutlich entfernt.

Neustart 1949 Einen Neustart ganz anderer Art musste 1949 nach dem Zweiten Weltkrieg und den Menschheitsverbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands mit der ersten Buchmesse in Frankfurt absolviert werden, die auf eine Initiative des Hessischen Verleger- und Buchhändlerverbandes zurückgeht und auch die Unterstützung der amerikanischen Besatzungsmacht fand. Die Verleger und Buchhändler am Main wollten an die Traditionen Frankfurts als internationale Messstadt anknüpfen und diese wiederbeleben. Vor dem Zweiten Weltkrieg lag das wichtigste Zentrum des deutschen Buchhandels allerdings in Leipzig, das Frankfurt im 17. Jahrhundert zunehmend den Rang als Buchmesse-Stadt ablaufen konnte. Doch Leipzig lag nun in der Sowjetischen Besatzungszone, aus der am 7. Oktober 1949 analog zur am 23. Mai gegründeten Bundesrepublik die DDR entstand. Am 18. September war es schließlich soweit: 205 deutsche Verlage präsentierten sich bis zum 23. September in der geschichtsträchtigen Paulskirche zur ersten Frankfurter Messe der Nachkriegszeit, die etwa 14.000 Besucher anlockte. Für die Verleger wird die Messe zum Erfolg: Aufträge in Höhe von schätzungsweise 2,6 Millionen D-Mark können in Frankfurt abgeschlossen werden. Das »Börsenblatt« vermeldet den »Aufakt zu einer neuen Phase des deutschen Buchhandels«. Positiv wirkte sich zudem aus, dass zeitlich überschneidend zur Buchmesse in der Paulskirche eine Ausstellung französischer

Verlage in den Römerhallen stattfand und erste internationale Kontakte ermöglichte, was sich bereits im kommenden Jahr auszahlen soll.

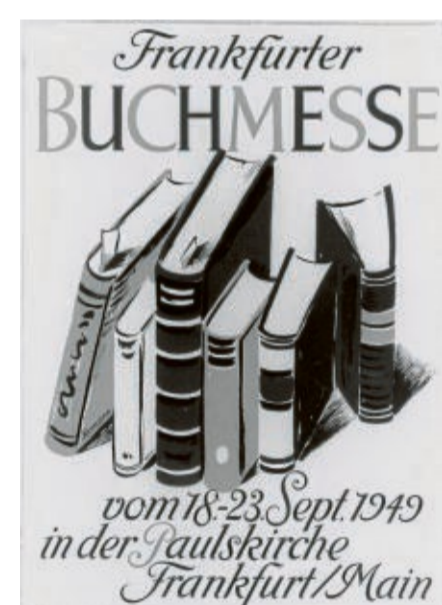
Internationalisierung Der Erfolg der ersten Frankfurter Buchmesse veranlasste schließlich auch den Börsenverein des Deutschen Buchhandels im Oktober 1949, die Messe organisatorisch zu übernehmen. Im Jahr darauf stieg die Nachfrage nach Ausstellungsfläche vor allem von Verlagen aus dem Ausland bereits dermaßen stark an, dass die Messeleitung die Römerhallen anmietete. Deren Instandsetzung war zu Beginn der zweiten Messe jedoch noch nicht abgeschlossen. Sie waren noch unverputzt, es fehlten die Fensterverglasung und sogar das Dach. Der Witz von den »Rheuma-Hallen« machte die Runde. Am Ende kamen von den insgesamt 460 teilnehmenden Verlagen 100 aus dem Ausland, 44 aus der Schweiz, 30 aus Frankreich, 20 aus Österreich, zwei aus Großbritannien, je ein Verlag aus den Niederlanden und Schweden. Selbst aus den USA hatten zwei Verlage den Weg über den Atlantik nach Frankfurt gefunden. Trotz aller Widrigkeiten bemühte »Die Zeit« in ihrer Berichterstattung zum Abschluss der zweiten Messe bereits einen ersten Superlativ: »Was Grö-

»Der Anblick der Hallen mit 100.000 Büchern, ein abstoßender Anblick.«

Marcel Reich-Ranicki

ße der Ausstellung und Zahl der Verleger und den internationalen Charakter betrifft, hat die Frankfurter Buchmesse in Europa keine Parallele.« Und drei Jahre später fasste der britische Verleger Sir Stanley Unwin die sich abzeichnende Erfolgsgeschichte in seiner Eröffnungsrede zur fünften Buchmesse in einem Satz zusammen: »Ein Frankfurter Phönix ist aufgestiegen aus der Leipziger Asche.« Mit seiner Bemerkung spielte er darauf an, dass das Buchhändlerviertel in Leipzig während eines verheerenden Bombenangriffs in der Nacht des 4. Dezember 1943 zerstört worden war.

Gastländer Zur Internationalisierung und großen Beliebtheit der Frankfurter Buchmesse trugen zweifelsohne auch die Gastländer beziehungsweise Gastregionen bei, die sich dort seit 1988 – den Anfang macht Italien – präsentieren können. Die Länder und Regionen gestalten als sogenannte Ehrengäste einen eigenen Pavillon auf dem Messegelände, in dem sie mit einem Rahmenprogramm ihre Geschichte, Kultur und Literatur dem Publikum näher bringen.



Plakat zur ersten Buchmesse 1949.

Im Jahr 1993 zogen die Verantwortlichen der Messe dann die Konsequenz aus der sich anbahnenden digitalen Revolution und öffneten die 45. Frankfurter Buchmesse den elektronischen Medien. In einer eigenen Halle präsentierten 160 Aussteller aus 14 Ländern Disketten, CDs und alles rund um das Thema Electronic Publishing. Ohne Murren und Diskussionen ging das nicht ab: Noch war die Skepsis groß gegenüber den neuen Medien und einmal mehr wurde in der rund 500-jährigen Geschichte des Buches auch sein Ende prophezeit. Da-

bei ist die Geschichte Frankfurts als Buchmesse-Stadt eng verknüpft mit der ersten großen Revolution in der Geschichte des gedruckten beziehungsweise geschriebenen Wortes. Bereits im 11. Jahrhundert wurden in Frankfurt Handschriften verkauft – zumindest an eine kleine reiche Oberschicht, die des Lesens und der lateinischen Sprache mächtig war. Der Transport der wertvollen und gerollten Handschriften erfolgte noch in wasserdichten Fässern.

Gutenbergs Bibel Rund 32 Kilometer Luftlinie entfernt von Frankfurt in Mainz gelang um das Jahr 1450 schließlich einem gewissen Johannes Gensfleisch, genannt Gutenberg, die Erfindung des Buchdrucks mit beweglichen Lettern. Das mühselige Kopieren hatte ein Ende, Gutenbergs Buchdruck, den das Magazin »Time-Life« 1997 zur bedeutendsten Erfindung des zweiten Jahrtausends wählte, löste eine Medienrevolution aus. Das erste Buch, das Gutenberg, in die Druckpresse schob, war die Bibel, deren Siegeszug zum meistgedruckten Buch der Welt somit begann. Die ersten Probestellen stellte Gutenberg auf dem Reichstag in Frankfurt im Oktober 1454 vor, wo sie Enea Silvio Piccolomini, der spätere Papst Pius II., unter die Augen kamen. Später berichtete er von einem »bewunderswerten Mann«, der Blätter einer Bibel vorgestellt habe, die in »höchst sauberer und korrekter Schrift ausgeführt« waren so dass man sie »ohne Brille« lesen konnte. Ein erster früher Frankfurter Superlativ. Alexander Weinlein II



Buchmesse 1949: Ein Messebesucher an einem der einheitlichen Verlagsstände mit einer zwei Quadratmeter großen, schräggestellten Ausstellungsplatte, zwei Holzstützen und einem kleinen Ablagetisch.

© picture-alliance/Richard Knol



Buchmesse 2022: König Felipe VI. und Königin Letizia beim Besuch des Pavillons des Gastlandes Spanien zusammen mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit Ehefrau Elke Bundenbender.

© picture-alliance/dpa/Sebastian Gollnow

»Das gehört zur DNA«

INTERVIEW Buchmessen-Direktor Juergen Boos über Künstliche Intelligenz, literarische Entdeckungen und 75 Jahre Buchmesse als Schauplatz politischer Debatten

Herr Boos, als 1949 die erste Frankfurter Buchmesse nach dem Zweiten Weltkrieg wieder stattfand, waren 200 Verlage und 9.000 Besucher dabei. Heute hat die Messe eine völlig andere Dimension: 2022 wurden 4.000 Aussteller gezählt, 93.000 Fachbesucher und über 80.000 private Besucher. Was macht die Frankfurter Buchmesse trotz aller Veränderungen unverwechselbar?

Die Frankfurter Buchmesse war und ist beides: Literaturfestival und Fachmesse. Das macht sie weltweit einzigartig. Eine weitere Besonderheit: Seit der Wiederbelebung ihrer bis ins Mittelalter zurückreichenden Tradition nach dem Krieg ist die Buchmesse auch international ausgerichtet. Bereits 1950 waren Verlage aus dem europäischen Ausland und den USA unter den Ausstellern. Was sich ebenfalls wie ein roter Faden durch die 75 Jahre des Bestehens zieht, ist, dass die Bücherschau neben ihrer Bedeutung als Handelsplattform und Kulturereignis auch immer eine politische Bühne war. Dieser Dreiklang ist das Besondere der Frankfurter Buchmesse.

In einem äußerst seltenen Akt hat die Buchmesse Russland im vergangenen Jahr aufgrund des völkerrechtswidrigen Überfalls auf die Ukraine von der Schau ausgeschlossen. Die Ukraine erfährt als „inoffizielles Gastland“ besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung. Wie ist es in diesem Jahr?

Die Unterstützung setzen wir fort. Wir stellen wieder Flächen zur Verfügung und haben gemeinsam mit den ukrainischen Verlagen und Autoren, zusammen auch mit Kulturstatsministerin Claudia Roth und dem Goethe-Institut ein Programm entwickelt. Der russische Nationalstand bleibt als staatliche Institution Russlands ausgeschlossen.

Der Ausschluss bezieht sich dezidiert nicht auf einzelne russische Verlage?

Nein. Privatwirtschaftliche Verlage könnten sich theoretisch natürlich präsentieren. Praktisch gibt es aber hohe Hürden. Zur Frage, ob die Verleger ein Visum bekommen, kommt die Gefahr hinzu: Wer im Literaturbetrieb in Russland arbeitet, steht unter Beobachtung. Dennoch habe ich in den vergangenen Monaten auf Messen im Ausland durchaus russische Verleger getroffen. Diese hatten mal englische, mal maltesische oder zyprische Pässe. Zur Buchmesse werden bestimmt auch einige kommen – wenn auch nur als private Besucher.

In der Vergangenheit gab es immer wieder Ärger um die Präsenz rechter Verlage auf der Buchmesse.

Ja, aber in diesem Jahr sind sie so gut wie gar nicht mehr vertreten. Wir reden hier von weniger als einer Hand voll Verlage.

Warum ist ein Ausschluss solcher Verlage, wie im Fall Russlands, denn nicht möglich?

Das hat kartellrechtliche Gründe. Die Frankfurter Buchmesse hat als größte inter-

nationale Buchmesse eine Monopolstellung. Damit ist sie verpflichtet, alle Verlage, die nach deutschem Recht nicht verboten sind, als Aussteller zuzulassen. Würden wir jemandem, dessen Tun vom Gesetz gedeckt ist, das verwehren, könnte er klagen. Das deckt sich auch mit unserem moralischen Anspruch, für Meinungs- und Publikationsfreiheit einzutreten.

„Kulturelle Inhalte zu erstellen, wird sich Künstliche Intelligenz schwer tun. Die Leistung einer Autorin oder eines Übersetzers lässt sich nicht ersetzen.“

JUERGEN BOOS

Kritiker sehen aber gerade durch die Verbreitung von rechtsradikalem Gedankengut Meinungsfreiheit und Demokratie gefährdet.

Es steht jedem frei, Inhalte zu melden, die er für rassistisch, antisemitisch, gewaltverherrlichend oder pornografisch hält. Wenn Bücher oder andere Medien verboten sind oder nicht an Jugendliche verkauft werden dürfen, weil sie auf dem Index stehen, können wir sie ausschließen.

Prüfen Sie, ob gegen einen Verlag oder eine bestimmte Publikation etwas vorliegt?

Wir sind in enger Abstimmung mit der zuständigen Oberstaatsanwaltschaft. Zudem verpflichten wir jeden Aussteller, keine verbotenen Inhalte zu zeigen. Aber wir schicken niemanden durch die Gänge, um das zu überprüfen. Bei Hunderttausenden von Titeln ist das nicht möglich. Die Buchmesse ist keine Zensurbehörde, sondern eine Plattform – eine Plattform für Meinungsaustausch.

Es gab Stimmen, die forderten, die Messe solle nicht den Verlagen, sondern lieber der Auseinandersetzung eine Bühne bieten.

Aber genau das tun wir doch seit Jahrzehnten! Im Rahmen eines von uns kuratierten Programms beschäftigen wir uns immer wieder mit gesellschaftspolitisch relevanten Themen. Wir haben sogar einen eigenen Raum dafür geschaffen: den Frankfurt Pavilion, der direkt auf dem Messegelände aufgestellt wird. Das ist unsere Bühne für politische Debatten. Die gehören zur DNA der Buchmesse.

Haben die Debatten in den vergangenen Jahren an Härte zugenommen?

Nein, harte Debatten gab es auf der Buchmesse von Anfang an. Schon 1950 kam es zu Demonstrationen vor der Paulskirche.



Seit fast 20 Jahren ist der Verlagsmanager Juergen Boos Chef der weltweit größten Buchmesse.

© Jonas Ratermann

1968 brauchte Franz-Josef Strauß aufgrund von Krawallen Polizeischutz bei einer Sigmund-Freud-Verleihung. Und die Verleihung des Friedenspreises an den damaligen senegalesischen Staatspräsidenten Senghor löste Straßenschlachten aus. Es ging damals, glaube ich, noch härter zur Sache als heute.

Seit 1988 stellt die Buchmesse jeweils ein Gastland in den Mittelpunkt. Im Jubiläumsjahr ist das mit Slowenien ein kleines und für seine Literatur hierzulande eher unbekanntes Land. Was ist das Besondere an seiner Literatur?

Eine Besonderheit ist, dass fast 20 Prozent der Produktionen lyrisch sind. In welchem Land gibt es das noch? In Deutschland haben Lyrikbände im Schnitt eine Auflage von 800 Exemplaren. In Slowenien mit seinen zwei Millionen Einwohnern liegt sie bei 1.200 verkauften Büchern! Eine weitere Besonderheit ist, dass das Land über viele öffentliche Bibliotheken verfügt – selbst kleine Städte haben tolle Büchereien, die als Kulturort und Treffpunkt funktionieren. Eine mögliche Erklärung für beide Eigenarten: Der slowenische Staat ist als Träger der Bibliotheken auch der größte Buchkäufer. Und: Er subventioniert damit Verlage – auch die, die Lyrik verlegen.

Wie beeinflusst die Geschichte Sloweniens, das Teil der K.-u.-k.-Monarchie und Teil Jugoslawiens war, die Werke slowenischer Autorinnen und Autoren?

Slowenien war lange ein Land mit wechselnden Herrschaften und ist bis heute ein Durchgangsland. Schon immer zogen auch Menschen zu und brachten ihre Geschichten, ihre Kultur und Sprache mit. Die kulturelle Szene Sloweniens ist daher traditionell mehrsprachig. Für slowenische Autorinnen und Autoren ist die Vielfalt des Landes identitätsstiftend. Das reflektieren ihre Bücher.

Wie herausfordernd ist es für ein Land, sich als Ehrengast auf der Frankfurter Buchmesse zu präsentieren?

Sehr herausfordernd, denn es geht um weit mehr als die Planung eines Events. Es braucht einen Vorbereitungsprozess, der mindestens drei Jahre vor dem Auftritt mit der Vertragsunterzeichnung beginnt. Das Land verpflichtet sich dabei, im Rahmen eines großen Förderprogramms, Übersetzungen ins Deutsche und in andere Sprachen zu finanzieren. Diese Titel müssen anschließend an die Verlegerin oder den Verleger gebracht werden. Es braucht also viele Gespräche, viele Begegnungen. Das allein ist schon organisatorisch aufwändig. Schwierig bis schmerzhaft kann aber die Beschäftigung mit der inhaltlichen Frage sein: „Wie wollen wir gesehen werden?“. Wie schief das gehen kann, zeigt der Fall Kataloniens, das sich 2007 als Sprach- und Kulturraum präsentieren wollte. Die Vorbereitung verschliss letztlich fünf Kulturminister und endete in einer Diskussion um Nationalismus in Europa. Ehrengast zu sein, ist

Chance und Risiko zugleich. Erfolgreich ist, wenn es gelingt, innovativ zu sein und den kulturellen Wesenskern herauszuarbeiten.

Vor Corona zählte die Buchmesse 7.500 Aussteller und 300.000 Besucher. Zuletzt war sie von solchen Zahlen weit entfernt. Ist die Buchmesse ein „Opfer ihrer Digitalisierung“ geworden?

Nein, das glaube ich nicht. 2019 hatten wir die höchsten Besucherzahlen unserer Geschichte. Es war ein Schock, dass im Jahr danach die Buchmesse überhaupt nur mit digitalen Formaten stattfinden konnte. Dass diese kein zweites Standbein und erst recht kein Ersatz für persönliche Begegnungen ist, war schnell klar. Aber unser digitales Fachprogramm etwa erhöht die Reichweite und fördert sogar die Veranstaltung vor Ort – denn es schafft Zeit für den Rechtehandel, für den die Verlage während der Messetage keine Zeit haben. Wir sind optimistisch, dass wir es dieses Jahr schaffen, etwa 80 Prozent der Besucherzahlen von 2019 zu erreichen – trotz der weltpolitischen Lage: Russland fällt ja komplett aus.

Die weltpolitische Lage hat die Buchbranche nicht unberührt gelassen. Auf Corona folgten Energiekrise, gestiegene Papierkosten und zuletzt sinkende Umsätze. 2022 waren es zwei Prozent minus. In den letzten sechs Monaten hatte die Branche aber schon wieder steigende Umsätze. Und auch in den Pandemiezeiten

ZUR PERSON

Der 1961 in Lörrach geborene Juergen Boos ist seit 2005 Direktor und Geschäftsführer der Frankfurter Buchmesse GmbH. Beim Herder Verlag absolvierte er in den achtziger Jahren seine Ausbildung zum Verlagsbuchhändler und studierte später Marketing und Organisationstheorie. Er war Manager unter anderem bei Droemer Knauer und beim Carl Hanser Verlag. Boos ist Präsident des Vereins Litprom, der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika fördert. 2018 wurde ihm der Orden Chevalier des Arts et des Lettres verliehen.

2020 und 2021 gab es teils sogar ein deutliches Plus – obwohl stationäre Buchhandlungen zeitweise geschlossen hatten. Auswertungen aus Spanien zeigen, dass in der Coronazeit ausgerechnet junge Männer zwischen 15 und 23 Jahren mehr Bücher kauften.

Die Zahl der Buchkäufer, auch der jungen, geht in Deutschland aber seit Jahren zurück. Beunruhigt Sie das nicht?

Nein. Schauen Sie sich an, was zum Beispiel auf TikTok in der „BookTok“-Community los ist. Das manifestiert sich auch in Verkaufszahlen: Die Ausgaben der 16- bis 29-Jährigen für Bücher sind zuletzt deutlich um acht Prozent gestiegen. Markus Dohle, langjähriger früherer Geschäftsführer der weltgrößten Verlagsgruppe Penguin Random House, spricht oft von den „goldenen Jahren des Publishings“. Und er hat Recht, wenn man es weltweit betrachtet: Die Branche macht zwar keine großen Sprünge, aber sie schafft es seit Hunderten von Jahren zu wachsen und sich neue Kanäle zu erschließen.

Vielen kleinen Buchhandlungen in Deutschland geht es trotzdem nicht gut. Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels fordert deshalb eine komplette Streichung der Mehrwertsteuer auf Bücher. Unterstützen Sie diese Forderung?

Ja. Deutschland hat die größte Buchhandelsdichte der Welt. Neben einigen Ketten gibt es unheimlich viele kleine Buchhandlungen. Doch diese Vielfalt ist bedroht. Etliche Buchhandlungen existieren nämlich oft nur aufgrund der Selbstausbeutung und der hohen Motivation ihrer Eigentümer. Sie über eine Mehrwertsteuererhöhung zu unterstützen, halte ich für richtig. Auch eine verlässliche institutionelle Verlagsförderung, etwa in Form von Steuererleichterungen, wäre eine Hilfe. Die Branche hätte sie verdient.

Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz sorgt auch in der Buchbranche für viel Unruhe: Sehen Sie dabei grundsätzlich eher Chancen oder Risiken?

In vielen Verlagen ist der Einsatz von Künstlicher Intelligenz längst Realität. Gerade wenn es um Routineaufgaben geht, überwiegen klar die Vorzüge: Wenn ein Programm zum Beispiel die täglichen Sitzungen protokolliert, spart das Zeit. Kulturelle Inhalte zu erstellen, wird sich Künstliche Intelligenz dagegen schwer tun. Die individuelle Leistung eines Autors oder einer Übersetzerin lässt sich nicht ersetzen. Es braucht aber Rahmenbedingungen für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz und eine entsprechende Anpassung des Urheberrechts. Noch ist das eine Grauzone. Dass zum Beispiel ChatGPT mit Bücherwissen gefüttert wurde, um sich weiterzuentwickeln, ohne dass es Verträge dazu gegeben hat, ist ein klarer Verstoß gegen das Urheberrecht, gegen den die betroffenen Verlage nun klagen.

Das Gespräch führte Sandra Schmid.

Zwischen Adria und Alpen

SLOWENIEN Das Gastland der Frankfurter Buchmesse blickt auf eine wechselhafte Geschichte. Aktuell kämpft es mit den Folgen der Flutkatastrophe vom August dieses Jahres

Im August ist eine Katastrophe über Slowenien hereingebrochen. Sintflutartige Regenfälle brachten binnen Stunden Bäche und Flüsse zum Überlaufen. Ein Staudamm des Flusses Mur brach, Gerölllawinen gingen an den steilen Hängen der Südalpen ab. Sechs Menschen kamen ums Leben, Zehntausende Haushalte wurden teils über Tage vom Strom abgeschnitten, insgesamt waren 147 der 212 Gemeinden des Landes zwischen Alpen und Adria betroffen. Die Schäden gingen in die Milliarden Euro. Es war, als hätte sich das Unglück im Ahrtal über zwei Drittel von Rheinland-Pfalz erstreckt.

Es war die schlimmste Naturkatastrophe in der noch jungen Geschichte Sloweniens als eigenständiger Staat. In den Wendejahren, in denen überall in Mittel- und Osteuropa das Joch der kommunistischen Diktaturen abgeschüttelt wurde, lösten sich die Slowenen zugleich aus dem jugoslawischen Staatsverband. 1990 fanden erstmals freie Wahlen in der damaligen Teilrepublik statt, aus denen die demokratischen Kräfte als Sieger hervorgingen. Im gleichen Jahr sprach sich eine klare Mehrheit der Slowenen für die Unabhängigkeit aus, die 1991 mit einem Parlamentsbeschluss vollzogen wurde. Eine Intervention durch die jugoslawische „Volksarmee“ wurde in einem kurzen Krieg abgewehrt, dem ersten und mit 75 Todesopfern noch relativ wenig blutigen militärischen Konflikt im zerfallenden Jugoslawien.

Damit hatten die Slowenen erstmals einen eigenen Staat, will man nicht das slawische Fürstentum Karantanien aus dem 7. nachchristlichen Jahrhundert im Raum des heutigen Kärntens als solchen bezeichnen. Im Mittelalter war das Land im Adria-Raum von Venedig geprägt, wovon so manches Löwenwappen in den malerischen Städtchen zeugt. Später war Slowenien Teil des Habsburgerreichs. Städte wie Laibach (Ljubljana), die heutige Hauptstadt, oder Marburg an der Drau (Maribor) atmen südliches Flair, verleugnen baulich aber auch nicht das habsburgische Erbe. Nach dem Zusammenbruch von Österreich-Ungarn 1918 wurde das Gebiet Teil des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen, das zunehmend von Serbien dominiert wurde und später Jugoslawien hieß. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Staat unter Josip Broz Tito unter kommunistischem Vorzeichen wieder hergestellt.

Heute hat Slowenien rund 2,1 Millionen Einwohner. Das Durchschnittsalter ist mit 44,5 Jahren – ähnlich wie in Deutschland – im weltweiten Vergleich hoch. Durch Zuwanderung nimmt die Bevölkerungszahl dennoch zu. Die meisten Einwanderer stammen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens und können sich wegen der



Blick auf die Altstadt und die mittelalterliche Festung der slowenischen Hauptstadt Ljubljana.

© picture-alliance/Zoonar/Gunter Kirsch

In den Wendejahren 1990/91 errang Slowenien seine Unabhängigkeit.

Verwandtschaft der südslawischen Sprachen leicht verständigen. Sie sind als Arbeitskräfte gefragt. Traditionell hat Slowenien eine starke Industrie, wirtschaftlich dominierte die kleine Teilrepublik schon zu jugoslawischen Zeiten den Rest des Staates. Nicht von ungefähr konnte Slowenien schon 2004 der Europäischen Union sowie der Nato beitreten und bald auch den Euro als Währung einführen.

Während es angestammte Minderheiten nur in geringer Zahl gibt – anerkannt sind Ungarn, Italiener und Deutsche –, lebt eine beträchtliche slowenische Diaspora in den Nachbarländern, vor allem in Österreich. Große Teile Kärntens und der Steiermark haben einst slawische Dialekte gesprochen, die im 16. Jahrhundert erstmals durch den protestantischen Prediger Primož Trubar als Slowenisch aufgezeichnet wurden. Besonders Kärnten war nach 1918 zwischen Österreich und Slowenien umstritten, durch Volksabstimmungen wurden die heutigen Grenzen bestätigt. Durch Assimilierung ist die Zahl der Kärntner Slowenen inzwischen auf einige Zehntausend gesunken. Die Spannungen zwischen Teilen der deutschsprachigen Mehrheit und der slowenischen Minderheit, Stichwort Ortstafelstreit, dauerten bis in dieses Jahrhundert

fort. Sie sind inzwischen durch einen vorbildlichen Versöhnungsprozess weitgehend beigelegt. Trotzdem rief die Grünen-Abgeordnete Olga Voglauer im österreichischen Nationalrat noch 2019 einen Eklat mit der rechten FPÖ hervor, als sie eine Rede auf Slowenisch einleitete.

Politisch hat Slowenien ein parlamentarisches System mit einem Staatsoberhaupt, das überwiegend repräsentative Aufgaben hat. Präsidentin Nataša Pirc Musar ist die erste Frau im Amt, aufgestellt wurde die Journalistin und Rechtsanwältin von einer linken Initiative mit Piratenpartei und Grünen. Ministerpräsident ist der Liberale Robert Golob (Freiheitsbewegung). Er war zuvor lange Jahre als Chef eines Energieversorgungsunternehmens tätig. Dass Queresteiger mit neuen, auf sie zugeschnittenen politischen Formationen aus dem Stand ins Parlament und auch an die Regierungsspitze kommen, wie es dem 56 Jahre alten Golob gelang, ist beinahe schon eine Regel. Zuvor haben bereits ein Rechtsanwalt, ein Kommunalpolitiker und Fernsehkomiker dieses Kunststück fertiggebracht. Diesem Trommelwirbel an linksliberalen Shooting Stars steht auf der konservativen Seite Janez Janša als Kontinuum gegenüber. Seit 35 Jahren ist er eine politische Figur. 1988, noch vor dem Fall des Kommunismus in Europa, wurde der damalige Jugendfunktionär bekannt mit regimerekritischen Artikeln. Dafür wurde er zu einer Haftstrafe verurteilt. 1989 war Janša an der Gründung der Slowenischen Demokrati-

schen Union beteiligt, später diente er dem jungen Nationalstaat als Verteidigungsminister und hatte einen Anteil am erfolgreichen Unabhängigkeitskrieg. Der 65 Jahre alte Janša ist eine wichtige, aber auch polarisierende politische Figur. Dreimal hat er das Amt des Ministerpräsidenten in Wahlen errungen und dreimal wieder abgeben müssen. Kritiker halten ihm seine konservativen Positionen, angebliche autoritäre Tendenzen und eine Nähe zum ungarischen Regierungschef Viktor Orbán vor. Er selbst sieht sich als Opfer alter kommunistischer Seilschaften an. 2014 verpasste er wegen einer Haftstrafe eine Wahl. Später stellte das Verfassungsgericht fest,

dass seine Verurteilung wegen Korruption zu Unrecht erfolgt war.

Waffenstillstand im Innern Nach der Jahrhundertflut im August ist etwas geschehen, das in der slowenischen Politik ausgesprochen ungewohnt ist: Die Parteien legten ihren Streit bei. Von einem „Waffenstillstand“ war die Rede. Golob und Janša traten gemeinsam im Fernsehen auf. Janša kündigte die Unterstützung seiner christdemokratischen SDS für ein Notfallgesetz der Regierung an, damit es möglichst schnell in Kraft treten konnte. Es sah unter anderem eine unbürokratische Sofortzahlung für betroffene Haushalte vor. Im Übrigen konnten die Slowenen sehen, dass nicht nur im Inneren zusammengedrückt wurde, sondern auch die Nachbarländer, die EU und die Nato unverzüglich Hilfe leisteten. Die Regierung hat ihre Position dank des beherzten Handelns in der Katastrophe wieder etwas stabilisiert. Sie war seit Jahresbeginn 2023 in den Umfragen kontinuierlich abgesackt. Golob konnte bei seinen wichtigsten Versprechen wie Steuer- und Gesundheitsreform, höhere Renten und leistbares Wohnen, wenig Erfolge vorweisen. Mit seinen steigenden Umfragen dürfte allerdings auch das baldige Ende des innenpolitischen „Waffenstillstands“ eingeleitet sein.

Stephan Löwenstein



Ministerpräsident Robert Golob

Der Autor ist politischer Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ für Österreich und Ungarn.

Wie eine Wabe inmitten der bunten Welt

LITERATURSZENE Der Buchmarkt in Slowenien ist klein, aber sehr lebendig. Vom Gastlandauftritt in Frankfurt erhoffen sich die Veranstalter einen neuen Schub

„Waben der Worte“ – unter dieses ungewöhnliche Motto hat Slowenien seinen Auftritt als Gastland der diesjährigen Frankfurter Buchmesse gestellt. Wer dabei an Bienen denkt, liegt richtig, aber nicht nur, weil das waldrreiche Land gemessen an seinen zwei Millionen Einwohnern so viele Imker hat wie kaum ein anderer EU-Mitgliedstaat. Die Lage des kleinen Landes zwischen Mittelmeerraum, Alpen, Pannonischer Tiefebene und Balkan, am Schnittpunkt von vier europäischen Sprachgruppen – der slawischen, romanischen, germanischen und finno-ugrischen – hat außerdem eine Kultur hervorgebracht, die denen der Bienen sehr ähnelt. Finden zumindest die Organisatoren des Gastlandauftritts: „So wie die Bienen unermesslich weit in die Welt hinausfliegen, um mit einem Tropfen Nektar und einem Pollenkorn heimzukehren, so kamen auch verschiedene kulturelle, künstlerische und intellektuelle Einflüsse in die slowenische Sprache und die slowenische Kultur“, schreiben sie in der Pressebroschüre des Ehrengast-Programms. Und erzählen, dass slowenische Intellektuelle und Schriftsteller wegen der geringen Anzahl Slowenisch sprechender Menschen und der geografischen Lage schon immer traditionell mehrsprachig gewesen seien. Viele von ihnen würden zudem in mindestens einer Fremdsprache schreiben.

„Um in diesem Raum zu überleben, mussten die Slowenen fest in ihrer Kultur verankert und gleichzeitig weltoffen sein“, erklärt Miha Kovac, Professor für Buchwissenschaft an der Universität Ljubljana und einer der Kuratoren des slowenischen Gastlandauftritts. „Die slowenische Literatur war immer am besten, wenn es ihr gelang, dies zu vereinen.“

Riesige Fortschritte Kovac war 1988 zum ersten Mal in Frankfurt, damals gab es am jugoslawischen Stand nur rund 200 Buchtitel aus Slowenien und kein einziges Autorentrecht wurde ins Ausland verkauft. „Heute haben wir jährlich etwa 200 unterzeichnete Verträge für die Übersetzung von slowenischen Büchern – ein riesiger Fortschritt, der größtenteils in den vergangenen 20 Jahren passiert ist“, freut er sich.

In den Frankfurter Messehallen präsentiert sich Slowenien ab dem 18. Oktober in einem 2.300 Quadratmeter großen Ehrengastpavillon – dem Motto folgend in Form einer Wabe, die komplett aus recyceltem oder wiederverwendbarem Material gebaut wurde. Im Zentrum steht eine Ausstellung von aktuellen und übersetzten Titeln slowenischer Autoren und Büchern über das Gastland; ein inhaltlicher Schwerpunkt soll auf Lyrik liegen. Dazu kommt ein buntes Programm mit Lesungen und Kunst-



Bücher slowenischer Schriftsteller in deutscher Übersetzung

© picture-alliance/dpa

stationen in der ganzen Stadt, am 19. Oktober wird etwa die slowenische Band Laibach in der Jahrhunderthalle ein exklusives Deutschland-Konzert geben. Insgesamt werden mehr als 70 Autorinnen und Autoren aus Slowenien in der Messestadt erwartet.

In Titos Jugoslawien war das Land die wirtschaftlich stärkste Republik. Anfang der

1950er Jahre wurde das Monopol des sozialistischen Realismus in der Kunst abgeschafft, das Verlagswesen florierte und modernste Buchdruckereien entstanden. Welchen Stellenwert Literatur in Slowenien hatte und bis heute hat, ist nicht nur daran erkennbar, dass auf den Euromünzen zwei Persönlichkeiten dargestellt sind, die eng mit Büchern verbunden sind: der Dichter

France Preseren und der Priester Primož Trubar, im 16. Jahrhundert Autor des ersten slowenischen Buches. Auch für viele Slowenen ist das Buch sprichwörtlich „die beste Freundin“. Einige kaufen es, aber noch mehr leihen es sich in öffentlichen Bibliotheken aus, von denen es im ganzen Land zahlreiche gibt.

Schon als bekannt wurde, dass Slowenien 2023 als drittes slawisches Land Gastland der Frankfurter Buchmesse sein würde, habe das dem kleinen Buchmarkt einen besonderen Schub verpasst, betonten die Organisatoren. So seien zwischen 2019 und 2022 mehr als 600 slowenische Werke in verschiedene Sprachen übersetzt worden, fast dreimal so viele wie vor Beginn der Vorbereitungen. Etwa ein Fünftel davon sei deutschsprachig gewesen, was für die Autoren besonders wichtig ist, denn auf eine deutsche Übersetzung folgen in der Regel Übersetzungen in andere Sprachen. Den höchsten Anteil daran, nämlich 20 bis 30 Prozent, schätzt Miha Kovac, habe der Philosoph und Kulturtheoretiker Slavoj Žižek von der renommierten Ljubljana Schule für Psychoanalyse. Aber auch Lyrik und Kinderbücher verkaufen sich gut. Autoren wie Drago Jančar, Ales Steger, Andrej Blatnik und Ewald Flisar wurden schon in mehrere Sprachen übersetzt. Ana Marwan, Trägerin des Ingeborg-Bachmann-Preises,

und Maja Haderlap leben beide in Österreich und schreiben ihre Romane und Gedichte schon seit Jahren erfolgreich auf Slowenisch und Deutsch. Der im italienischen Triest lebende Dusan Jelencić schreibt auf Slowenisch und Italienisch. Trotzdem bleibt Slowenien ein äußerst kleiner Buchmarkt und die Verlage haben trotz des wachsenden internationalen Erfolgs slowenischer Literatur zu kämpfen. Ihre Zahl habe sich im Laufe des Jahrzehnts halbiert und die Autorenhonorare seien auf ein Viertel gesunken, schrieben sie 2019 am Welttag des Buches in einem offenen Brief.

Hoffnung auf Wendepunkt Die Organisatoren in Frankfurt hoffen nun, dass der Gastlandauftritt zu einem Wendepunkt wird und das Interesse an Büchern, die in kleineren, „aber lebendigen und dynamischen Buchkulturen entstehen“, weiter verstärkt. „Slowenien“, schreiben sie, wirke wie die Bienen auf den ersten Blick „klein und marginal“. Doch bei beiden trüge der Schein: „Die Welt ist groß, schön und bunt, vor allem dank marginaler Lebewesen und Kulturen.“

Milan Ilic berichtet als Auslandskorrespondent aus Wien für die slowenische Tageszeitung „Delo“.

KURZ REZENSIIERT

Nicht einen Schritt weiter nach Osten
 Mary Elise Sarotte: Nicht einen Schritt weiter nach Osten. Amerika, Russland und die wahre Geschichte der Nato-Osterweiterung.
 C.H. Beck, München 2023; 397 S., 28,00 €

„Michail Sergejewitsch irrt sich“, sagte Eduard Schewardnadse. „In meinem Ministerium oder sonst wo haben wir nie über eine Nato-Osterweiterung als Gegenleistung für die deutsche Einheit gesprochen.“ Damit widerlegt der frühere sowjetische Außenminister die in Russland verbreitete Lüge, die Amerikaner hätten Gorbatschow als Entschädigung für die deutsche Einheit den Verzicht auf die Nato-Osterweiterung versprochen. Als Folge für seine Behauptungen diene Wladimir Putin Egon Bahr. Der russische Präsident zitierte in einem Interview mit „Bild“ am 11. Januar 2016 den SPD-Politiker, der angeblich bei einem Besuch 1990 in Moskau bestätigte hatte, dass es keine Osterweiterung geben werde. Bahr, der 1990 kein politisches Mandat innehatte, starb 2015 und konnte sich zu Putins Aussagen nicht mehr äußern. Tausende Seiten Archivmaterialien, Interviews und Erinnerungen hat die amerikanische Historikerin Mary E. Sarotte durchforstet, um zu klären, warum es nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zur Nato-Osterweiterung kam. In ihrer herausragenden historischen Studie legt sie überzeugend dar, dass weder die USA noch die Nato die treibende Kraft waren, um die „Öffnung“ der Allianz zu realisieren. Allein die instabile Innenpolitik Russlands hatte Ängste der Osteuropäer vor der Auferstehung eines russischen Imperiums geweckt. Der brutale Krieg des Jelzins-Regimes gegenüber dem separatistischen Tschetschenien (1994-1995) bestätigte alle Befürchtungen. US-Präsident Bill Clinton konnte sich nicht gegen das „moralische und souveräne Recht“ der mittel- und osteuropäischen Staaten stellen und befürwortete schließlich deren Entscheidung, „so schnell wie möglich der Nato beizutreten“.

Am Ende ihres Buches spekuliert die Historikerin, ob es Wege gegeben hätte, um Russland erfolgreich in eine globale Sicherheitsordnung einzubinden. Fest steht: Geschichte wird nicht im Konjunktiv gemacht. manu ||

Wendepunkte
 Am Übergang zum autoritären Jahrhundert.
 Ulrich Menzel.
 Edition Suhrkamp, Berlin 2023; 349 S., 20,00 €

Ohne die Ostpolitik der Bundeskanzler Willi Brandt (SPD) und Helmut Schmidt (SPD) hätte es keine Wiedervereinigung gegeben, ist sich der Braunschweiger Politikwissenschaftler Ulrich Menzel sicher. „Unter einem Putin“ hätte sich das Fenster der Gelegenheit für die deutsche Einheit „nie geöffnet“. Laut Menzel setzten Helmut Kohl (CDU) und Angela Merkel (CDU) nur die Politik ihrer Vorgänger fort; auch deshalb seien weder Gerhard Schröder (SPD) noch Merkel bereit, „sich von dieser Politik zu distanzieren“. Wichtiger sei die Frage, warum sich Putin stark genug gefühlt habe, die Ukraine anzugreifen. Schließlich widerspreche sein Verhalten allen Gewissheiten, dass es einen solchen Krieg im Herzen Europas im 21. Jahrhundert nicht mehr geben werde. Menzel sieht die Welt in einer Übergangsphase hin zu einem autoritären Jahrhundert: Am Anfang stehe der „Abstieg der USA als globale Führungsmacht“. Dieser Moment der „relativen Schwäche der USA“ dürfte bei Putins Entscheidung für den Ukraine-Krieg eine Rolle gespielt haben. Hinzu komme die wirtschaftliche Dimension: Die Globalisierung habe ein Ausmaß erreicht, wonach jede Störung der Lieferketten zu einer Weltwirtschaftskrise führen könne. Eine dritte Paradoxie kennzeichne diese Wendezeit: Während in den liberalen Staaten Rechtspopulisten die Parlamente kaperen, kämpfen die Menschen in den Despotien für demokratische Reformen. Menzels Fazit: „Der Westen sollte Abschied nehmen von seinem Missionarismus, das westliche Modell in autoritär geführten Ländern mit Anreizen, Druck oder gar Gewalt durchzusetzen.“ Im Schlusskapitel seines empfehlenswerten Buches verweist Menzel auf die Verschiebung des internationalen Systems in Richtung „Ost-West-Konflikt 2.0“ mit China und den USA als Zentralmächten. Entsprechend handle es sich bei Putins Krieg auch um einen Stellvertreterkrieg um die Zukunft der Welt: entweder nach autoritärem oder liberalem Muster. manu ||



Chinas Präsident Xi Jinping und US-Präsident Joe Biden beim G20-Treffen in Bali im November 2022. © picture-alliance/AP/Alex Brandon

Kontrahenten

CHINA Experten warnen vor den neuen Blockbildungen und der Gefahr eines dritten Weltkriegs

Chinas Wirtschaftswunder und sein Aufstieg innerhalb einer Generation von einem der ärmsten Länder zur Supermacht wurde hierzulande bereits in einem Dutzend guter Bücher beleuchtet. In einer neuen Welle aktueller Publikationen stehen vor allem sicherheitspolitische Themen im Vordergrund: Chinas Aspirationen werden als akute Bedrohung einer stabilen globalen Entwicklung betrachtet. Peking gilt den Autoren nicht nur als „Systemgegner“, sondern als Flaggschiff in einer globalen Auseinandersetzung zwischen einem autoritären und einem demokratischen Weg. Der China-Kenner Matthias Naß, langjähriger Asien-Korrespondent der Wochenzeitung „Die Zeit“, analysiert Chinas Sicherheitspolitik in seinem gut geschriebenen Buch „Kollision“. Er geht der Frage nach, warum China so dramatisch aufrüstet.

Josef Braml, Mathew Burrows:
Die Traumwandler. Wie China und die USA in einen neuen Weltkrieg schlittern.
 C.H. Beck, München 2023; 198 S., 18,00 €

Schließlich gehörten seine Raketenbestände schon heute zu den größten weltweit, die Zahl der Nuklearsprengköpfe wachse. Kritisch bewertet Naß die europäische und die deutsche China-Politik und will geklärt wissen, ob unsere Sicherheit auch im Indopazifik verteidigt werden soll. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine habe zu einem neuen Kalten Krieg

Matthias Naß:
Kollision. China, die USA und der Kampf um die welpolitische Vorherrschaft.
 C.H. Beck, München 2023; 282 S., 26,90 €

rücken lassen und gestärkt. Im Kern gehe es darum zu klären, in welcher Ordnung wir künftig leben werden: In einer Demokratie oder in einer Autokratie. Die Verteidigung der Demokratien beginnt mit Taiwan. „Natürlich wäre Peking eine einvernehmliche, friedliche Wiedervereinigung am liebsten. Aber die Bürger Taiwans möchten nun einmal nicht zur Volksrepublik gehören“, betont Naß. „Dann werde man sie wohl zwingen müssen, notfalls mit militärischer Gewalt“, wie die kommunistische Führung immer wieder verkünde. Über die Mittel für eine Intervention gegen Taiwan verfüge Peking. Allerdings werde China dafür einen enorm hohen politischen und wirtschaftlichen Preis zahlen müssen. Acht der zehn größten Wirtschaftspartner Chinas seien westliche Demokratien, die sehr wahrscheinlich harte Wirtschaftssanktionen gegen den Aggressor verhängen würden. Damit „wären die Erfolge von vierzig Jahren Reform und Öffnungspolitik gefährdet“.

Vergleich mit 1914 Dieser Argumentation folgen der deutsche Politikwissenschaftler Josef Braml und der frühere US-Geheimdienstler Mathew Burrows, der sich in der Washingtoner Administration mit der Entwicklung sicherheitspolitischer Szenarien beschäftigte. Sie stellen zu Recht fest, dass im Unterschied zum Krieg Russlands gegen die Ukraine eine militärische Auseinandersetzung zwischen den USA und China wegen Taiwan „mit ziemlicher Sicherheit einen Weltkrieg auslösen“ würde. Braml und Burrows warnen vor einer Politik der „Entkopplung von China“ und der „Abschaffung der Globalisierung“. Dies könne nicht die Antwort sein. Weitere Blockbildungen und Konfrontationen würden die Menschheit nur weiter von einem gemeinsamen Kampf gegen den Klimawandel entfernen. Als wichtigster Schlüsselfaktor gegen eine Entwicklung hin zu einem dritten Weltkrieg gilt den Autoren eine Beendigung des Ukraine-Krieges: Ein gerechtes Friedensabkommen und eine stabilere europäische Ordnung „würde einen Präzedenzfall für die friedliche Beilegung von Differenzen zwischen den USA und China schaffen“. Die Politikwissenschaftlerin und Sinologin Janka Oertel will im nächsten Jahr für die Grünen als Kandidatin für die Europawahl antreten. Sie glaubt zu wissen, wie „wir mit Pekings Machtanspruch umgehen müssen“. Nach etwas langatmigen Ausführungen über die Aufgaben einer wissenschaftlichen Politikberatung kommt sie endlich zum Punkt und mahnt eine „breite gesellschaftliche Debatte über Deutschlands künftigen Umgang mit Xi Jinpings China“ an. In ihrem Buch findet der Leser jedoch vor allem längst Bekanntes. Unklar bleibt bis zuletzt, wer genau der chinesischen Illusion auf den Leim ging. Aschoth Manutscharjan ||

Janka Oertel:
Ende der China-Illusion. Wie wir mit Pekings Machtanspruch umgehen müssen.
 Piper, Berlin 2023; 304 S., 24,00 €

KURZ REZENSIIERT

Chris Miller:
Der Chip-Krieg. Wie die USA und China um die technologische Vorherrschaft auf der Welt kämpfen.
 Rowohlt, Berlin 2023; 500 S., 30,00 €

Der Puls der Gegenwart schlägt im Gigahertz-Takt. Mikrochips steuern fast alles um uns herum, ob nun im Computer, im Auto oder in Drohnen und Marschflugkörpern. Auch hinter der Revolution im Bereich der Künstlichen Intelligenz steckt vor allem eines: Rechenpower der Halbleiter. Chips sind, wie der Historiker Chris Miller deutlich macht, eine strategische Ressource. Dass er im Titel seines Buches von einem „Chip-Krieg“ spricht, ist nach der Lektüre umso verständlicher. So versuchen die USA und andere Länder, China vom Zugang zu modernster Chipstechnologie auszuschließen, während das Reich der Mitte wiederum versucht, die eigene Industrie auf den neuesten Stand zu bringen. Leicht ist das nicht: Um allein den Laser der modernsten EUV-Lithografie-Systeme nachzubauen, müssen laut Miller 457.329 Teile „perfekt identifiziert und zusammengesetzt werden“. Die Systeme erlauben es, Schaltkreise noch kleiner zu bauen und noch mehr Rechenpower zu erzeugen. Hergestellt wird diese Maschine einzig von der niederländischen Firma ASML – und die darf diese Geräte nicht nach China exportieren. Das Beispiel zeigt auch: Die Chip-Infrastruktur ist globalisiert und anfällig. Miller verweist etwa darauf, dass der bedeutendste Chipproduzent der Welt, die Taiwan Semiconductor Manufacturing Company Limited, auf eben jenem Eiland sitzt, das von China beansprucht wird, gern auch mit militärischen Drohgebärden. Doch es braucht keinen heißen Konflikt, schon die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, wie verletzlich Lieferketten sind. Weil in Asien die Fabriken geschlossen waren, fehlten in deutschen Auto-Werken die Chips – und die Bänder standen still. So liefert Miller, der seine Geschichte im Kalten Krieg beginnt, einen spannenden Hintergrund, um zu verstehen, warum die Bundesregierung just Milliarden Euro an Subventionen auslobt, um Chiphersteller nach Deutschland zu locken. Sören Christian Reimer ||

Homeira Qaderi:
Dich zu verlieren oder mich.
 Arche Verlag, Hamburg/Zürich 2023; 240 S., 22,00 €

Würden wir uns mehr mit Afghanistan befassen, wäre Homeira Qaderi hierzulande keine Unbekannte. Sie ist eine der führenden Frauenrechtlerinnen des Landes, zehn Jahre war sie als Beraterin afghanischer Ministerien tätig. Nach dem Fall Kabuls an die Taliban im August 2021 schaffte sie es dank internationaler Hilfe in die USA. Heute forscht die Literaturwissenschaftlerin an der Harvard University. Wer ihr erstes in Deutsche übersetzte Buch liest, erfährt eine bewegende Geschichte, an der vieles stellvertretend für zehntausende Afghaninnen steht. Sie handelt von einer Kindheit unter russischer Besatzung, einem Leben im Bürgerkrieg; davon, wie überraschend die erste Machtübernahme der Taliban 1995 im westafghanischen Herat kam. Für die 13-jährige Homeira bedeutete der Regimewechsel: Sie durfte nicht mehr allein auf die Straße. Dass sie sich nicht stoppen ließ, bezahlte sie mit der Erfahrung sexueller Gewalt, nicht das erste Mal in ihrem Leben. Doch sie lässt sich nicht stoppen: Schon als Teenager bringt sie Menschen Lesen und Schreiben bei. Fast alle sind Frauen, doch auch ein junger Talib ist unter ihnen. Die beiden verlieben sich – was er, so muss man vermuten, mit dem Leben bezahlt. Den härtesten Kampf jedoch führt Qaderi als Mutter. Mit 17 Jahren wird sie verheiratet mit einem Mann, den sie trotz arrangierter Ehe lernen zu lieben. Das Paar lebt lange im Iran, wo Homeira Qaderi persische Literatur studiert und promoviert. Zurück in Kabul nimmt ihr Ehemann sich eine zweite Ehefrau. Als sie das nicht akzeptiert, beantragt er die Scheidung und verweigert ihr jeden Kontakt zu dem gerade mal eineinhalb Jahre alten Sohn. Über Jahre kämpft Homeira vor afghanischen Gerichten um ihn. Vergeblich: Wo Frauen nicht gehört, gehören ihnen auch ihre Kinder nicht. Die Erinnerungen an diese Zeit werden durch eindringliche Briefe an ihr unerreichbares Kind illustriert. Heute lebt ihr Sohn mit ihr in den USA. Jeannette Goddar ||

In Geiselhaft der Zaren

UKRAINE Mikhaïl Zygar beschreibt den langen Kampf des Landes um seine Eigenständigkeit

2021 wartet der russische Präsident mit einem merkwürdigen Aufsatz auf: Unter der Überschrift „Zur historischen Einheit von Russen und Ukrainern“ legte der Zeitvertreib-Historiker im Kreml der Welt dar, dass die Ukraine eine Schöpfung Lenins sei, ihr Nationalismus eine Erfindung der Habsburger und dass das Nachbarland im Begriff sei, von den USA als „Anti-Russland“ gegen Moskau in Stellung gebracht zu werden. Mikhaïl Zygar, einst Chefredakteur des oppositionellen russischen TV-Kanals „Doshchd“, heute im Exil in Berlin, hat sich vorgenommen, mit solchen Verdrehungen und Mythen aufzuräumen. Sein Buch „Krieg und Sühne“ skizziert nicht nur die lange und wechselvolle Geschichte der Ukraine im östlichen Europa zwischen Russland, Polen-Litauen, dem Habsburger und dem Osmanischen Reich: Es blättert die Entstehung ukrainischer Staatlichkeit mit und vor allem gegen Russland in all ihren Facetten auf, die Putins Apologeten so vehement bestreiten. Dessen Aufsatz ist ja nicht einfach Ausfluss „einer seltamen Mischung aus orthodoxen Mystizismus, antiamerikanischen Verschwörungstheorien und Hedonismus, Paläste, gehobene Küche, seltene Weine“, wie Zygar schreibt. Die Ablehnung einer eigenständigen Ukraine habe in Russland eine lange Tradition. Sie reicht zum Beispiel zurück bis

ins Jahr 1674, als ein deutscher Mönch namens Innozenz Giesel ein geeintes großrussische Volk der „Kiewer Rus“ imaginierte und damit eine „Russische Welt“ schuf, auf die man sich in Moskau heute beruft. Auch aus einer anderen Denkfigur lässt Zygar mächtig Luft raus: Moskau als „drittem Rom“ und Nachfolger der römischen Kaiser. Waräger entgegen, deren Nachfahren im Fürstentum Moskau ihren Aufstieg als belflossene Steuereintreiber der mongolischen „Goldenen Horde“ bewerkstelligen.

Eigensinn Bevor Zar Peter die Ukraine im 18. Jahrhundert in das Russische Reich eingliederte und ihr die Leibeigenschaft aufzwang, war das Herrschaftsgebiet der Saporoger Kosaken ein Land, in dem die Bauern frei waren und der Anführer, der Hetman, in Versammlungen bestimmt wurde. Auch Peters Nachfolgerin Katharina störte sich an ukrainischem Eigensinn: „Die Provinzen müssen russifiziert werden, damit sie aufhören wie ein Wolf in den Wald zu starren.“ Im späten 19. Jahrhundert gingen die Romanows schließlich so weit, die ukrainische Sprache zu verbieten.

Zygars Buch bietet ein gut lesbare Reise durch die Kultur- und Literaturgeschichte. Auch hier begegnet dem Leser großrussi-

Mikhaïl Zygar:
Krieg und Sühne. Der lange Kampf der Ukraine gegen die russische Unterdrückung.
 Aufbau, Berlin 2023; 540 S., 32,00 €

und der Holodomor, das Aushungern von Millionen Ukrainern im Zeichen von Stalins Industrialisierung, der Aufstieg des Breschnew-Netzwerks aus dem ukrainischen Dnipropetrowsk ins sowjetischen Politbüro der 1960er Jahre, der Weg in die Unabhängigkeit 1991, die Krim-Besetzung 2014 und der von Russland befeuerte Bürgerkrieg im Osten des Landes.

Menetekel Zwei Aussagen Putins ziehen sich wie ein Menetekel durch das Buch, Zygar kommt immer wieder darauf zurück. Man müsse sich um die Ukraine kümmern, anderenfalls „verlieren wir sie“, so der russische Staatschef, der damit einen Satz Stalins wiederholt. 2009 wirft Putin dem Westen nach dem Nato-Gipfel in Bukarest einen weiteren Satz vor die Füße: „Wenn die Ukraine der Nato beitrifft, dann wird sie das ohne die Krim und den Osten tun.“ In einem Punkt lässt Zygar keinen Zweifel: Russlands Imperium ist mit dem Krieg gegen die Ukraine unumkehrbar Geschichte. Für seine Landsleute stelle sich die Aufgabe, sich von der chauvinistischen Droge zu befreien. „Wir müssen aufhören zu glauben, dass wir etwas Besonderes sind, aufhören uns als Zentrum der Welt zu sehen, als ihr Gewissen, ihre Quelle der Spiritualität. Das ist alles Blödsinn.“ Alexander Heinrich ||



Revolution in schwarz-rot-gold: Barrikadenkampf in den Straßen von Berlin am 18./19. März 1848 auf einer zeitgenössische, kolorierte, Lithografie

© picture-alliance/akg-images

Explosionen überall

1848 Christopher Clark zeichnet ein differenziertes Bild des europäischen Revolutionsjahres

Das Gedenkjahr 2023 neigt sich langsam dem Ende zu und kaum jemand nahm die Revolutionen wahr, die vor 175 Jahren fast ganz Europa erfasst haben. Bildeten die Aufstände, Proteste und Umwälzungen von 1848 doch einen, wenn auch kurzen, aber heftigen politischen Flächenbrand, den der alte Kontinent bis dahin so noch nicht erlebt hat. Aber die Ursachen, der Verlauf und die Folgen dieser Erhebungen sind im europäischen Vergleich bisweilen so komplex, dass sich die allermeisten Darstellungen zur 48er-Revolution auf die jeweiligen nationalen Ereignisse, Strukturen und Phänomene beschränken. Ganz abgesehen davon, dass sie in den Augen der damaligen Zeitgenossen und vieler Historiker als gescheitert betrachtet und deren besonderer Charakter unterschätzt wird. Schließlich blieben die Fürsten am Ende auf ihren Thronen und es folgten harte Repressionen sowie eine umfassendere Überwachungs- und potenziell revolutionärer Umtriebe. Der australische und in Cambridge lehrende Historiker Christopher Clark wäre nicht der Autor der provokativen „Schlafwandler“ oder der kritisch-konstruktive Chronist der preußischen Geschichte, wenn er auch in

dieser über 1.000 Seiten starken Gesamt-schau nicht gegen den Strom schwimmen würde. Die Revolutionen seien nicht per se gescheitert und viele Probleme von damals seien auch heute noch aktuell – so seine zentralen Thesen. Man muss nur genau hinschauen und analysieren. Das nimmt er sich vor und betrachtet eine Vielzahl exemplarischer und besonderer revolutionärer Erscheinungen, die jedoch selten auf einen Nenner zu bringen sind, geschweige denn linear oder kausal erklärt werden können. Clark ist sich dieser Herausforderung durchaus bewusst und versucht ideen- und ereignisgeschichtlich sowohl die Sonderwege als auch die verbindenden Pfade der revolutionären Ereignisse freizulegen. Wirtschaftliche Not und Hunger in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sieht er jedenfalls nicht als Vorboten der Umwälzungen, sondern lediglich als Brandbeschleuniger. Miteinander konkurrierende gesellschaftliche und politische „Ordnungskonzepte“ wie etwa der Liberalismus, Sozialismus und Konservatismus, die Religion und

der Nationalismus bilden für ihn den idealen „Zündstoff“, der im Vormärz schließlich zur ersten bedrohlichen Konfrontation mit den alten Mächten führte und im Frühjahr 1848 schließlich „Explosionen“ in vielen europäischen Monarchien auslöste. Clark beschreibt die revolutionären Auseinandersetzungen sehr plastisch und macht die Motive sowie die Handlungsspielräume der Akteure auf beiden Seiten der Barrikaden klar erkennbar. Clark entfaltet ein überwältigendes Panorama der Ereignisse und weist zu Recht darauf hin, dass sich in ganz Europa die Forderungen nach Verfassungen, Freiheitsrechten und demokratischen Strukturen vielfach glichen. Gleichwohl deuteten sich von Anfang an überall erste Risse an und es zeigte sich, dass die Revolutionäre von 1848 auf die mehr oder weniger gewaltsam herbeigeführten Veränderungen weder organisatorisch noch politisch vorbereitet waren. Der Regimewechsel erfolgte zwar in kürzester Zeit und europaweit in vielfältigen Formen, war aber überall höchst fragil. Den verschiede-

nen neuen „Parteien“ fehlte es schließlich an gesellschaftlichem Rückhalt und Zusammenhalt, um die Macht der alten Regime wirklich zu brechen.

Disparate Verhältnisse Clark gelingt es nur bedingt, ein Muster in den verschiedenen revolutionären Bewegungen und der Gegenrevolution zu beschreiben. So bleibt er meist in der parallelen Schilderung der regionalen und nationalen Geschehnisse gefangen. Diese zeigen jedoch, wie disparat sich die politischen Verhältnisse und Reaktionen in den verschiedenen europäischen Regionen darstellten. Vielen Lesern wird hier wohl erstmals bewusst, dass die europäischen Revolutionen von Portugal bis in die Walachei und Russland reichten

und auch in den USA, Lateinamerika und Australien ihre Spuren hinterließen. Auch dass in der Folge von 1848 teilweise Verfassungen in Kraft blieben und die Förderung des materiellen Fortschritts den politischen Frieden sichern sollten, ist vielleicht nicht immer bekannt. Die erstaunliche Gleichzeitigkeit der Revolutionen kann Clark jedoch nicht erklären, wohl aber aufzeigen, dass etwa die Fragen nach sozialer Gerechtigkeit oder nach neuen Formen politischer Beteiligung und der gewaltsamen Bedrohung demokratischer Institutionen weiterhin virulent sind. Allerdings hätte er es hier nicht bei oberflächlichen Analogien belassen sollen wie etwa mit dem Vergleich der Erstürmung des Kapitols 2021 und den Tumulten von 1848. Er hätte vielmehr die Strukturen und Verhältnisse von damals mit denen von heute konkreter vergleichen können. Schließlich sind die letzten 175 Jahre nicht spurlos an den Gesellschaften Europas vorübergegangen. Und es wäre interessant zu sehen, wie wir aus den verpassten Chancen, den Dissonanzen, der Unübersichtlichkeit und Uneinheitlichkeit von 1848 lernen und es besser machen können. Clarks Panorama liefert dazu ein breites historisches Wissen, aber keine Perspektiven für die Gegenwart und Zukunft.

Die Revolutionen reichten von Portugal bis in die Walachei und Russland.

Christopher Clark:
Frühling der Revolution. Europa 1848/49 und der Kampf für eine neue Welt.
Deutsche Verlags-Anstalt, München 2023; 1.168 S., 48,00 €

KURZ REZENSIIERT

Johannes Ehrmann:
Söhne der Freiheit. Eine deutsche Einwanderfamilie und die Gründung der Vereinigten Staaten.
Klett-Cotta, Stuttgart 2023; 320 S., 25,00 €

Der erste Sprecher des US-Repräsentantenhauses im Jahr 1789 war deutscher Herkunft. Sein Name: Friedrich Mühlberg. Oder eben Frederick Muhlenberg, wie die Amerikaner sagen. Seine Geschichte und die seiner Familie präsentiert der „Zeit“-Journalist Johannes Ehrmann in „Söhne der Freiheit“.

Die deutschen Einwanderer und ihre Nachkommen stellen am Vorabend der amerikanischen Revolution rund zehn Prozent der Einwohner in den 13 Kolonien, in Pennsylvania gar ein Drittel. Sie gelten als fleißige Handwerker und Bauern, ganz geheimer sind sie den englischsprachigen Kolonisten jedoch nicht. Benjamin Franklin wartet in der 1750er Jahren gar vor Überfremdung durch die „pfälzischen Bauerntölpel“.

Nach anfänglicher Reserviertheit gegenüber den nach Unabhängigkeit strebenden Revolutionären wandeln sich die Deutschen mehrheitlich zu überzeugten amerikanischen Patrioten. Begleitet wird dieser Prozess von heftigen Kontroversen, die mitunter quer durch die Familien verlaufen. Friedrichs Vater Heinrich Melchior Mühlberg, ein sittenstrenger lutherischer Pastor, der 1742 von seinen Kirchenoberen nach Pennsylvania entsandt wird, um sich um das Seelenheil der deutschen Protestanten zu kümmern, lehnt die Ideen der Revolution zunächst schon deshalb ab, weil sie sich nicht auf Gott, sondern auf das Naturrecht des Menschen beruft. Sein Sohn Peter hingegen, der ebenso wie seine Brüder Friedrich und Heinrich als Pastor in die Fußstapfen des Vaters tritt, wechselt im Unabhängigkeitskrieg den Talar gegen die Uniform eines Generals in Washingtons Armee. Eine politische Karriere schließt sich an.

Das Wirken und die Gedanken der deutsch-amerikanischen Mühlbergs ist der Nachwelt in Briefen und den umfangreichen Tagebüchern Heinrich Melchior Mühlbergs erhalten geblieben. Johannes Ehrmann hat diese Quellen zu einer süffigen Geschichts-Doku verarbeitet.

Alexander Weinlein

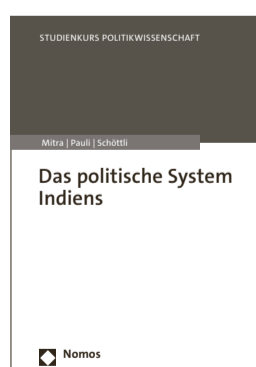
Christina Morina:
Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er Jahren.
Siedler, München 2023; 400 S., 28,00 €

Ausgerechnet in jenem Teil Deutschlands, in dem sich die Menschen vor rund 30 Jahren die Demokratie selbst erkämpften, schneidet eine Partei wie die AfD bei Wahlen überproportional besser ab und hat das Vertrauen in demokratische Institutionen deutlich mehr Schaden genommen als im Westen. Diesem Paradoxon versucht Christina Morina in ihrem bemerkenswerten Buch „Tausend Aufbrüche“ auf den Grund zu gehen. Herausgekommen ist nicht weniger als eine Demokratiegeschichte der Deutschen in Ost und West seit den 1980er Jahren, genauer gesagt eine Demokratiegeschichte „von unten“, eine der „ganz normalen Bürgerinnen und Bürger“. Um dies zu bewerkstelligen, ist Morina ihrer Profession als Historikerin folgend in die Archive gegangen und hat Briefe von Bürgern an die Bundespräsidenten Karl Carstens und Richard von Weizsäcker, Bürgerpost an die Staats- und Parteiführung und Medien der DDR sowie Petitionen, Flugschriften, Unterschriftensammlungen aus der Wendezeit und Bürgerbeschreiben an die 1992/93 tagende Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat ausgewertet. Großen Wert legt Morina auf die Feststellung, dass auch in der diktatorischen „Volksdemokratie“ der DDR eine Demokratiegeschichte vor 1989 existiert. In Initiativen wie „Aufbruch 90“ oder „Forum für direkte Demokratie“ habe sich dann eine „unbändige, demokratieheuerige Fantasie“ ausgelebt. Und die AfD? Die von Politikern aus dem Westen gegründete Partei habe es verstanden, den Ruf „Wir sind das Volk“ zu okkupieren, sich als einzig verbliebene Partei zu gerieren, die für direktdemokratische Elemente eintritt, und knüpfe an den systemstürzerischen Erfahrungen der Menschen im Osten an, befindet Morina. Und der verordnete Antifaschismus der DDR habe die Menschen anfälliger für rechtsextremistische und rassistische Einstellungen gemacht.

aw

Anzeige

Einführung in die Politik der größten Demokratie der Welt



Das politische System Indiens

Von Prof. em. Dr. Subrata K. Mitra, Ph.D. (Rochester), Ass.-Prof. Dr. Markus Pauli und Ass.-Prof. Dr. Jivanta Schöttli
2024, ca. 250 S., brosch., ca. 25,- €
ISBN 978-3-8487-7325-1
E-Book 978-3-7489-1333-7
(Studienkurs Politikwissenschaft)
Erscheint ca. März 2024

Fundierte Kenntnisse über Indien – der größten Demokratie der Welt – sind unerlässlich. Das Buch analysiert die indische Politik, deren Institutionen und zentrale Politikentscheidungen, insbesondere die Herausforderungen, Chancen und Lösungsansätze des bevölkerungsreichsten Landes der Welt im Hinblick auf Regierungsführung und Wohlstand.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Ehrenrettung für die 48er

GESCHICHTE Heinrich August Winklers Sicht auf die deutschen Revolutionen

Die Revolution von 1848 hatte lange Zeit nicht den besten Ruf – ihre führenden Vertreter galten weithin als weiltfremd und durchsetzungsschwach. Besonders deutlich wird dies ausgerechnet in der Paulskirche in Frankfurt am Main, wo das um 1990 geschaffene Wandbild „Der Zug der Volksvertreter“ von Johannes Grützke die Abgeordneten der ersten deutschen Nationalversammlung fast schon verhöhnt. Heinrich August Winkler hat jetzt zum 175. Jahrestag des Beginns der 48er-Revolution den Versuch einer Ehrenrettung vor allem der gemäßigten Kräfte im Paulskirchenparlament unternommen. In dem schmalen Band „Die Deutschen und ihre Revolution“ legt er überzeugend dar, dass die doppelte Aufgabe, sowohl die Einheit als auch die Freiheit Deutschlands durchzusetzen, die Revolution überfordert habe. Während in Ländern wie Frankreich und England „die nationale Vereinheitlichung über Jahrhunderte hinweg das Werk von Königen und Ständeversammlungen“ gewesen sei, habe man in Deutschland den staatlichen Rahmen für Demokratie und Freiheit erst noch schaffen müssen. Das habe sich 1848/49 vor allem wegen der ungeklärten Rolle des multinationalen Habsburgerreichs als unmöglich erwiesen, schreibt Winkler.

Vor diesem Hintergrund bewertet er die Wirkungen der 48er Revolution durchaus positiv. Es sei klar geworden, dass nur eine „kleindeutsche“ und später von Bismarck durchgesetzte Lösung der nationalen Frage unter Führung Preußens realistisch war. Auch sei Preußen mit seiner 1849 vom König oktroyierten Verfassung „dem Liberalismus ein beträchtliches Stück entgegenkommen“. Neben 1848/49 behandelt Winkler die Revolutionen 1918/19 und 1989/90. Zudem beleuchtet er auch Bismarcks „Revolution von oben“ in den Jahren 1866 bis 1871 und die Machtübernahme durch Hitler 1933. Viel Aufmerksamkeit widmet er den jeweiligen außenpolitischen Rahmenbedingungen, die in anderen Darstellungen

oft etwas zu kurz kommen. Für die friedliche Revolution in der DDR hatte das außenpolitische Umfeld überragende Bedeutung, denn ohne die Veränderungen in der Sowjetunion hätte sich die Revolution entweder gar nicht erst entwickelt oder wäre niedergeschlagen worden wie der Aufstand des 17. Juni 1953, der Ungarn-Aufstand 1956 oder die Solidarnosc-Bewegung 1981 in Polen. „Es war Gorbatschows Abkehr von der überkommenen Praxis des Marxismus-Leninismus, die die Autorität der Partei- und Staatsführungen des Ostblocks untergrub, und das besonders stark in Staaten, die sich gegen Glasnost und Perestroika wehrten“, so Winkler. Aber auch 1848/49 und 1918/19 spielten außenpolitische Faktoren eine zentrale Rolle. 1848 wäre das erste gesamtdeutsche Parlament ohne die militärische Macht Preußens dem Griff Dänemarks nach Schleswig wehrlos ausgeliefert gewesen. 1919 war es wiederum der harte Frieden von Versailles, der für die in den Monaten zuvor errungene Demokratie zur schweren Hypothek wurde. Winkler, der vielen als Doyen der deutschen Neuhistoriker gilt, hat eine lesenswertere kleine Buch geschrieben, das so manches Fehlurteil über die Revolution von 1848/49 korrigiert.

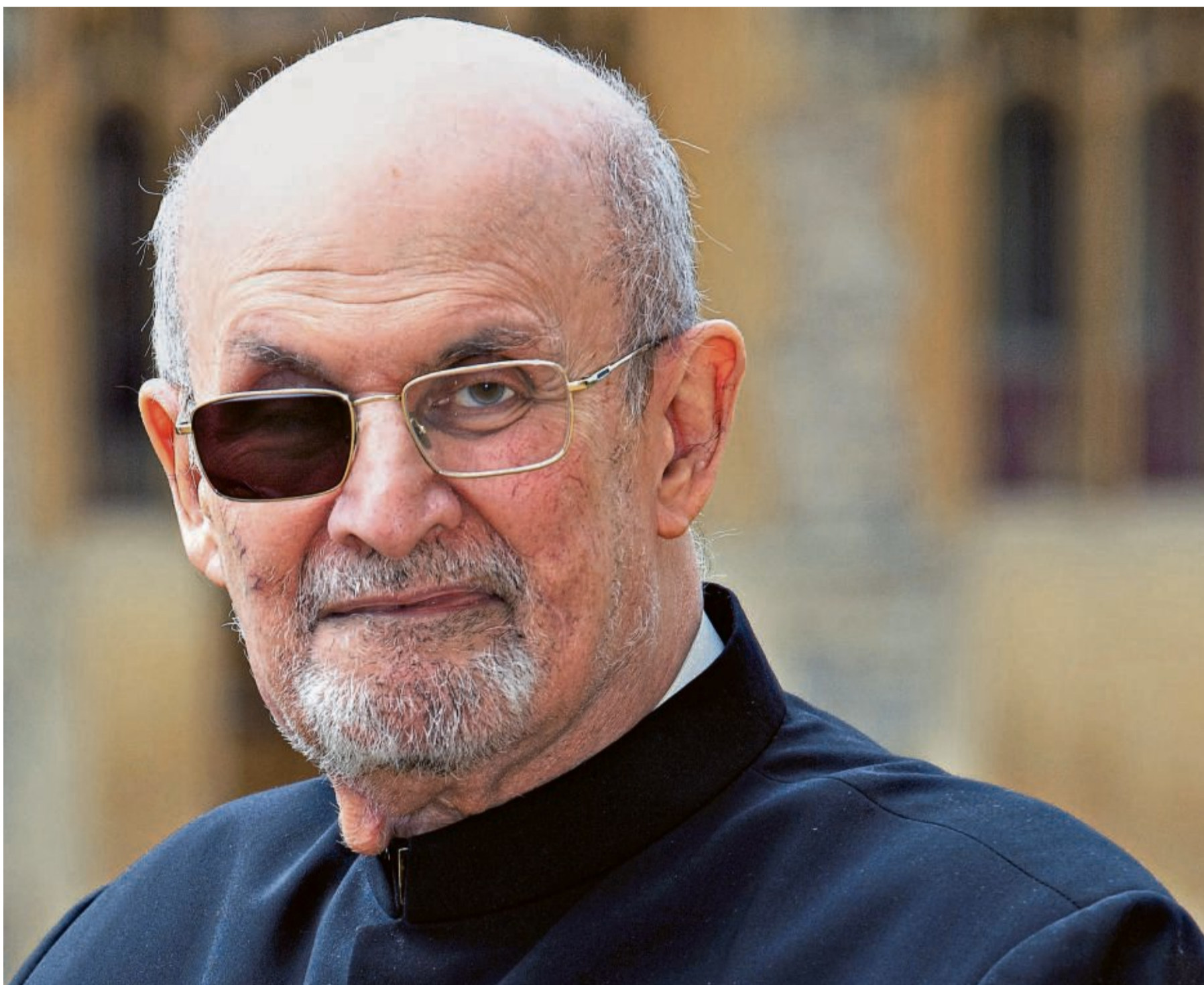
Heinrich August Winkler:
Die Deutschen und die Revolution. Eine Geschichte von 1848 bis 1989.
C.H. Beck, München 2023; 176 S., 24 €



Joachim Riecker

Worte sind die Sieger

SALMAN RUSHDIE Der britisch-indische Schriftsteller wird als einer »der leidenschaftlichsten Verfechter der Freiheit des Denkens und der Sprache« mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet



Der britisch-indische Schriftsteller Salman Rushdie

© picture-alliance/Photoshot

Es war ein absolutes Novum in der Geschichte der Frankfurter Buchmesse: 1989 wurde mit dem Iran erstmals ein Land komplett von der Messe ausgeschlossen. Auslöser für die Entscheidung war das am 14. Februar 1989 in einer sogenannten Fatwa ausgesprochene Todesurteil des iranischen Staatsoberhauptes und schiitischen Ayatollahs Ruhollah Chomeini gegen den britisch-indischen Schriftsteller Salman Rushdie. Chomeini rief „alle aufrechten Muslime“ auf, nicht nur Rushdie, sondern alle, die an der Veröffentlichung seines Buches „Die Satanischen Verse“, das im Vorjahr erschienen war, „sofort hinzurichten“. Das Buch richtete sich „gegen den Islam, den Propheten und den Koran“ ließ Chomeini verkünden. Die iranische „halbstaatliche“ Stiftung „15. Chordat“ setzte gar ein Kopfgeld von einer Million US-Dollar aus, das bis 2016 gar auf vier Millionen US-Dollar erhöht wurde. Bis zu Chomeinis Fatwa hatten die Verantwortlichen der Frankfurter Buchmesse stets an ihrem Grundsatz festgehalten, „kein Land, keine Religion keine Ideologie, mochte sie auch noch so verworfen und grausam mit ihren Menschen umgehen“ von der Messe fernzuhalten, weiß Peter Weidhaas, der damalige Direktor der Frankfurter Buchmesse (1975-2000), zu berichten. So seien die DDR, die Sowjetunion und der gesamte Ostblock ebenso toleriert worden wie das faschistische Spanien unter Franco, das Apartheid-Südafrika oder Griechenland, Indonesien, Argenti-

nien, Brasilien und Chile während der Zeit ihrer Militärdiktaturen, schreibt Weidhaas in seinem 2003 erschienen Buch „Zur Geschichte der Frankfurter Buchmesse“. Doch der Iran hatte eine Grenze überschritten. Der Mordaufruf bedrohte nicht nur Leib und Leben eines Schriftstellers sowie Mitarbeitern von Verlagshäusern und Buchhandlungen, sondern ganz prinzipiell den Wesenskern der Frankfurter Buchmesse, die Freiheit des Wortes und den freien Handel mit dem gedruckten Wort. Wie verhängnisvoll und wirkmächtig der Mordaufruf auch noch mehr als drei Jahr-

STICHWORT

Friedenspreis des Deutschen Buchhandels

> **Ehrung** Der Preis wird jährlich an Persönlichkeiten verliehen, die durch ihre Tätigkeit auf den Gebieten der Literatur, Wissenschaft und Kunst zur Verwirklichung des Friedensgedankens beitragen. Er ist mit 25.000 Euro dotiert.

> **Historie** Der Friedenspreis geht auf die Initiative weniger Schriftsteller und Verleger zurück und wurde 1950 erstmals als „Friedenspreis deutscher Verleger“ in Hamburg an den deutsch-norwegischer Schriftsteller Max Tau verliehen. 1951 wurde er zu einem Preis des gesamten Buchhandels.

zehnte später sein sollte, musste Salman Rushdie im Sommer vergangenen Jahres auf leidvolle Art erleben. Am 12. August 2022 verletzte ihn ein 24-jähriger fanatisierter Muslim während eines Vortrages in Chautauqua im US-Bundesstaat New York mit mehreren Messerschneitten an Hals, Gesicht, Leber und Arm lebensgefährlich. Seit dem Attentat ist der Schriftsteller auf dem rechten Auge blind, Funktion und Gefühl in seiner Schreibhand bleiben langfristig eingeschränkt.

Begründung der Jury Wenn Salman Rushdie am 22. Oktober in der Frankfurter Paulskirche mit der offiziellen Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels (sie wird live im ZDF ab 11 Uhr übertragen) geehrt wird, dann wird der Schriftsteller Daniel Kehlmann, den auch eine langjährige Freundschaft mit Rushdie verbindet, in seiner Laudatio wohl auch auf jene Jahre zurückblicken, in denen Rushdie aus Angst vor Attentaten in Isolation und an wechselnden Wohnorten unter Polizeischutz leben musste – und sich dennoch nicht von seinem literarischen Schaffen abhalten ließ.

In ihrer Begründung zur Verleihung des Friedenspreises bezeichnet die Jury Rushdie als einen „der leidenschaftlichsten Verfechter der Freiheit des Denkens und der Sprache – und zwar nicht nur seiner eigenen, sondern auch der von Menschen, deren Ansichten er nicht teilt.“ Unter hohen persönlichen Risiken verteidigte er eine wesentliche Voraussetzung des friedlichen

Miteinanders. Trotz der erlittenen körperlichen und psychischen Folgen des Attentats schreibe er weiterhin „einfallsreich und zutiefst menschlich“, in seinen Romanen und Sachbüchern verbinde er „erzählerische Weitsicht mit stetiger literarischer Innovation, Humor und Weisheit“. Rushdie beschreibe die Wucht, mit der Gewaltregime ganze Gesellschaften zerstören, aber auch die Unzerstörbarkeit des Widerstandsgeistes Einzelner. Rushdie, der schon mit so vielen und renommierten Literaturpreisen ausgezeichnet worden ist, reagierte auf die Ankündigung der Verleihung des Friedenspreises mit Bescheidenheit. „Ich weiß, wie bedeutsam dieser Preis ist, und ich bin ein wenig eingeschüchtert von der Liste der bisherigen Preisträger, zu der sich mein Name nun gesellen wird.“

Schimmels Kritik Auf dieser Liste der Preisträger findet sich auch ein Name, der in Deutschland auf höchst kontroverse Weise eng mit dem von Rushdie verbunden ist: Annemarie Schimmel. Die Verleihung des Friedenspreises an die renommierte Orientalistin im Jahr 1995 löste einen monatelang anhaltenden Sturm der Empörung aus. Schimmel hatte in einem Interview mit den „Tagesthemen“ deutliche Kritik an Rushdies „Satanischen Versen“ geübt. Eine Morddrohung sei „natürlich et-

was Grässliches“, führte Schimmel aus, aber sie habe gesehen, „wie erwachsene Männer geweint haben, als sie erfahren haben, was in den ‚Satanischen Versen‘ steht. Und das ist nach meiner Meinung eine sehr üble Art, die Gefühle einer großen Menge von Gläubigen zu verletzen.“ Der Aufschrei war groß: Schimmel relativiere mit ihrer Äußerung den Mordaufruf Chomeinis, lautete der Vorwurf. Selbst Schimmels früherer Schüler, der Orientalist Gernot Rotter, fand sich in den Reihen der Kritiker. Schimmel wies die Vorwürfe zurück: Sie sei ein „absolut unpolitischer“ Mensch und habe lediglich auf die verletzten religiösen Gefühle vieler Muslime hinweisen wollen. Nachdem die Kritik an Schimmel nicht verstummen wollte, sah sich der als Jury fungierende Stiftungsrat des Börsenvereins gezwungen, erneut über die Preisverleihung zu beraten, bestätigte sie schließlich jedoch mit großer Mehrheit. Der 1947 im indischen Bombay (heute Mumbai) geborene Rushdie wuchs selbst in einer muslimischen Familien auf. Mit 14 Jahren schickte ihn sein Vater, ein Anwalt und Geschäftsmann, an ein Internat in Großbritannien. Nach einem Geschichtsstudium am King's College der Universität Cambridge arbeitete er zunächst am Theater, als freier Journalist und

als Texter in der Werbung. Seinen internationalen Durchbruch als Literat schaffte er schließlich 1981 mit seinem Roman „Mitternachtskinder“, in dem er die Geschichte eines Jungen mit dem gerade in die Unabhängigkeit entlassenen Indiens verknüpft. Wie in vielen seinen späteren Werken verknüpft er die Geschichte mit Elementen von Mythen und Märchen.

Märchenhafte Geschichten In gleich zwei Werke verarbeitete Rushdie seine persönliche Situation von Flucht und Isolation in den Jahren nach dem Mordaufruf Chomeinis. Das für seinen Sohn geschriebene Kinder- und Jugendbuch „Harun und das Meer der Geschichten“ (1990) handelt von einem Märchenerzähler, der die Fähigkeit verliert, Geschichten zu erzählen, weil er keinen Zugang mehr zum „Erzählwaser“ hat. Im Jahr 2012 publizierte Rushdie schließlich seine Autobiografie mit dem Titel „Joseph Anton“. Diesen Decknamen hatte er sich für sein Leben in der Anonymität zugelegt, zugleich verweist er auf seine beiden Lieblingsschriftsteller Joseph Conrad und Anton Tschechow. Anfang diesen Jahres erschien schließlich sein aktuelles Werk „Victory City“, eine Art historische Märchen, das in seinem Heimatland Indien des Mittelalters spielt und von einer Prophetin erzählt, die im Namen einer Göttin für die Rechte der Frauen eintritt. Seinen Roman lässt Rushdie mit einem Satz enden, der keiner weiteren Kommentierung bedarf: „Worte sind die einzigen Sieger.“

Alexander Weinlein II

»Ich fühle mich ein wenig eingeschüchtert von der Liste der bisherigen Preisträger.«

Salman Rushdie

Lesen und Gewinnen

RÄTSEL Neun Fragen – ein Lösungswort

Die Antworten auf neun Fragen ergeben das gesuchte Lösungswort. Auf die Gewinner warten spannende Überraschungspakete. Die Antworten zu den Fragen verstecken sich auf den acht Seiten unserer Sonderbeilage zur Frankfurter Buchmesse. Die Redaktion wünscht viel Spaß beim Lesen, Rätseln und Gewinnen.

Einsendung der Lösung

Das Lösungswort einschließlich Ihrer Kontaktdaten senden Sie bitte bis zum 6. November 2023 an:

Redaktion „Das Parlament“
Platz der Republik 1
11011 Berlin

oder per Mail an:
redaktion.das-parlament@bundestag.de
unter dem Stichwort „Buchmessen-Rätsel“. Barauszahlungen sind nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Fragen

1. Welcher deutscher Schriftsteller ging im Vergleich zu vielen seiner Kollegen zwischen 1933 und 1945 nicht ins Exil? Gesucht ist der Nachname.

2. Wie nennt man in der Psychologie einen Reiz, der heftige emotionale Reaktionen hervorrufen kann?

3. Wer leitete zwischen 1975 und 2000 die Frankfurter Buchmesse? Gesucht ist der Nachname.

4. Wie heißt einer der beiden Lieblingsschriftsteller von Salman Rushdie? Gesucht ist der Nachname.

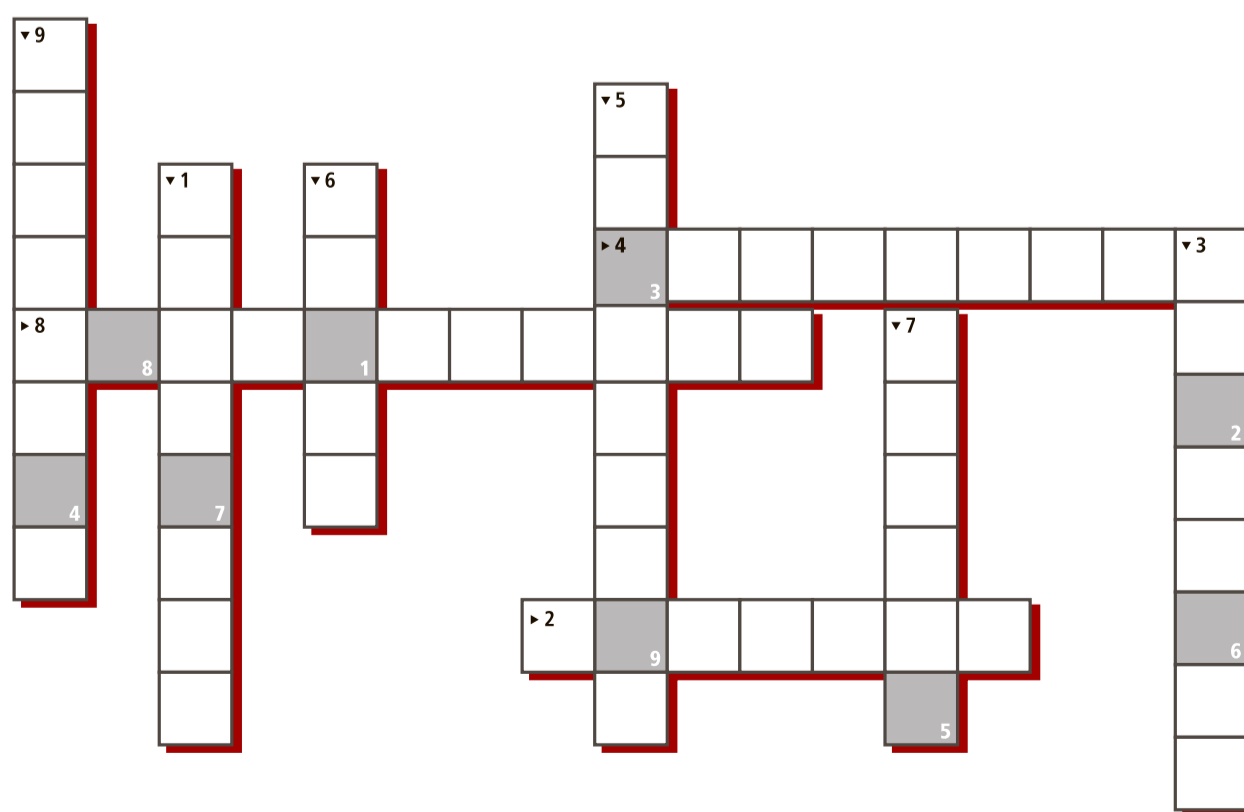
5. Wer erfand den Buchdruck mit beweglichen Lettern?

6. Wie heißt der Ministerpräsident des diesjährigen Gastlandes der Frankfurter Buchmesse? Gesucht ist der Nachname.

7. Wer ließ sich nackt in der Badewanne von Adolf Hitler fotografieren? Gesucht ist der Nachname.

8. Wer war der erste Sprecher des US-Präsidentenwahlkampfes? Gesucht ist der Nachname.

9. Wer erhielt 1995 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels? Gesucht ist der Nachname.



LÖSUNGSWORT

1 2 3 4 5 6 7 8 9

leicht
erklärt!

Gesetz-Vorschlag zu Cannabis

Neue Regeln für die Nutzung



Die Bundes-Regierung arbeitet im Moment an einem neuen Gesetz.

Dabei geht es um eine Pflanze mit dem Namen: Cannabis. Diese Pflanze wird auch als Droge verwendet.

Im folgenden Text gibt es mehr Infos dazu.

Folgende Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

- Was ist Cannabis?
- Was steht in dem neuen Gesetz?
- Welche Kritik gibt es an den Plänen der Bundes-Regierung?

Was ist Cannabis?



Cannabis ist eine Pflanze.

Der deutsche Name dieser Pflanze lautet: Hanf.

Cannabis wird schon seit mindestens 12-Tausend Jahren von Menschen angebaut.

Cannabis-Pflanzen werden zu verschiedenen Dingen genutzt.

Man kann daraus zum Beispiel Medizin, Kosmetik oder Kleidung machen.

Besonders oft hört man von Cannabis aber wegen einer anderen Nutzung.

Verschiedene Teile mancher Cannabis-Sorten werden nämlich als Drogen genutzt.

Sie werden zum Beispiel geraucht oder gegessen.

Ein Beispiel dafür sind getrocknete Blüten und Blätter von bestimmten Cannabis-Pflanzen.

Sie sind als eine Droge mit dem Namen Marihuana bekannt.

Ein anderes Beispiel ist das Harz. Das ist als eine Droge mit dem Namen Haschisch bekannt.

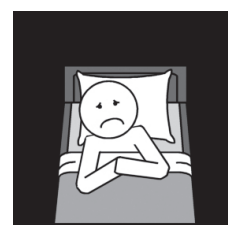


Ist Cannabis gefährlich?

Wenn man Cannabis als Droge nutzt, dann kann das zu verschiedenen Problemen führen.

Man kann zum Beispiel folgende Symptome bekommen:

- Angst-Zustände
- Orientierungs-Losigkeit
- Erinnerungs-Lücken
- Übelkeit und Schwindel



Bei längerer Nutzung können auch Depressionen und andere geistige Krankheiten entstehen.

Besonders gefährlich kann Cannabis für junge Menschen sein.



Denn bei diesen Menschen muss sich das Gehirn erst noch richtig entwickeln.

Zu viel Cannabis kann dabei zu Störungen führen.

Ein weiteres Problem ist auch, dass Cannabis abhängig machen kann.

Gesetze zu Cannabis in Deutschland



Cannabis ist in Deutschland grundsätzlich erst einmal verboten.

Das bedeutet zum Beispiel:

- Man darf ihn nicht kaufen oder verkaufen.
- Man darf ihn nicht besitzen.
- Man darf ihn nicht ins Land bringen.
- Man darf ihn nicht anbauen.

Es gibt aber ein paar Ausnahmen.

Man darf Cannabis zum Beispiel für die Forschung nutzen.

Dazu braucht man aber eine Erlaubnis von einem bestimmten Amt.

Außerdem dürfen bestimmte Cannabis-Sorten angebaut werden.

Diese Sorten haben nur wenige Wirkstoffe.

Sie führen darum kaum zu einem Drogen-Rausch.

Nur Land-Wirte dürfen diese Sorten anbauen.

Und dafür brauchen sie eine besondere Erlaubnis.

Seit einigen Jahren dürfen Ärzte außerdem Medizin aus Cannabis verschreiben.

Aber nur dann, wenn keine andere Behandlung zur Verfügung steht.

Medizin aus Cannabis wird zum Beispiel gegen Schmerzen eingesetzt.

Warum ein neues Gesetz?



Zu Cannabis gibt es in Deutschland also verschiedene Gesetze.

Die Bundes-Regierung sagt aber: Die Gesetze funktionieren nicht richtig.

Sie sagt: Die Gesetze sorgen nicht dafür, dass weniger Cannabis genutzt wird.

Studien zeigen: Es nutzen immer mehr Menschen Cannabis. Vor allem junge Menschen.

Außerdem helfen die Gesetze nicht gegen den verbotenen Handel mit Cannabis.

Und gegen andere Verbrechen, die mit Cannabis zu tun haben.

Ein weiteres Problem ist:

Den verbotenen Handel mit Cannabis kann man nicht gut kontrollieren.

Darum wird auch Cannabis mit schlechter Qualität verkauft.

Das bedeutet: In diesem Cannabis sind noch andere Wirk-Stoffe. Die können den Nutzern schaden.

Die Bundes-Regierung hat deswegen beschlossen:

Sie will diese Probleme lösen.

Dazu will sie das Cannabis-Verbot teilweise abschaffen.

So soll man den Cannabis-Handel dann besser kontrollieren können.

Es soll nur noch Cannabis von guter Qualität verkauft werden.

Weniger Menschen sollen Cannabis nehmen, weil es bessere Infos darüber gibt.



Was soll sich ändern?

Die Bundes-Regierung hat dafür einen Gesetz-Vorschlag geschrieben.

Im Folgenden die wichtigsten Inhalte:

Besitz in geringen Mengen

Für Erwachsene soll in Zukunft gelten: Der Besitz von bis zu 25 Gramm Cannabis ist erlaubt.

Für Jugendliche bleibt der Besitz verboten.





Privater Anbau

Erwachsene sollen in Zukunft kleine Mengen Cannabis anbauen dürfen. Und zwar höchstens 3 Pflanzen. Aber nur zur eigenen Nutzung.



Anbau-Vereine

Erwachsene sollen Vereine gründen dürfen. In diesen Vereinen dürfen sie dann zusammen Cannabis anbauen. Den Cannabis dürfen sie dann an ihre Mitglieder weitergeben. Aber nur in bestimmten Mengen.



Verbot in bestimmten Gegenden

In bestimmten Einrichtungen und in der Nähe von solchen Einrichtungen soll die Cannabis-Nutzung verboten bleiben.

Dazu gehören:

- Anbau-Vereine für Cannabis
- Schulen
- Kinder-Gärten
- Jugend-Zentren
- Spiel-Plätze



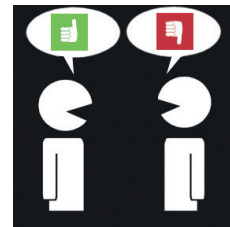
Verbot von Werbung

Für Cannabis und die Anbau-Vereine darf keine Werbung gemacht werden.



Mehr Infos

Bürger sollen mehr Infos über Cannabis bekommen. Sie sollen zum Beispiel erfahren, welche Folgen die Nutzung haben kann. Dafür soll passendes Lehr-Material entstehen. Vor allem sollen Kinder und Jugendliche mehr Infos bekommen. Es soll zum Beispiel mehr Info-Veranstaltungen in Schulen oder Sport-Vereinen geben.



Meinungen zum Gesetz-Vorschlag

Zum Gesetz gibt es ganz unterschiedliche Meinungen. Es gibt viel Kritik. Hier einige Beispiele:



Cannabis nicht ungefährlich

Die Bundes-Regierung will mit dem neuen Gesetz den Verbrauch von Cannabis verringern.

Es gibt aber viele Kritiker, die nicht glauben, dass das funktioniert.

Sie sagen zum Beispiel:

Wenn Cannabis erlaubt wird, dann könnten viele Menschen denken: Cannabis ist ja gar nicht so gefährlich. Also kann man es ruhig nutzen.

Außerdem könnte Cannabis durch das neue Gesetz leichter zu bekommen sein.

Die Kritiker fürchten: Durch das neue Gesetz könnte es deswegen viel mehr Menschen geben, die Cannabis nutzen.

Vor allem auch Jugendliche und junge Erwachsene.

Und für die ist die Nutzung ja besonders gefährlich.

Schwierige Kontrolle

Eine Kritik lautet auch: Es könnte schwierig werden, das neue Gesetz zu überprüfen.

Denn es ist zu kompliziert und enthält zu viele Regeln.



Die Polizei müsste zum Beispiel schauen, ob wirklich niemand in der Nähe von Kitas und Schulen Cannabis nutzt.

Und sie müsste schauen, ob Menschen zuhause wirklich nur drei Cannabis-Pflanzen anbauen.

Die Kritiker sagen: Das ist kaum möglich.



Außerdem fürchten einige Kritiker: Das neue Gesetz könnte zu mehr Arbeit für Gerichte führen.

Denn wenn es ein Gesetz mit vielen Regeln gibt, kann auch oft gegen die Regeln verstoßen werden.

Den Gerichten könnten dafür die Mitarbeiter fehlen.

Wie geht es jetzt weiter?

Die Bundes-Regierung hat also einen Gesetz-Vorschlag gemacht.

Damit daraus ein Gesetz wird, muss der Bundestag darüber abstimmen.

Darum wird der Bundestag demnächst über den Vorschlag sprechen.

Auch dann wird es sicherlich viele unterschiedliche Meinungen dazu geben.

Auch eine Experten-Gruppe vom Bundestag wird sich noch einmal damit beschäftigen.

Vielleicht wird es dann noch Änderungen am Gesetz-Vorschlag geben.

Schließlich wird der Bundestag über den Gesetz-Vorschlag abstimmen.

Dann entscheidet sich, ob aus dem Vorschlag ein Gesetz wird.

Und ob Cannabis dann teilweise erlaubt wird oder nicht.

Das alles soll noch dieses Jahr passieren.



Kurz zusammengefasst

Cannabis ist eine Pflanze.

Sie wird unter anderem als Droge genutzt.

Dann kennt man sie zum Beispiel unter den Namen Marihuana oder Haschisch.

In Deutschland nutzen immer mehr Menschen Cannabis als Droge. Vor allem junge Menschen.

Deswegen will die Bundes-Regierung das Verbot von Cannabis abschaffen.

Dadurch sollen verschiedene Ziele erreicht werden:

- Es soll weniger Nutzung von Cannabis geben.
- Der verbotene Handel soll verringert werden.
- Es soll nur noch Cannabis mit guter Qualität geben.

Dazu hat die Bundes-Regierung einen Gesetz-Vorschlag gemacht.

An diesem Vorschlag gibt es aber viel Kritik.

Kritiker sagen zum Beispiel:

Durch den Vorschlag wird Cannabis als zu ungefährlich dargestellt. Dadurch werden es dann noch mehr Menschen nutzen.

Außerdem ist das Gesetz zu kompliziert.

Die Polizei und die Gerichte werden es nicht umsetzen können.

Demnächst wird der Bundestag über den Gesetz-Vorschlag sprechen.

Weitere Informationen

in Leichter Sprache gibt es unter:

www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch

An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de

Kontakt: Bastian Ludwig, info@nachrichtenwerk.de



Redaktion:

Annika Klüh, Bastian Ludwig

Titelbild: © picture alliance / ZUMAPRESS.com / Andre Malerba. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 42/2023

Die nächste Ausgabe erscheint am 23. Oktober 2023.